

Kanton Obwalden

INTEGRIERTE AUFGABEN- UND FINANZPLANUNG 2007 BIS 2010 SOWIE STAATSVORANSCHLAG 2007

STAATSKANZLEI / FINANZVERWALTUNG
DEZEMBER 2006

**BERICHT ZUR INTEGRIERTEN AUFGABEN- UND FINANZPLANUNG 2007
BIS 2010 SOWIE ZUM STAATSVORANSCHLAG 2007**

Inhalt	Seite
1 Einleitung und Antrag	2
2 Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung 2007 bis 2010	3
21 Verweis auf Strategieplanung 2012+ sowie Amtsdauerplanung 2006 bis 2010	3
22 Finanzpolitische Vorgaben	4
22.1 Zielvorgaben und Steuerungsparameter zum Staatsvoranschlag 2007 sowie zur Aufgaben- und Finanzplanung 2008 bis 2010	5
22.2 Ergebnis des Staatsvoranschlags 2007 und der Aufgaben- und Finanzplanung 2008 bis 2010	6
23 Jahresplanung 2007 und rollende Aufgaben- und Finanzplanung 2008 bis 2010	8
23.1 Räte und Staatskanzlei	9
23.2 Finanzdepartement	22
23.3 Sicherheits- und Gesundheitsdepartement	36
23.4 Volkswirtschaftsdepartement	56
23.5 Bildungs- und Kulturdepartement	73
23.6 Bau- und Raumentwicklungsdepartement	89
24 Gesetzgebungsprogramm 2006 bis 2010	101
3 Staatsvoranschlag 2007	105
31 Grundannahmen und -vorgaben	105
32 Gesamtergebnis	107
33 Laufende Rechnung	108
34 Investitionsrechnung	114
35 Kennzahlen	116
4 Bericht des Obergerichts zum Voranschlag 2007	119
5 Beschluss des Kantonsrats über die Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung 2007 bis 2010 sowie den Staatsvoranschlag 2007	122

1 Einleitung und Antrag

Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Wir unterbreiten Ihnen gestützt auf Art. 61 Abs. 1 Bst.b des Kantonsratsgesetzes (GDB 132.1) in Verbindung mit Art. 19 Abs. 1 des Staatsverwaltungsgesetzes (GDB 130.1), Art. 2 der Organisationsverordnung (GDB 133.11) und Art. 35 der Finanzhaushaltsverordnung (GDB 610.11) die rollende Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung (IAFP) 2007 bis 2010. Sie knüpft an die langfristige Strategieplanung 2012+ und die mittelfristige Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 an. Zu Beginn der neuen Amtsdauer haben wir die langfristige Strategieplanung 2012+ aktualisiert sowie in der Amtsdauerplanung die staatlichen Ziele und Massnahmen, welche wir prioritär verfolgen, konkretisiert.

Im vorliegenden IAFP können wir deshalb zunächst auf den gesonderten Bericht zur Strategieplanung 2012+ und zur Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 verweisen. Darin finden sich insbesondere die Gesamtbeurteilung der geänderten Rahmenbedingungen, die grundsätzlich Bestätigung der Langfriststrategie 2012+ sowie die angepassten strategischen Leitideen zu den Politikbereichen und die dazugehörenden nachgeführten Wirkungsziele.

Der IAFP zeigt nach Departementen geordnet deren Jahresziele 2007, die Leistungsaufträge und Schwerpunkte der Aufgabenerfüllung sowie die Massnahmen (Projekte, Gesetzgebungsvorhaben und Investitionen) nach Ämtern auf, ausführlich für das Jahr 2007 sowie vorausschauend und verknüpft mit der Finanzplanung für die Folgejahre 2008 bis 2010. Die Jahresplanung 2007 hat zusammen mit dem Staatsvoranschlag 2007 budgetverbindlichen Charakter. Der rollenden Planung für 2008 bis 2010 kommt aber nicht die Verbindlichkeit eines Mehrjahresbudgets zu. Die in der rollenden Planung aufgezeigte Aufgabenentwicklung und Massnahmen bedürfen im Einzelfall noch der Beschlussfassung durch die zuständigen Behörden sowie der jeweiligen Konkretisierung in den kommenden Staatsvoranschlägen.

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte, von der Jahresplanung 2007 sowie der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung 2007 bis 2010 Kenntnis zu nehmen und den Staatsvoranschlag 2007 zu verabschieden.

Sarnen, im September 2006

Im Namen des Regierungsrats

Hans Wallimann, Landammann

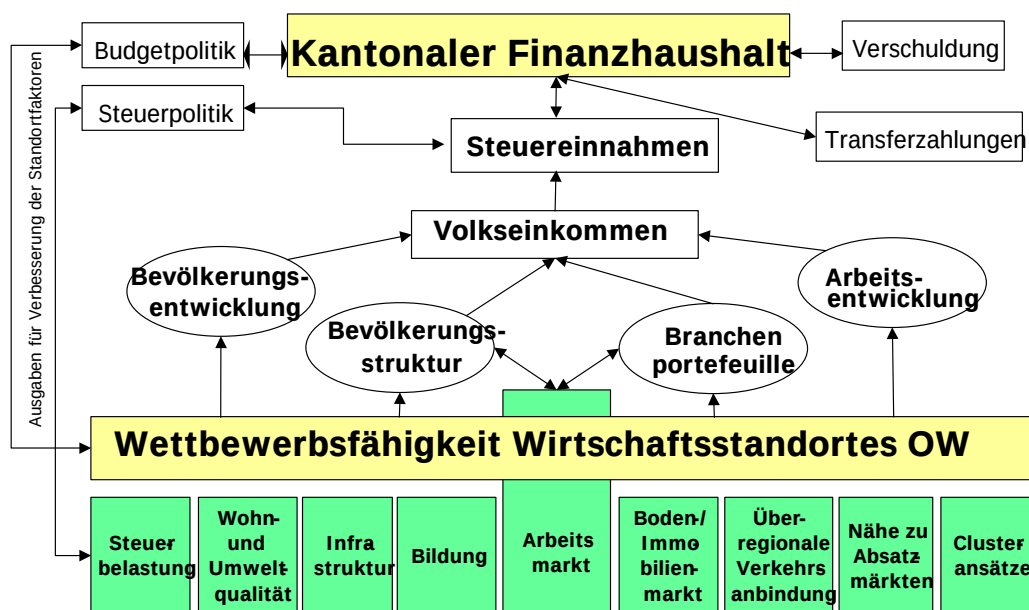
Urs Wallimann, Landschreiber

22 Finanzpolitische Vorgaben

Wie im **Bericht zur Strategieplanung 2012+ und zur Amtsdauerplanung 2006 bis 2010** des Regierungsrates aufgezeigt, wird aus heutiger Sicht an der Langfriststrategie 2012+ auch in finanzpolitischer Hinsicht festgehalten.

Die Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung 2007 bis 2010 steckt in grundsätzlicher Hinsicht den finanzpolitischen Handlungsspielraum des Kantons in der angelaufenen Amtsdauer 2006 bis 2010 ab. Er stellt kein Mehrjahresbudget dar, sondern zeigt als Führungs- und Informationsinstrument die wesentlichen Tendenzen und Schwerpunkte auf. Die Schwerpunkte der Finanzpolitik entsprechen den Strategischen Leitideen zu einer nachhaltigen Finanzpolitik (Nr. 16) und einer Beibehaltung der fiskalischen Konkurrenzfähigkeit (Nr. 17). Einzig der Voranschlag 2007 ist rechtlich verbindlich.

Dank den in den letzten Jahren erzielten positiven Rechnungsabschlüssen und damit einhergehend der Äufnung eines Eigenkapitals und Abbau der Verschuldung konnte der finanzpolitische Handlungsspielraum zurückgewonnen werden. Mit der Umsetzung der Steuerstrategie wurde dieser Handlungsspielraum in einem ersten Schritt zielgerichtet eingesetzt, um zukünftig die Eigenständigkeit des kantonalen Finanzhaushalts und vor allem auch die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons zu verbessern.



Weiter sollen durch die Steuerstrategie auch die anderen strategischen Leitideen des Regierungsrats, z.B. die Steigerung des Volkseinkommens durch Wachstum (Nr. 1), die Optimierung der Standortqualität für dynamische und wertschöpfungsstarke Branchen sowie zukunftsgerichtete Arbeitsplätze (Nr. 2) wirkungsvoll gefördert werden und ausreichend Ressourcen für die Zielerreichung in den übrigen Bereichen zur Verfügung gestellt werden können.

Bis die mit der Umsetzung der Steuerstrategie geplanten Mehrerträge zur Zielerreichung beitragen und auch um politisch verbindliche finanzpolitische Vorgaben zu erhalten, wurde auf den 1. Januar 2006 die Ausgabenbremse im Staatsverwaltungsgesetz und in der Finanzhaushaltsverordnung verankert. Darin definiert der Kantonsrat das zu erreichende Haushaltsgleichgewicht des Kantons. Die bereits in der letztjährigen Amtsdauerplanung definierte Politik des Regierungsrats zum finanzpolitischen Handlungsspielraum wurde dabei vom Kantonsrat grösstenteils übernommen.

Politik zum finanzpolitischen Handlungsspielraum

(vorbehalten bleiben grössere, ausserordentliche Ereignisse wie die Hochwasserkatastrophe 2005)

- Die Laufende Rechnung ist ausgeglichen (keine Konsumausgaben durch Verschuldung) und somit bleibt das Eigenkapital, das dank der Ausschüttung der SNB-Goldreserven aufgebaut wurde, in seiner Substanz erhalten.
- Die getätigten Investitionen über fünf Jahre sind selbstfinanziert (Eigenfinanzierungsgrad von mindestens 100 Prozent).

22.1 Zielvorgaben und Steuerungsparameter zum Staatsvoranschlag 2007 sowie zur Aufgaben- und Finanzplanung 2008 bis 2010

Grundsätzlich richten sich die Zielvorgaben nach der neu eingeführten Ausgabenbremse. Das heisst, dass gemäss Art. 4 Abs. 2 der Finanzhaushaltsverordnung (GDB 610.11) die Laufende Rechnung für den Voranschlag 2007 höchstens ein Defizit von 3 Prozent der veranschlagten Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen sowie der Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen aufweisen darf. Der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionsrechnung der Jahre 2004 bis 2008 hat einen Durchschnitt von 100 Prozent zu erreichen. Dank der hohen Selbstfinanzierung der Jahre 2004 und 2005 können – ohne Einbezug der Ausgaben und Investitionen als Folge der Hochwasserkatastrophe 2005 – für die Jahre 2007 und 2008 Nettoinvestitionen von höchstens knapp 60 Millionen Franken geplant werden.

Dass bereits bei der ersten Anwendung der Ausgabenbremse der Vorbehalt der grösseren, ausserordentlichen Ereignisse angewendet werden muss, konnte nicht vorhergesehen werden. Die dem Kanton verbleibenden Kosten der Hochwasserkatastrophe vom August 2005 übertreffen die in der Botschaft vom 13. September 2005 zum Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Ausgabenbremse) definierte Richt-Grösse von einem Prozent des Volkseinkommens aber bei weitem. Nach den letzten vorliegenden Zahlen des Bundesamtes für Statistik betrug das Volkseinkommen für 2004 1,274 Milliarden Franken. Bereits in der Staatsrechnung 2005 sind Nettokosten des Kantons von über 12 Millionen Franken ausgewiesen. Weitere Millionen sind für die Wiederherstellung auch im vorliegenden Staatsvoranschlag und in der Finanzplanung enthalten.

Für die Finanzplanung 2008 bis 2010 ergeben sich die Steuerungsparameter grundsätzlich aus den in der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung aufgezeigten Veränderungen der Leistungsaufträge einerseits sowie der geplanten und ebenfalls aufgeführten Projekte andererseits.

In die Amtsdauerperiode wird die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) fallen. Damit einhergehen werden grössere Verschiebungen von Aufgaben und Finanzierungsmittel. Gemäss letzten Erkenntnissen muss aber davon ausgegangen werden, dass die leicht höheren frei verfügbaren Mittel durch die höheren Abgeltungen von zentralörtlichen Leistungen einerseits sowie durch die infolge der Hochwasserkatastrophe massiv gestiegenen Anforderungen im Bereich der Sicherung des Lebensraumes andererseits mehr als aufgebraucht werden.

Als weiteres Ziel hat sich der Regierungsrat vorgenommen, den Personalaufwand – unter Vorbehalt eines gleichbleibenden Leistungsauftrags – bis Ende der Amtsdauerplanung (2010) nicht über 49 Millionen Franken ansteigen zu lassen.

22.2 Ergebnis des Staatsvoranschlags 2007 und der Aufgaben und Finanzplanung 2007 bis 2010

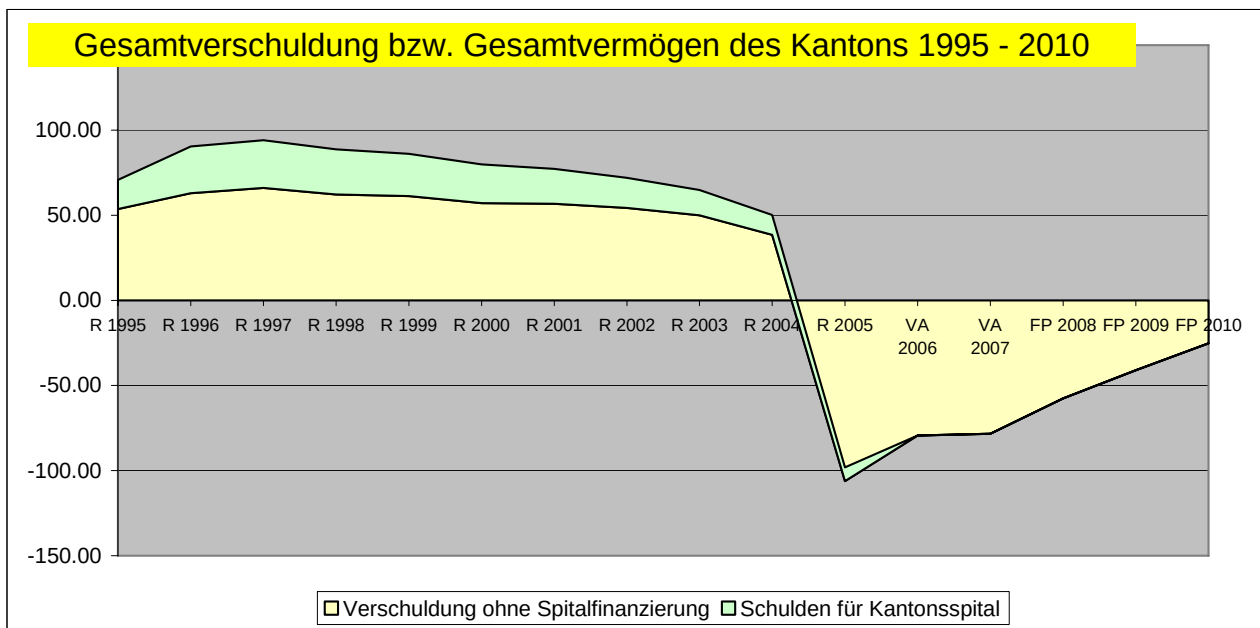
Für die Planjahre 2007 bis 2010 ergeben sich folgende Eckwerte:

in 1'000 Fr.:	Voranschlag 2007	Finanzplan			Total Amtsperiode 2007 - 2010
		2008	2009	2010	
Laufende Rechnung (LR):					
Aufwand	268'816	274'545	278'225	280'286	1'101'872
Ertrag	269'146	274'941	275'012	276'218	1'095'317
Ordentliches Ergebnis	330	396	-3'213	-4'068	-6'555
Investitionsrechnung (IR):					
Ausgaben	97'263	103'777	97'527	98'055	396'622
Einnahmen	79'080	69'059	63'418	62'855	274'412
Nettoinvestitionen (samt Darlehen)	18'183	34'718	34'109	35'200	122'210
Finanzierung:					
Zunahme der Nettoinvestitionen	18'183	34'718	34'109	35'200	122'210
Abzüglich Abschreibungen	16'685	16'381	20'741	23'447	77'254
Ergebniss Laufende Rechnung	330	396	-3'213	-4'068	-6'555
Finanzierungsergebnis (ohne Darlehen)	-1'168	-17'941	-16'581	-15'821	-51'511
Selbstfinanzierungsgrad	93.6%	48.3%	51.4%	55.1%	57.9%

Aus heutiger Sicht und unter Einbezug der Auswirkungen der Schäden der Hochwasserkatastrophe 2005 sind für die Jahre ab 2009 zusätzliche Einsparungen notwendig, damit die Laufende Rechnung auch in den kommenden Jahren ausgeglichen gehalten werden kann.

Durch die nun anstehenden Hochbauprojekte einerseits sowie die sich abzeichnenden grossen Investitionen im Bereich des Wasserbaus werden die Nettoinvestitionen um einiges höher ausfallen als in den vergangenen Jahren. Der Selbstfinanzierungsgrad wird deshalb in den nächsten drei Jahren unter einhundert Prozent liegen. Die angestrebte Eigenfinanzierung von 100 Prozent über die Periode von fünf Jahren (2004 bis 2008) kann in Anbetracht des 2004 und 2005 erreichten Finanzierungsergebnisses aber für 2007 dennoch erreicht werden.

Die aufgezeigten, zukünftigen hohen Nettoinvestitionen ab dem Jahr 2008 werden aber ohne zusätzliche Massnahmen nur schwer in Einklang mit der Ausgabenbremse zu bringen sein. Selbst durch eine positivere Wirtschaftsentwicklung sowie eine strikte Budgetdisziplin der Verwaltung wird das Finanzierungsergebnis nicht ausreichen, um die Investitionen in der fünfjährigen Periode 2006 bis 2010 zu 100 Prozent selbst zu finanzieren. Die aufgezeigten Investitionen müssen im Rahmen der konkretisierenden Voranschläge der Folgejahre deshalb einen weiteren, zeitlichen Aufschub und/oder Redimensionierung der Vorhaben erfahren. Für den Regierungsrat ist dabei klar, dass eine Priorisierung der Vorhaben erfolgen muss. Ein Kriterium für die Priorisierung ist die Relevanz bezogen auf die Strategie 2012+. Die Bereiche Hochwasserschutz sowie Umsetzung der Steuerstrategie stehen im Vordergrund.



23 Jahresplanung 2007 und vollendete Aufgaben- und Finanzplanung 2008 bis 2010

In der Jahresplanung 2007 bzw. im IAFP werden die Massnahmen (Projekte, Gesetze, Investitionen) aus der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010, wo sie nach Politikbereichen dargestellt sind, als Zielsetzungen oder Leistungsaufträge auf die für die Bearbeitung zuständigen Departemente und Ämter heruntergebrochen.

Vorangestellt wird eine Übersicht über die wichtigsten departementalen Jahresziele 2007, wobei die angegebene Nummer den Bezug zu den übergeordneten strategischen Leitideen, Wirkungszielen und Massnahmen der Amtsdauerplanung herstellt. Diese Übersicht unterstützt das departementale Controlling bei der Rechenschaftsablage im jeweils folgenden jährlichen Geschäftsbericht.

Sodann werden für jedes Amt angegeben:

- 1 Der aktualisierte, zusammengefasste Leistungsauftrag.
- 2 Eine zusammenfassende Übersicht über die massgeblichen gesetzlichen Grundlagen, auf den sich der Leistungsauftrag stützt.
- 3 Die finanzielle Entwicklung in der Laufenden Rechnung sowie die Investitionen über die letzte abgeschlossene Rechnungsperiode (R05), die laufende Voranschlagsperiode (V06), die nächste Voranschlagsperiode (V07) und die folgenden drei Planungsperioden (P08 bis P10).
- 4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen
 - 4.1 Jahresplanung 2007

Diese erlangt mit der Zustimmung des Kantonsrats Budgetverbindlichkeit. In diesem Bereich sind keine parlamentarischen Anmerkungen möglich, da der Kantonsrat unmittelbar über die einzelnen Voranschlagsbeträge beschliesst.

 - 4.1.1 Die Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung, d.h. insbesondere die Voranschlagsbeträge > Fr. 50 000.– der Kontogruppen Ausgaben 31 bis 34 sowie Einnahmen 40 bis 46 werden in dieser Rubrik begründet. Die Personalaufwendungen werden vom Kantonsrat gemäss Art. 28 der Personalverordnung (GDB 141.11) gesamthaft über die Festsetzung der Lohnsumme (Lohnsummenverteilung Kto. 2200.301 und 302) beschlossen und deshalb nicht je Amt im Einzelnen begründet.
 - 4.1.2 Die besonderen Massnahmen 2007, d.h. Projekte, Gesetzgebungsvorhaben und Investitionen werden in dieser Rubrik aufgezeigt. Dazu gehören auch bedeutende Projekte, welche keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen haben, aber im Sinne der vorausschauenden Planung von Bedeutung sind. Mit Ziffern wird auf die strategische Leitidee der Amtsdauerplanung (APL) Bezug genommen.
 - 4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

Der IAFP hat nicht die Verbindlichkeit eines Mehrjahresbudgets. Er zeigt die voraussichtliche Entwicklung auf und wird vom Regierungsrat zur Kenntnisnahme vorgeschlagen. Er lässt parlamentarische Anmerkungen zu. Die noch nicht beschlossenen Projekte werden in der Planung *kursiv* dargestellt. Der IAFP wird jährlich nachgeführt, d.h. jeweils um ein weiteres Jahr ergänzt.

 - 4.2.1 Hier werden die wesentlichen voraussehbaren Veränderungen im Leistungsauftrag des Amtes gegenüber dem Voranschlag 2007 aufgezeigt. Sie beziehen sich schwergewichtig auf die Laufende Rechnung.
 - 4.2.2 In dieser Rubrik wird schwerpunktmässig dargestellt, wann und mit welchen finanziellen Auswirkungen die Umsetzung der Massnahmen (Projekte, Gesetzgebungsvorhaben, Investitionen) aus der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 vorgesehen ist. Im Sinne der rollenden Planung werden sie jährlich überprüft und bei veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Mit Ziffern wird auf die strategische Leitidee bzw. Massnahmen der Amtsdauerplanung (APL) Bezug genommen.

23.1 RÄTE/STAATSKANZLEI

Wichtigste departementale Jahresziele 2007

Nr.	Massnahmen der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010	Bemerkungen
	Jahresziele 2007 des Departements	<i>(mit Bezug zur Amtsdauerplanung)</i>
13.1	Die Parlamentsreform ist wirksam.	
	Die Ratsdienste sind gemäss Parlamentsreform ausgebaut.	
13.4	Die erneuerte e-Government-Strategie Schweiz wird koordiniert mit dem Bund umgesetzt.	
	Der Kanton beteiligt sich an den drei e-Gov-Studien: Nachfrage/Angebot/Zufriedenheit.	Gemäss Vereinbarung Bund-Staatsschreiberkonferenz
13.4	Die kantonalen Dienstleistungen, welche elektronisch abgewickelt werden können, werden priorisiert nach dem Nutzen für die Kunden sowie dem Potenzial der Verwaltung umgesetzt.	
	Der kantonale Webauftritt wird im Bereich der Dienstleistungen für Unternehmen, Privatpersonen und andere Verwaltungen ausgebaut.	

Weitere Jahresziele 2007 der Staatskanzlei		<i>(ohne unmittelbaren Bezug zur Amtsdauerplanung)</i>
	Die Einführung des Schweizer Passes mit biometrischen Daten ab 2008 ist rechtlich und organisatorisch sichergestellt.	
	Die Vorbereitung/Unterstützung der gesetzgeberischen Schwerpunktprojekte der Departemente ist gewährleistet.	Namentlich: – Mantelerlass NFA – Interkant. Zusammenarbeitsprojekte
	Ein Archivkonzept für die schrittweise Einführung der integralen digitalen Archivierung liegt vor.	
	Die Aufgaben der Finanzkontrolle sind überprüft und rechtlich angepasst.	

10 Kantonsrat (Gesetzgebende Behörde)

1 Hauptaufgaben

Die Hauptaufgaben des Kantonsrats sind die Gesetzgebung, die Oberaufsicht und die Vornahme von Wahlen. Zur Gesetzgebung gehören die Vorbereitung von Verfassungsänderungen, der Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Gesetzen und Verordnungen sowie der Abschluss interkantonalen Vereinbarungen. Der Kantonsrat kann gegenüber dem Bundesparlament auch eine Standesinitiative einreichen oder das Kantonsreferendum ergreifen. Die Oberaufsicht übt er über Regierung und Staatsverwaltung sowie die Gerichtsbehörden aus, namentlich durch die Genehmigung von Rechenschaftsberichten und die Stellungnahme zu Planungen. Im Weiteren ist der Kantonsrat zuständig für Finanzbeschlüsse von erheblicher finanzieller Tragweite und den Staatsvoranschlag sowie für die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern und für Begnadigungen. Der Kantonsrat wählt den Landammann, Landstatthalter und Landschreiber, die Vizepräsidenten der Gerichte und die Strafverfolgungsorgane, die kantonale Steuerrekurskommission, die Aufsichtskommission des Kantonsspitals und weitere bedeutende Kommissionen des Parlaments.

2 Gesetzliche Grundlagen

Kantonsverfassung (GDB 101)

Kantonsratsgesetz (GDB 132.1)

Geschäftsordnung des Kantonsrats (GDB 132.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
<i>Laufende Rechnung:</i>						
Aufwand	334	411	483			
Ertrag						
Nettoaufwand	334	411	483	487	490	493
<i>Investitionen:</i>						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
1000.	Kantonsrat				
318.60 (bisher 1420.318.60)	Die Ratsdienste sind gemäss Parlamentsreform ausgebaut	26		62	
365.10	Fraktionsentschädigung neu für ein ganzes Jahr	13		26	

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
1000	13.1	Die Ratsdienste sind für die effiziente Umsetzung der Parlamentsreform sichergestellt.		

12 Regierungsrat

1 Hauptaufgaben

Der Regierungsrat als oberste vollziehende Behörde des Kantons leitet, plant und koordiniert die Staatstätigkeit, indem er laufend die Lage in Staat und Gesellschaft beurteilt, die grundlegenden Ziele staatlichen Handelns umschreibt und die Mittel und Organisation dafür bestimmt sowie den Kanton nach innen und aussen vertritt. Er leitet und steuert die kantonale Verwaltung und stellt die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerfüllung sicher. Der Regierungsrat beteiligt sich durch die Vorbereitung der Gesetze und Verordnungen sowie den Erlass von Ausführungsbestimmungen an der Gesetzgebung sowie in verwaltungsrechtlichen Angelegenheiten an der erstinstanzlichen Rechtsprechung.

2 Gesetzliche Grundlagen

Kantonsverfassung (GDB 101)
Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)
Organisationsverordnung (GDB 133.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	1'694	1'724	1'740			
Ertrag	49	51	54			
Nettoaufwand	1'645	1'673	1'686	1'697	1'708	1'719
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
1200.	Regierungsrat				
307.00	Besoldungsnachgenuss für ehemalige Regierungsmitglieder gemäss altrechtlicher Regelung	352		349	
317.00	Spesenpauschale gemäss Behördengesetz	77		78	
318.40	Staatsempfänge, Regierungsbesuche, Feierlichkeiten, innerkantonale Behördenanlässe	46		55	
436.50	Vergütungen Verwaltungsratsmandate		51		54

14 Staatskanzlei (Stab und Kanzleisekretariat)

1 Leistungsauftrag des Amtes

Die Staatskanzlei wirkt als Stabsstelle des Regierungsrats und Kantonsrats, insbesondere bei der Gesamtplanung und Verwaltungskoordination. Sie erbringt Dienstleistungen bei der Information der Öffentlichkeit, als Kanzleisekretariat von Regierungsrat und Kantonsrat, bei der allgemeinen Verwaltungsauskunft und Dokumentation, bei offiziellen Anlässen sowie im Weibel- und Kurierdienst. Sie gibt das Amtsblatt heraus, stellt Beglaubigungen aus und ist kantonale Ausweisstelle für Pässe und Identitätskarten.

2 Gesetzliche Grundlagen

Kantonsratsgesetzgebung (GDB 132.1 und 132.11)

Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)

Organisationsverordnung (GDB 133.11)

Ausführungsbestimmungen über die Aufgaben und Gliederung der Departemente (GDB 133.111)

Publikationsgesetz (GDB 131.1)

Ausführungsbestimmungen über das Ausstellen der Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (GDB 113.122)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	1'907	1'946	1'907			
Ertrag	1'243	1'148	1'178			
Nettoaufwand	664	798	729	726	723	720
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
1400. 363.00	Stab und Information Anteil Content-Management-System für Webauftritt gemäss Dienstleistungsvertrag mit Informatikleistungszentrum Fr. 35 600.– (gemäss Projekt 2005)	58		62	
1420. 431.00	Sekretariat Regierungsrat und Kantonsrat Ausschöpfung Gebührenrahmen gemäss neuer Gebührengesetzgebung (Entscheidgebühren Regierungsrat samt Gebühr Swisslos, Beglaubigungsgebühren)		110		120
1422. 310.20	Amtsblatt/Passbüro Bundesanteil Ausweiskosten (Pässe und Identitätskarten)	160		160	
310.50	Druckkosten Amtsblatt abhängig vom Volumen amtlicher Teil und Inserateanteil mit neuem Farbkonzept	546		510	
318.10	Amtsblatt Zustellgebühren bei 10 Grossauflagen	73		75	
431.00	Gebühreneinnahmen Ausweise (Pässe und Identitätskarten)		280		280
435.30	Gebühreneinnahmen Amtsblatt, abhängig von amtlichen Publikationen und Inseraten (neues Farbkonzept)		430		465
435.40	Abonnementseinnahmen Amtsblatt		321		310

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
1400	13	Die Strukturen, Abläufe und Geschäftsprozesse der Staatskanzlei sind mit dem Bezug des renovierten Rathauses erneuert.		
	13.4	Der Webauftritt des Kantons ist gemäss der Vereinbarung mit dem Bund ausgebaut; der Kanton schneidet im Ranking der Kantone gut ab.		
	–	Die neue Rechtschreibung wird in den Erlassen und Amtdruckschriften umgesetzt.		
1422	13.2	Das Amtsblatt- und Passbüro wird als Testeinheit NOW (Neue Verwaltungsführung Obwalden) geführt.		
	13	Die Einführung des Schweizer Passes mit biometrischen Daten auf 2008 ist vorbereitet (Vorgaben Bund).		

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>					
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
1400	13.4	Die eGov-Strategie des Kantons ist an die eGov-Strategie des Bundes angepasst und wird nach kantonalen Prioritäten umgesetzt.		ab 2008		
1422	13	Die Ausstellung des Schweizer Passes mit biometrischen Daten ist gemäss Vorgaben des Bundes sichergestellt.		2008		

16 Rechtsdienst

1 Leistungsauftrag des Amtes

Der Rechtsdienst berät den Regierungsrat und den Kantonsrat in Rechtsfragen, erarbeitet und überprüft Erlassentwürfe, unterstützt die Beschwerdeinstruktion und vertritt den Kanton in Rechtsstreitigkeiten. Er ist zuständig für die kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie für die Herausgabe der Gesetzessammlung und Führung der Gesetzesdatenbank.

2 Gesetzliche Grundlagen

Organisationsverordnung (GDB 133.11)
 Abstimmungsgesetzgebung (GDB 122.1 und 122.11)
 Publikationsgesetz (GDB 131.1)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	462	502	495			
Ertrag	1					
Nettoaufwand	461	502	495	554	503	507
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
1600.	Rechtsdienst				
310.50	Die eidgenössischen und kantonalen Volksabstimmungen 2007 sind durchgeführt.	37		45	
	Die Gesamterneuerungswahl 2007 für den Nationalrat und die Wahl für das Mitglied des Ständerats sind durchgeführt.	36		5	

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
1600	15.2	Die gesetzgeberische Vorbereitung/Unterstützung im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit (OW/NW, ZRK) ist gewährleistet.		
	15.3	Die Projekte gemäss Gesetzgebungsprogramm sind gesetzestech- nisch begleitet.		
1600. 310.00	13	Der verwaltungsrechtliche Grundkurs 2007 garantiert die Qualität der Verwaltungsarbeit.	11	
1600. 310.00	13	Band XVII der VVGE (Verwaltungs- und Verwaltungsgerichts- entscheide) wird samt nachgeführtem Register veröffentlicht.		
1600	14	Die Gesamterneuerungswahlen 2008 der Gemeinderäte und der Gerichte sind vorbereitet.	–	

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>			Jahr	Ausgaben	Einnah- men
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR			
1600. 310.50	14	Die Beschaffung der Stimmkuverts und Stimmkarten für die Wahlen und Abstimmungen ist erfolgt.		2008	55	
1600	13.5	Mitwirkung in der Projektgruppe zur Umsetzung der Justizreform des Bundes; die Umsetzung der Rechtsweggarantie ist – vorbehältlich der Entscheide von Parlament und Volk – erfolgt.		2008	–	
1600	15	Der Fortgang des Bundesprojekts für die Strukturierung schweizerischer Erlasse (Schema CHLexML) und verwandter Projekte (LexGo, Institut für Föderalismus) wird beobachtet; zur Umsetzung und Anpassung der kantonalen Gesetzesdatenbank liegt ein Konzept vor.		2009	–	
1600	13/ 14.1	Das Projekt einer Revision der Kantonsverfassung ist hinsichtlich der inhaltlichen Fragestellungen wie auch in Bezug auf die Vorgehensweise geprüft.		2010	–	
1600	13.4	Das Projekt E-Voting des Bundes wird verfolgt; es liegt ein Konzept als Entscheidungsgrundlage zur Einführung der elektronischen Stimmabgabe im Kanton vor.		2010	–	

17 Staatsarchiv

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Staatsarchiv übernimmt, sichert, erschliesst und vermittelt das konventionelle und elektronisch erstellte archivische Kulturgut des Kantons. Im Rahmen des Öffentlichkeitsprinzips und der Archivverordnung sind die Bestände den Behörden, der Verwaltung, der Forschung und einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich. In Führungen und Ausstellungen macht das Staatsarchiv seine Bestände einem breiten Publikum bekannt.

2 Gesetzliche Grundlagen

Verordnung über das Staatsarchiv (GDB 131.21)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	557	569	615			
Ertrag	5	3	3			
Nettoaufwand	552	566	612	615	679	683
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
1700.	Staatsarchiv				
318.60	Dringendste Mikroverfilmungen und Restaurierungen (infolge GAP-Kürzung stark eingeschränkt).	21		21	
	Für den Ersatz der Halon-Anlage im Archivturm spätestens ab Anfang 2009 liegt eine Fachlösung vor.			10	
363.00	Unter anderem wird eine Schnittstelle der Programme Scope und Konsul ist errichtet.	81		122	

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
1700. 318.60	13	Es liegt ein Archivkonzept/Leitbild für die schrittweise Einführung der integralen digitalen Archivierung in der Staatsverwaltung vor		

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/-. Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
1700. 301.00	Die elektronische Archivierung digitaler Daten ist sichergestellt (Stellenausbau).		60	60

18 Finanzkontrolle

1 Leistungsauftrag des Amtes

Die Finanzkontrolle prüft als fachlich selbstständige und unabhängige Instanz den staatlichen Finanzhaushalt nach den Vorgaben des Finanzhaushaltsrechts und nach anerkannten Revisionsgrundsätzen. Sie unterstützt den Kantonsrat bei seiner Oberaufsicht und den Regierungsrat bei der Dienstaufsicht über die Verwaltung. Sie führt das Sekretariat der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission.

2 Gesetzliche Grundlagen

Finanzhaushaltverordnung (GDB 610.11)

Finanzausgleichsverordnung (GDB 630.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	211	221	232			
Ertrag	52	47	43			
Nettoaufwand	159	174	189	191	192	194
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
1800.	Finanzkontrolle				
318.60	Beizug von Fachexperten für Revisionen gemäss Art. 52 FHV	20		20	
438.00	Entschädigung Bund für Aufsicht über den Bau und Unterhalt der Nationalstrasse		29		29

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
1800	13	Die Aufgaben der Finanzkontrolle sind überprüft und rechtlich angepasst.		
1800	14	Die Durchführung der Gemeindefinanzaufsicht ist überprüft und allenfalls neu konzipiert.		

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>					
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
1800	13	Die Qualitätssicherung ist in Zusammenarbeit mit Finanzkontrolle NW bzw. der Zentralschweizer Kantone verbessert	–	2008		
1800	13	Standardisierte Arbeitsgrundlagen sowie Zeit- und Leistungserfassung liegen vor	–	2009		

23.2 FINANZDEPARTEMENT

Wichtigste departementale Jahresziele 2007

Nr.	Massnahmen der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010	Bemerkungen
	Jahresziele 2007 des Departements	<i>(mit Bezug zur Amtsdauerplanung)</i>
13.2	NOW-Projekte sind in Umsetzung.	
	Projekt operative Steuerung/Einführung KORE befindet sich in der Testphase.	Testphase mit einer Einheit pro Departement
	Die gesetzlichen Grundlagen in Abfolge der Personalpolitik sind angepasst.	Revision Personalrecht (Staatsverwaltungsgesetz und Personalverordnung)
14.2	Ein Strategisches Controlling/Wirkungsanalyse über das neue Steuergesetz ist erstellt.	
	Die Auswirkungen auf den interkantonalen Finanzausgleich sind bestimmt.	
15.1 / 17.1	Die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben (NFA) des Bundes ist auf Kantonsebene zur Umsetzung vorbereitet.	
16	Die Steuerstrategie befindet sich in Umsetzung.	
	Nachtrag zum Steuergesetz	Anpassungen an neuste Änderungen Bundesrecht (StHG, Partnerschaftsgesetz)
17.2	Die Ausgabenbremse ist auf kantonaler Ebene umgesetzt.	
	Ausgabenbremse ist auf Ebene Regierungsrat instrumentalisiert.	

Weitere Jahresziele 2007 des Departements		<i>(ohne unmittelbaren Bezug zur Amtsdauerplanung)</i>
	Das Schätzungs- und Grundpfandgesetz wird umgesetzt: → Der Schätzungsbereich ist organisatorisch neu gegliedert und funktioniert effektiv und effizient.	
	Die neuen Richtlinien im Lotteriewesen sind umgesetzt: → Die Ausführungsbestimmungen über die Vergabe von Lotteriegeldern im Kanton sind erlassen.	
	Zentralisierung der Berechnung der jährlichen Lohnerhöhungen ist abgeschlossen.	
	Gebührenordnung für die Rechtspflege ist angepasst.	
	Umsetzung von verschiedenen Software-Projekten im Steuerbereich.	Überführung GemDat – Terris und Ablösung Abraxas
	Umsetzung diverser Gesetzesänderungen im Bereich der Prämienverbilligung.	u.a. Beschaffung neuer Software

20 Departementssekretariat

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Der Departementssekretär ist einerseits Sekretär des Finanzdepartementes, andererseits aber ist er verantwortlich für das Projekt Neue Verwaltungsführung Obwalden (NOW). Das Departementssekretariat ist im Weiteren verantwortlich für das Lotteriewesen.

2 Gesetzliche Grundlagen

Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)
Organisationsverordnung (GDB 133.11)
Verwaltungsverordnung (GDB 133.21)
Finanzhaushaltverordnung (GDB 610.11)
Personalverordnung (GDB 141.11)
Lotteriegesetzgebung (GDB 975.31 und 975.4)
Vollziehungsverordnung über die amtliche Vermessung (GDB 213.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	251	278	279			
Ertrag	1					
Nettoaufwand	250	278	279	281	284	286
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
2000 318.60	13.2	Projekte NOW sind in Umsetzung / Einführung KORE ist in Testphase.	15	
	–	Umsetzung Neuorganisation Lotteriewesen (nach IKV Lotterien und Wetten)		

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>					
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
	13.2	Projekt NOW ist in Umsetzung/KORE ist in Testeinheiten eingeführt.	2008	2008		

22 Personalamt

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Personalamt ist allgemeine Stabsstelle für Personal- und Organisationsfragen. Es erarbeitet zuhanden des Regierungsrates und der Departemente fachliche Entscheidungsgrundlagen in Personal- und allgemeinen Organisationsfragen. Dazu gehören die Personalpolitik und in deren Umsetzung insbesondere Dienstleistungen in der Personalrekrutierung, Anstellung, Förderung und Betreuung. Im Weiter pflegt das Personalamt sämtliche rechtlichen und fachlichen Grundlagen für die Personalführung (Funktionsbewertung, Lohnsystem, Personaladministration und –controlling) und sorgt für deren Umsetzung.

2 Gesetzliche Grundlagen

Personalverordnung (GDB 141.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	556	1'323	1'579			
Ertrag	55	84	55			
Nettoaufwand	501	1'239	1'524	1'565	1'576	1'588
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
2200.	Personalamt				
301.08	Leistungsprämien (0,2 % der Lohnsumme)	75		73	
301.80	Lohnsummenentwicklung Verwaltung; 2 %	447		603	
302.80	Lohnsummenentwicklung Lehrerschaft; 2 %	110		197	
309.03	Personalwerbung, Inserate	70		82	
318.60	Rückerstattung Kosten an Nidwalden für Personalamtsleitung	110		105	
439.00	Verschiedene Einnahmen		69		40

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
	13	Die gesetzlichen Grundlagen (Staatsverwaltungsgesetz, Personalverordnung) zur Personalpolitik sind zuhanden des Kantonsrats angepasst.		
	13	Zentralisierung der Berechnung der jährlichen Lohnerhöhungen bei Lehrpersonen ist abgeschlossen.		

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>					
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
	13	Ausführungsbestimmungen über die Arbeitszeit sind eingeführt.		2008		
	13	Ausführungsbestimmungen über die Fort- und Weiterbildung sind eingeführt.		2008		
	13	EDV-gestützte Zeit- und Leistungserfassung ist projektiert (Projekt NOW).		2009	130	

24 Finanzverwaltung

1 Leistungsauftrag des Amtes

Die Finanzverwaltung erarbeitet Finanzplan und Voranschlag, führt die Staatsrechnung sowie die Tresorerie (inkl. Verbuchung und Verteilung der Abschreibungen). Sie besorgt die Finanz- und Lohnbuchhaltung und organisiert den Zahlungsverkehr. Ihr obliegt die Verwaltung des Finanzvermögens, der Spezialfinanzierungen (inkl. Vereinnahmung und Zuweisung der gebundenen Abgaben) und der Fonds. Ihr unterstellt sind der Steuerbezug (inkl. Budgetierung der Steuererträge), die Material- sowie die Telefonzentrale. Sie führt zudem die Sonderrechnungen für die Tierseuchenkasse, die Feuerwehrrasse sowie die Rechnungen der Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft und die Investitionskredite in der Forstwirtschaft. Ebenfalls unter der Finanzverwaltung werden die Kantonsanteile an eidg. Abgaben und Erträgen (u.a. eidg. Finanzausgleich/Verrechnungssteuer), des innerkantonalen Finanzausgleiches sowie allgemeine Kosten der Verwaltung budgetiert und verbucht.

2 Gesetzliche Grundlagen

Kernaufgaben im kantonalen Recht:

Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)

Finanzausgleichsgesetz (GDB 630.1)

Finanzhaushaltsverordnung (GDB 610.11)

Personalverordnung (GDB 141.11)

Gebührenverordnung (GDB 643.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	75'226	47'182	49'714			
Ertrag	286'313	148'047	154'708			
Nettoertrag	211'087	100'865	104'994	129'740	126'727	126'530
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben	261	435	577			
Einnahmen	9					
Nettoinvestitionen	252	435	577	300	300	300

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
2400. 363.00	Finanzverwaltung: Informatikkosten ILZ	236		229	
2402. 310.20	Allg. Personal- + Verwaltungskosten: Beschaffung von Büromaterial durch die Büromaterialzentrale für die ganze Verwaltung	140		140	
318.50	Sach- und Haftpflichtversicherung	105		105	
363.00	Informatikkosten ILZ	100		122	
435.60	Verkäufe von Büromaterial durch die Büromaterialzentrale		140		140
436.00	Leistungen der Kranken-/Unfallversicherung (Ø-Ertrag der letzten 4 Jahre)		347		400
2420. 318.20 318.30	Steuerbezug: Postcheck- und Bankgebühren Inkassokosten für Kantons-, Gemeinde- und direkte Bundessteuern	50 190		52 310	
363.00	Informatikkosten ILZ	66		59	
436.20	Rückerstattung Inkassokosten		220		350
2440. 341.00	Finanzausgleich an Gemeinden: Ressourcenausgleich (4,1 % der erwarteten Kantonssteuereingängen 2005)	2 450		2 300	
	Lastenausgleich Schule (mind. 1,5 Mio. Fr.)	1 500		1 500	
341.10	Steuerstrategie-Ausgleich an Gemeinden gemäss Teilrevision Steuergesetz	6 300		5 250	
480.00	Entnahme Steuerstrategie-Ausgleich aus Spezialfinanzierung (Einlage in 2005)		6 300		5 250
2462. 331.00 bzw. 332.00	Abschreibungen: Abschr.-Sätze Finanzhaushaltsverordnung Zusätzliche Abschreibung Nationalstrassen	9 273 3 500		11 608 3 500	
331.02	Wärmeverbund: Nach Annuitätsberechnung	110		117	
331.04	Lineare Abschreibung (5 Jahre) Wiederinstandstellung Kantonsstrassen nach Hochwasserkatastrophe			1 460	
2464. 321.00 322.00	Schuldzinsen: Konto-Korrentschulden/Kommissionen Darlehen: Verzinsung der bestehenden mittel- und langfristigen Schulden	50 2 939		50 2 220	
329.00	Vergütungszinsen: Verzinsung Steuervoraus- zahlungen von Juni – November	180		250	
2466. 420.00 421.00	Vermögenserträge: Zinsen auf Konto-Korrentguthaben Vergütungs- Verzugszinsen: Verzinsung		300 180		300 250
422.00	Steuernachzahlungen ab November Anlagen des Finanzvermögens: Zins- und Dividendenerträge		1 497		2 040
426.00	Verzinsung Dotationskapitalien EWO und ILZ (bis 2005 zusätzlich noch OKB)		1 103		215

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
2480.	Direkte Abgaben:				
	Erwarteter Ertrag (Hochrechnung Rechnungsstellung 2006)				
400.00	Staatssteuer, Natürliche Personen		51 198		52 588
	Steuerstrategie: Erwarteter, zusätzlicher Ertrag				
401.00	Staatssteuer, Juristische Personen		2 150		3 000
403.00	Grundstückgewinnsteuer, Ø 5 Jahre		1 035		1 000
404.00	Handänderungssteuer, Ø 5 Jahre		1 302		1 390
405.00	Erbschafts- und Schenkungssteuer, Ø 5 J.		615		500
437.00	Steuerbussen		80		90
480.00	Entnahme Rücklage Finanzierung Steuerstrategie		3 500		2 500
2482.	Gebundene Abgaben:				
362.00	Anteil der Gemeinden und Korporationen am Ertrag der Mineralölsteuer	2 070		2 365	
363.10	Abgeltung Verkehrssicherheitszentrum OW/NW, Fr. 9.– bzw. neu Fr. 4.–/Nr.-Schild	269		146	
406.00	Motorfahrzeugsteuer: Erwarteter Zuwachs an Fahrzeugen von 1 %		7 956		8 060
406.01	Schiffssteuer		300		285
460.00	Bundesbeitrag Schadenwehr		277		288
460.10	Mineralölsteuerertrag		4 558		5 100
460.20	LSVA		1 787		1 782
2484.	Anteile eidg. Abgaben und Erträge:				
440.00	Kantonsanteil (13 %) an dir. Bundessteuern		5 000		5 350
440.10	Finanzausgleich (Horizontal)		21 760		22 848
440.20	Repartitionen; Ø 5 Jahre		315		280
440.40	Eidg. Verrechnungs-/Sicherungssteuer Ø 5 Jahre		3 355		3 400
2486.	Reingewinnanteile OKB/EWO/SNB:				
341.00	Gemeindeanteile Reingewinn EWO	750		750	
380.00	Rücklage Finanzierung Steuerstrategie	1 500		1 500	
416.10	Anteile Schweiz. Nationalbank SNB; – ordentliche Ausschüttung		15 945		16 851
426.00	Anteil Obw. Kantonalbank (ab 2007 inkl. Verzinsung Dotationskapital)		4 022		5 500
426.01	OKB, Abgeltung der Staatsgarantie				1 648
426.10	Reingewinn Elektrizitätswerk Obwalden		1 500		1 500
2490.	Landeslotterie:				
365.20	Beitrag Hallenbad Obwalden	200			
365.21	Beitrag OBWALD (insgesamt 3xTFr. 90)	60		70	
365.22	Auftritt Innerschweiz an OLMA			200	
	Übrige Beiträge	10		10	
365.24	Verkehrshaus Luzern, Jährlicher Beitrag	25		24	
	Verkehrshaus Luzern, Beitrag an Renovation			150	
365.27	Sprungschanze Engelberg			100	
365.28	Beitrag an Klosterkirche Engelberg	200		200	
414.00	Anteil Landeslotterie/Zahlenlotto		1 100		1 515
480.00	Entnahme aus Fonds zum Ausgleich		116		236

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
2400	15.1	Die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben (NFA) des Bundes ist auf Kantonsebene zur Umsetzung vorbereitet.		
2400/ Gerichte	17	Die Gebührenordnung für die Rechtspflege ist angepasst.		
2480		Das Controlling der Steuerstrategie ist mit Blick auf den Finanzausgleich durchgeführt.		

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
2440. 341.00	Finanzausgleich an Gemeinden: Ressourcenausgleich: Entwicklung Ressourcenausgleich mit Steuerentwicklung	+ 90	+ 130	+ 250
341.10	Steuerstrategie-Ausgleichsentwicklung gemäss Botschaft	- 550	- 1 100	- 2 150
480.00	Entnahme Steuerstrategieausgleich aus Spezialfinanzierung	- 550	- 1 100	- 2 150
2462.	Abschreibungen:			
331.00	Ordentliche Abschreibungen gemäss Abschreibungssatz FHV	+ 2 650	+ 7 015	+ 9 730
331.04	und geplanten Investitionen	+ 451	+ 451	+ 451
332.00	Lineare Abschreibung Kantonsstrassen (Hochwasserkat.)	- 3 500	- 3 500	- 3 500
2464.	Wegfall zusätzliche Abschreibungen Nationalstrassen			
322.00	Schuldzinsen: Rückzahlung der Darlehen bei Fälligkeit	- 470	- 1 400	- 1 850
2466.	Vermögenserträge:			
422.00	Rückzahlung der Darlehen EWO	- 100	- 555	- 555
	Abnahme flüssiger Mittel infolge Schuldenrückzahlung	- 200	- 340	- 500
2480. 400.00	Direkte Abgaben: Staatssteuer, Natürliche Personen:			
	Erwartete „normale“ Zunahme von jährlich 2 %	900	1 760	2 970
	Auswirkungen Steuerstrategie	1 800	3 500	3 500
	<i>Umsetzung Steuerstrategie zweiter Schritt</i>		- 3 000	- 3 000
401.00	Staatssteuer, Juristische Personen:			
	Erwartete „normale“ Zunahme von jährlich 2 %	70	200	200
	Auswirkungen Steuerstrategie	500	1 000	1 500
480.00	Rückläufige Entnahme Rücklage Steuerstrategie		- 92	- 1 000
2482. 460.20 460.10	Gebundene Abgaben: Anstieg Ertrag LSVA gemäss Angaben Bund	26	170	170
	<i>NFA – Wegfall Finanzkraftkomponente bei Kantonsanteile aus Mineralölsteuer</i>	- 2 870	- 2 870	- 2 870

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
2484.	Anteile eidg. Abgaben und Erträge:			
440.00	Kantonsanteil an dir. Bundessteuern: Erwartete Zunahme	+ 260	+ 380	+ 450
440.10	Finanzausgleich - Entwicklung Schätzung Eidg. FV <i>NFA – Wegfall/Ersatz durch Ressourcenausgleich</i>	- 22 848	- 22 848	- 22 848
	<i>NFA – Neuer Ausgleichsmechanismus:</i>			
440.11	<i>Ressourcenausgleich</i>	40 466	40 466	40 466
440.12	<i>Geographisch-Topographischer Lastenausgleich</i>	5 199	5 199	5 199
440.13	<i>Härteausgleich</i>	9 789	9 789	9 789
440.40	<i>NFA – Wegfall Finanzkraftkomponente Verrechnungssteuer</i>	- 2 000	- 2 000	- 2 000
2486.	Reingewinnanteile OKB/EWO/SNB:			
416.10	<i>NFA – Wegfall Finanzkraftkomponente Anteile Schweiz.</i> <i>Nationalbank SNB</i>	- 9 461	- 9 461	- 9 461

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
2400	15.1	Die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben (NFA) des Bundes auf Kantonsebene ist auf 1. Januar 2008 umgesetzt.				
2402		Ersatzinvestitionen EDV/Telefonanlage		2008 bis 2010	300	
2480		Das Controlling der Steuerstrategie ist mit Blick auf den Finanzausgleich durchgeführt.		2008 bis 2010		

26 Steuerverwaltung

1 Leistungsauftrag des Amtes

Die Steuerverwaltung ist für die Umsetzung des Steuergesetzes verantwortlich und beschafft einen wesentlichen Teil der Einnahmen des Kantons. Sie veranlagt die Einkommens- und Vermögenssteuern von den Unselbständigerwerbenden, sekundär Steuerpflichtigen, Selbständigerwerbenden und den Landwirten, die Gewinn- und Kapitalsteuer bei den juristischen Personen sowie die Erbschafts-, Schenkungs- und Quellensteuern und die Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern. Die Steuerverwaltung veranlagt zudem die direkte Bundessteuer. Weiter kontrolliert die Kantonale Steuerverwaltung die Verrechnungssteuer-Anträge und fordert die notwendigen Rückerstattungsbeträge bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung an. Auch der Vollzug der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung und das Güterschätzungswesen ist organisatorisch bei der Steuerverwaltung angegliedert. Daneben fallen interkantonale Aufgaben wie Meldewesen, Repartitionswesen, usw. bei der Steuerverwaltung an.

2 Gesetzliche Grundlagen

Steuergesetz (GDB 641.4)

Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz (GDB 641.41)

Grundpfand- und Schätzungsgesetzgebung (GDB 213.7, 213.71 und 213.711)

Einführungsgesetzgebung zum Krankenversicherungsgesetz (GDB 851.1 und 851.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	5'055	5'344	5'365			
Ertrag	397	381	363			
Nettoaufwand	4'658	4'963	5'002	5'039	5'076	5'114
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
2600	Abteilung Innere Dienste/Steuerrevisorat (Empfang, Telefon, Sekretariat, Infrastruktur, Verrechnungssteuer, Prämienverbilligung KV und Steuerrevisorat)	1 728	61	1 744	66
2620	Abteilung Unselbständigerwerbende (Veranlagung unselbständigerwerbende Steuerpflichtige)	1 069	0	1 049	2
2630	Abteilung Selbständig- und Unselbständigerwerbende (Veranlagung selbständig-/unselbständigerwerbende Steuerpflichtige)	942	0	958	0
2640	Abteilung Juristische Personen (Veranlagung juristische Personen und Beteiligungsrechtsinhaber)	443	0	453	0
2650	Abteilung Sondersteuern (Veranlagung der Sonder- und Quellensteuern)	468	0	459	0
2655	Grundstückschätzungen	516	145	516	120
2680	Prämienverbilligung KV	178	175	188	175

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
2600	16	Umsetzung Steuerstrategie (Abstimmung mit Kantonsmarketing und Raumordnungskonzept)		
2600	16	Teilrevision Steuergesetz (Anpassungen an diverse Änderungen von Bundesrecht, wie StHG, Partnerschaftsgesetz usw.)		
2650		NEST Quellensteuer (Ablösung Abraxas / Investitionen Software und Einführungsaufwand)	130	
2655		Investitionen Software (Überführung GemDat – Terris und Ablösung Abraxas)	20	
2655	13	Umsetzung Revision Schätzungs- und Grundpfandgesetz (insbesondere Organisation)		
2680		Beschaffung neue Software Vollzug Prämienverbilligung in der Krankenversicherung (Umsetzung diverser Gesetzesänderungen)	100	

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>					
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
2600		Teilrevision Steuergesetz (u.a. Anpassungen an verschiedene Änderungen von Bundesrecht, insbesondere Unternehmenssteuerreform II)		2009		
2480	16.2	Revision Steuergesetz: Tarifkorrekturen (Steuerstrategie 2. Schritt)	2008	2009		- 3 000

23.3 SICHERHEITS- UND GESUNDHEITSDEPARTEMENT

Wichtigste departementale Jahresziele 2007

Nr.	Massnahmen der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010	Bemerkungen
	Jahresziele 2007 des Departements	<i>(mit Bezug zur Amtsdauerplanung)</i>
5.1	Die auf Art. 16 des Gesundheitsgesetzes gestützte Spitalstrategie wird umgesetzt durch:	
	Eine neue interkantonale Vereinbarung über die operative Zusammenarbeit mit den Kantonsspitalern von Obwalden und Nidwalden.	
5.2	Die spitalmässige Grundversorgung ist sichergestellt.	
	– Die Weiterentwicklung des Kantonsspitals zu einem Gesundheitszentrum wird geprüft.	
	– Die Entwicklung des Kantonsspitals zu einer selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt wird geklärt und je nach Ergebnis umgesetzt.	
	– Der Investitionsbedarf eines Umbaus des Kantonsspitals ist geklärt (→ Projekt KSOW).	
5.4	Die kantonale Gesetzgebung im Gesundheitsbereich und in der Gesundheitsförderung sind den Entwicklungen im Bund angepasst.	
	Die Teilentflechtung zwischen Kanton und Bund im Bereich Spitex (NFA) ist vorbereitet.	
5.5	Die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung ist an das geänderte KVG angepasst und auf den NFA ausgerichtet.	
	Die gesetzlichen Grundlagen für die Prämienverbilligung sind an die NFA angepasst.	
6.1	Die Stärkung von Familien und Kindern erfolgt nach den gutgeheissenen Prioritäten des Familienleitbildes.	
	Die Einführung und Finanzierung von Kleinkinderbetreuungszulagen sind entschieden.	

6.2	Für die NFA ist der Bereich des Heim- und Betreuungswesens vollzogen.	
	Die Gesetzgebung zur Umsetzung des NFA-Projektes im Heim- und Betreuungswesen ist in Bearbeitung.	
7.1	Die polizeiliche Leistungskapazität im Kanton wird angepasst und die Zusammenarbeit in der Zentralschweiz verstärkt.	
	Die Überarbeitung des Gesetzes über die Kantonspolizei und der Verordnung zum Gesetz über die Kantonspolizei ist an die Hand genommen.	
	Die Projektarbeiten zum Sicherheitsfunknetz sind weitergeführt.	
	Die Projekte Polizei XXI sind weitergeführt.	
7.2	Die Zusammenarbeit und Einsatzkoordination der Partnerorganisationen (Führungsstab) ist optimiert.	
	Die Grundlagenarbeit und Weiterentwicklung des KFS ist abgeschlossen.	
7.3	Die Revision des Feuerschutzgesetzes ist umgesetzt.	
	Die Totalrevision der Feuerschutzgesetzgebung ist auf Anfang 2008 in Kraft.	
7.4	Die Verwaltungs-, Zivil- und Strafrechtspflege sind den Neuerungen des Bundes (Rechtsweggarantie, Bundesgerichtsgesetz, eidgenössische Strafprozess- und Zivilprozessordnung) angepasst.	
	Die internationalen und nationalen Datenschutzbestimmungen sind umgesetzt.	
	Für die Verwaltungsrechtspflege betreffend Neuerungen des Bundes liegt ein Gesetzesentwurf vor.	

30 Departementssekretariat

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Departementssekretariat unterstützt die Departementvorsteherin nach deren besonderen Anordnungen insbesondere bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrates und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung.

2 Gesetzliche Grundlagen

Staatsverwaltungsgesetz (GDB 131)

Organisationsverordnung (GDB 433.11)

Ausführungsbestimmungen über die Aufgaben und Gliederung der Departemente (GDB 133.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	296	309	304			
Ertrag						
Nettoaufwand	296	309	304	307	309	312
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
		Die Strassenverkehrs- und Schifffahrtsgesetzgebung sind revidiert.		
		Die Organisation der Gefängnisverwaltung ist optimiert und die Nutzung des Gefängnisses geklärt.		

31 Justizverwaltung

1 Leistungsauftrag des Amtes

Die Justizverwaltung ist für folgende Aufgabenbereiche zuständig: Gleichstellung von Frau und Mann, Datenschutz, Enteignungsrecht, Beurkundungsrecht, Amtsnotariat und Anwaltsrecht, Straf- und Massnahmenvollzug, Schutzaufsicht, Gefängnis und Begnadigungen, Einbürgerungen, Namensänderungen, Zivilstandswesen, Miete und Pacht, Schuldbetreibungs- und Konkurswesen, öffentliche Versteigerungen, Sekretariat der Steuerrekurskommission sowie Aufsicht über die Gemeinden und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften wie Korporationen und Teilsamen.

2 Gesetzliche Grundlagen

Kantonsverfassung (Gemeindeaufsicht) (GDB 111)
 Bürgerrechtsgesetz (GDB 111.2.)
 Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)
 Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Kantone Obwalden und Nidwalden zur Gleichstellung von Frau und Mann (GDB 121.11)
 Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (EG ZGB; GDB 210.1)
 Gesetz über die öffentliche Beurkundung (GDB 210.3)
 Gesetz über die Ausübung des Anwaltsberufes (GDB 134.4)
 Gesetz über den Erwerb und Verlust des Kantons- und Gemeindebürgerrechts (GDB 111.2)
 Vollziehungsverordnung zum SchKG (GDB 250.11)
 Zivilstandsverordnung (GDB 211.11)
 Ausführungsbestimmungen über Miete und Pacht (GDB 220.411)
 Verordnung über den Straf- und Massnahmenvollzug sowie die Schutzaufsicht (GDB 330.11)
 Steuergesetz (GDB 641.4)
 Gefängnisordnung (GDB 330.21)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	1'721	1'775	1'825			
Ertrag	1'161	935	889			
Nettoaufwand	560	840	936	974	967	1'076
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
3100. 431.00	Justizverwaltung Gebührenänderungen aufgrund der Bundesgesetzgebung		20		30
3112. 319.00	Zivilstandswesen besonderer Sachaufwand (Mikroverfilmung, Auskünfte Botschaft, Bereinigung INFOSTAR)			30	
3120. 318.10 431.00	Betreibungen Porti im Rahmen von Betreibungsverfahren; ein Grossteil der Dokumente ist eingeschrieben zuzustellen Gebühreneinnahmen	70		75	
			660		660
3122. 436.60	Konkurse Gebühreneinnahmen		100		50
3140. 351.00	Straf- und Massnahmenvollzug Kosten für Gefangene, die ihre Strafe in ausserkantonalen Anstalten zu verbüssen haben	200		200	
3142. 451.00 451.01	Gefängnis Vergütung von Kantonen für Straf- und Massnahmenvollzug Vergütung von Kantonen für Untersuchungsgefangene		21 34		5 30

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kostenstelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
3100. 318.60	7	Die internationalen (Schengen/Dublin, EU-Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten bzgl. Aufsichtsbehörden und grenzüberschreitender Datenübermittlung) und nationalen Datenschutzbestimmungen sind umgesetzt.	25	
3100. 318.60	7.4	Für die Verwaltungsrechtspflege betreffend Neuerungen des Bundes (Rechtsweggarantie, Bundesgerichtsgesetz) liegt ein Gesetzesentwurf vor.	5	
	7.4	Die Ausführungsgesetzgebung ist an den neuen Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches angepasst.		

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
	7	Die DNA-Profil-Gesetzgebung des Bundes ist auf kantonaler Ebene umgesetzt.		
	7	Ausführungsbestimmungen über die Aufenthalts- und Verpflegungskosten der Gefängnisinsassen sind an die Kostenentwicklung angepasst.		
	7	Die Änderung des Zivilgesetzbuches betreffend Stalking (Nachstellungen) und häusliche Gewalt ist auf kantonaler Ebene umgesetzt.		
		Die Ausführungsbestimmungen über die Gebührenerhebung der Einwohnerkontrollen sind entsprechend den Bedürfnissen der Gemeinden aktualisiert.		

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/-. Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
3100	Einsetzung einer Datenschutzaufsichtsbehörde im Sinne der geänderten internationalen und nationalen Datenschutzbestimmungen.	10	10	10

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
3100. 318.60		Die kantonale Bürgerrechtsgesetzgebung ist an die Bürgerrechtsgesetzgebung des Bundes anzupassen.	2008	2008	10	
3100. 318.60	7.4	Die Verwaltungs-, Zivil- und Strafrechtspflege sind den Neuerungen des Bundes (Rechtsweggarantie, Bundesgerichtsgesetz, eidg. StPO und ZPO) angepasst. Verwaltungsrechtspflege Zivilrechtspflege Strafrechtspflege	 2008 2010 2010	 2008 2010 2010	 10 20 50	
3100. 318.60	14.1	Konzept für eine wirkungsorientierte Gemeindeführung liegt vor (Anpassung des Gemeindeorganisationsrechts in der KV).	2010	2010	50	
3100. 318.60		Umsetzung der Registerharmonisierung zur Durchführung einer registergestützten Volkszählung 2010.	2009	2008 2009	5 15	

32 Kantonspolizei

1 Leistungsauftrag des Amtes

Die Kantonspolizei ist für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständig. Das Polizeikorps übt die gerichtliche Polizei aus und sorgt für den Schutz von Personen, Sachen und Umwelt. Es bekämpft alle Formen der Kriminalität aktiv und vorbeugend, verbessert die Sicherheit auf den Strassen und ist auf die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen vorbereitet.

Die zur Kantonspolizei zugehörige Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz umfasst die Bereiche Militär, Zivilschutz und Feuerwehr. Sie überwacht die Inspektions-, Schiess- sowie Dienstleistungspflicht der zugewiesenen Einheiten und erhebt den Wehrpflichtersatz. Sie ist für die Einsatzfähigkeit des Zivilschutzes verantwortlich. Sie überwacht die Feuerwehren, sorgt für eine gründliche Ausbildung der Spezialisten und Kader, sorgt auf Stufe Kanton für die Materialbeschaffung bezüglich Brandbekämpfung, Öl- und Chemiewehr sowie den Strahlenschutz.

2 Gesetzliche Grundlagen

Gesetz über die Kantonspolizei (GDB 510.1)
 Verordnung zum Gesetz über die Kantonspolizei (GDB 510.11)
 Dienstreglement für das Polizeikorps (GDB 510.111)
 Gesetz über das kantonale Strafrecht (GDB 310.1)
 Verordnung über die Strafrechtspflege (Strafprozessordnung) (GDB 320.11)
 Konkordat über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Zentralschweiz (GDB 510.2)/Beschlüsse
 Projekt Polizei XXI/Konkordat IPH (GDB 510.3)
 Vollziehungsverordnung über den Wehrpflichtersatz (GDB 530.41)
 Ausführungsbestimmungen über die Militärverwaltung (GDB 530.111)
 Bevölkerungsschutzgesetzgebung (GDB 540.1, 540.111)
 Ausführungsbestimmungen über den Kantonalen Führungsstab (GDB 540.112)
 Zivilschutzgesetzgebung (GDB 543.1, 543.111)
 Feuerschutzgesetzgebung (GDB 546.1, 546.11, 546.111, 546.112, 546.113, 546.21, 546.211, 546.212, 546.411)
 Chemiewehr- und Strahlenschutzverordnung (GDB 780.31)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	13'626	10'196	10'460			
Ertrag	12'706	7'092	8'054			
Nettoaufwand	920	3'104	2'406	3'582	3'069	2'861
Investitionen:						
Ausgaben	920		100			
Einnahmen						
Nettoinvestitionen	920		100	2'665	2'020	2'140

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
3200./3201./ 3202	Kommandoabteilung/Verkehrs- und Sicherheits- polizei/Kriminalpolizei				
306.00	Dienstkleider, Uniformierung, pers. Ausrüstung	84		83	
309.00	Ausbildung des Personals, Kurse – neu Aufnahme Schulbetrieb Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (50)	132		161	
311.40	Fahrzeuge (Ersatzbeschaffungen)	142		173	
317.00	Spesenentschädigungen	132		102	
318.90	verschiedener Verwaltungsaufwand – ZRK Polizei XXI Projekt Logistik (5) – Vorarbeiten 200 Jahre Kapo (1)	33		37	
363.00	Informatikaufwand ILZ	450		450	
434.10	Arbeiten für Dritte – Rückgang Luftsicherheitsdienst (120 auf 98) – neuer Vertrag Schwerverkehrskontrolle (200 auf 140)		607		540
434.20	Alarmanlagen Beiträge – Tarifierpassung (AB Kosten Polizeidienst GDB 510.112)		90		41
3201.	Verkehrs- und Sicherheitspolizei				
437.00	Bussen und Geschwindigkeitsübertretungen		1 950		1 950
3250. 315.90	Zivilschutz Grossteil der Logistikkosten neu über Ersatzbei- träge finanziert (3250.366.01)	200		23	
351.00	Zahlung an das Ausbildungszentrum Cham für Rekrutenschule, Wiederholungs- und Weiterbil- dungskurse	173		88	
351.01	Entschädigungen für Wiederholungskurse	100		60	
363.00	Informatikaufwand	31		42	
366.01	Anschaffungen über Ersatzbeiträge Miete Logistikzentrum Kägswil und notwendige Anschaffungen, Weiterbildungskurse u.a.			300	
439.00	Einnahmen aus Ersatzbeiträgen für die Umset- zung des kantonalen Zivilschutzes		221		300
451.00	Zahlungen anderer Kantone für den Einsatz unse- rer kantonalen Instrukturen im Ausbildungszent- rum Cham		56		31

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
3251.	Schadenwehr				
311.40	Ersatzanschaffung eines Fahrzeugs und Geräten	60		40	
352.00	Entschädigungen an Engelberg und Sarnen für Ausbildung und Einsätze der Stützpunktfeuerwehren	65		65	
436.10	Div. Rückerstattungen		12		12
436.15	Anteil aus der Feuerlöschkasse an die Personalkosten		85		85
3256.	Wehrpflichtersatz				
440.00	Anteile der Bundeseinnahmen		80		80
3257.	Führungsstab				
318.02	Funkanlagen: Konzessionsabgaben	98		50	
365.20	Projekt Care Link			23	

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
3200	7.1	Die Überarbeitung des Gesetzes über die Kantonspolizei und der Verordnung zum Gesetz über die Kantonspolizei ist an die Hand genommen.		
3200	7.1	Die Projektarbeiten zum Sicherheitsfunknetz Obwalden sind weitergeführt.	noch offen	
3201	7.1	Die Nachrüstungen im Ordnungsdienstbereich (Pol XXI) ist erfolgt.	145	
	7.1	Die Projekte Polizei XXI sind weitergeführt.		
3200. 318.90	7.2	Die Grundlagenarbeit und Weiterentwicklung des KFS ist abgeschlossen (Entschädigung an externe Beratung).	27	
3251	7.3	Die Totalrevision der Feuerschutzgesetzgebung ist abgeschlossen.	10	

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
3200. 309.00	Kommando Anteil IPH (Interkantonale Polizeischule Hitzkirch)	50	50	50
3250. 315.90	Zivilschutz Ersatzbeschaffung Einsatzfahrzeuge Beschaffung Einsatzgeräte gross Beschaffung Einsatzgeräte klein	50 50 50	100 100 50	50 100 50

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
3200. 301.00		Euro 08: Personaleinsätze, Ausrüstung und Material		2008	165	
3200. 318.90		Jubiläum 200 Jahre Kantonspolizei Obwalden	2006	2008	55	
3200. 506.02	7.1	Anpassungen Einsatzzentrale (EZ) und Supportsys- tem	2007	2008 ff.	100	
3200. 506	7.1	<i>Sicherheitsfunknetz Obwalden</i>	2007	2008 ff.	3 000 bis 10 000	
3201. 311.10	7.1	Ersatz bestehender Laser Geschwindigkeitsmessan- lage		2008	50	
3201. 506.03		Ersatzbeschaffung Unfallpikettfahrzeug		2010	120	
3201. 311.10		Ersatz persönliche Schutzwesten, 1. Tranche		2009	30	
3202. 311.10		Ersatz persönliche Schutzwesten, 2. Tranche		2010	30	
3202. 318.90	7.1	Kriminalpolizei METAS, Zertifizierung Kriminaltechnik		2008	120	
3202. 311.10	7.1	Geräte-Ersatz Digitalfotografie		2010	50	
3202. 506.00	7.1	Kriminalpolizei Swiss Police Index (Auftrag KKJPD)		2008	100	

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>					
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
3250. 311.10	7.2	Zivilschutz <i>Beschaffung Funkausrüstung Polycom</i>		2008 2009	150 100	
3251 562.00	7.3	Schadenwehren Der Neu- oder Ausbau der Stützpunktfeuerwehr Sarnen ist durch einen Beitrag unterstützt.		2008	350	
3257. 311.10	7.2	KFS <i>Beschaffung Funkausrüstung Polycom</i>		2008 2009	100 100	

34 Gesundheitsamt

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Gesundheitsamt sorgt für eine ausreichende und koordinierte medizinische Versorgung der Bevölkerung. Es vollzieht die auf Grund der Krankenversicherungsgesetzgebung den Kantonen übertragenen Aufgaben, erteilt Bewilligungen für Berufe der Gesundheitspflege sowie therapeutische Einrichtungen und koordiniert die Betagtenbetreuung und die Spitexdienste. Es sorgt für die Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung der Bevölkerung und stellt die Koordination mit dem Laboratorium der Urkantone sicher, welches insbesondere die Vollzugsaufgaben in den Bereichen Lebensmittelgesetzgebung, Veterinärwesen, Giftgesetzgebung, Stoffverordnung sowie Gewässer- und Umweltanalytik erfüllt.

2 Gesetzliche Grundlagen

Gesundheitsgesetz (GDB 810.1)

Spitalverordnung (GDB 830.11)

Verordnung über die Berufe der Gesundheitspflege (GDB 811.11)

Einführungsgesetz und Verordnung zum Krankenversicherungsgesetz (GDB 851.1)

Heilmittelgesetzgebung (GDB 814.21; GDB 814.11)

Vereinbarung über die Fachstelle Gesundheitsförderung und Prävention für die Kantone Obwalden und Nidwalden (GDB 810.12)

Schulgesundheitsverordnung (GDB 410.51)

Konkordat über das Laboratorium der Urkantone (GDB 816.2)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	41'884	43'851	44'824			
Ertrag	19'484	15'769	16'623			
Nettoaufwand	22'400	28'082	28'201	37'807	37'964	38'171
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben	1'083	1'000	1'760			
Einnahmen						
Nettoinvestitionen	1'083	1'000	1'760	1'590	1'000	1'000

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
3400. 318.63	Amtsleitung Versch. Arbeiten durch Dritte: – Spitalkooperation/Spitalplanung (Fr. 40 000.–) – LV CareTeamZentralschweiz KDS (Fr. 8 000.–) – LV Samariterverband betr. KSD (Fr. 5 400.–) – evt. Projekt ZGSDK Spitalregion (Fr. 3 200.–)	56		56	
362.00	Konkordatsbeitrag an Laboratorium der Urkantone Bereich Kantonschemiker	423		363	
362.01	Konkordatsbeitrag an Laboratorium der Urkantone Bereich Veterinärdienst	179		244	
364.00	Umsetzung der Massnahmen aus dem Projekt „Im Alter in Obwalden leben: Beitrag an Projekte Al- ters- und Betagtenbetreuung (neu; Vorbehalt der Zustimmung RR/KR zur Revision der Verordnung über Baubeiträge an Betagtenheime)			100	
3406. 318.65	Schulgesundheitsdienst Zahnuntersuche bei den Schulkindern (Gut- scheinsystem)	72		72	
3409. 318.60	Prämienvverbilligung Krankenkassen (IPV) Verwaltungskosten für Durchführung der IPV	175		175	
365.00	Kantonsbeitrag für die IPV (Anteil Kanton im Ver- hältnis zum Gesamtbeitrag des Bundes; abgestuft nach Finanzkraft)	1 335		1 320	
3410. 364.01	Gesundheitsförderung Obwalden/Nidwalden Jährliche Beiträge OW/NW für die Durchführung und Unterstützung von Projekten	50		70	
461.00	Beitrag Kanton Nidwalden an die Fachstelle ge- mäss Vereinbarung vom 3. April 2001		165		175
3420. 363.10	Kantonsspital Obwalden Globalkredit für das Kantonsspital	14 600		14 600	
451.00	Beitrag Kanton Nidwalden an Psychiatrie		50		50
3422. 361.00	Spitalversorgung Engelberg Behandlung Engelberger Bevölkerung im Spital Stans (gemäss Vereinbarung Spitalabkommen Engelberg)	150		150	
3424. 364.00	Ausserkantonale Spitalbehandlungen Kosten für medizinischen notwendige ausserkan- tonale Spitalbehandlungen (stationär und ambu- lant)	8 200		8 200	

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
3420. 506.00	5.2	Kantonsspital ordentliche Investitionspauschale	1 500	
3420. 318.63	5.2	Kantonsspital Sicherstellung der spitalmässigen Grundversorgung: Prüfung der Weiterentwicklung des Kantonsspitals zu einem Ge- sundheitszentrum Klärung und je nach Ergebnis Umsetzung der Entwicklung des Kan- tonsspitals zu einer selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt Klärung des Investitionsbedarfs betr. Umbau des Kantonsspital	40 300	
6172. 503.00				
3400	5.3	Teilentflechtung zw. Kanton und Bund im Bereich Spitex (NFA) ist vorbereitet.		
3400. 364.00	5.3	Die Massnahmen aus dem Projekt „Im Alter in Obwalden leben“ sind umgesetzt.	100	
3409. 318.60	5.5	Die gesetzlichen Grundlagen für die Prämienverbilligung sind an den NFA angepasst.		
3400. 562.05		Baubeitrag Alters- und Pflegeheim in Sachseln im Rahmen der bestehenden Bettenplanung (4 Betten)	260 (IR)	
	7	Ein neues Hundegesetz ist erlassen.		

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/-/. Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
3424.364.00	Ausserkantonale Hospitalisationen	+ 200	+ 400	+ 600
3400.364.00	<i>NFA: Beiträge für die Förderung der Altes- und Behindertenhil- fe insb. Spitex</i>	+ 650	+ 650	+ 650
3409.365.00	<i>NFA: Teilweise Übernahme der wegfallenden Finanzkraftzu- schläge auf bisherigen Bundesbeiträgen bei Prämienverbilli- gung</i>	+ 8 700	+ 8 700	+ 8 700
3409.376.00		- 9 700	- 9 700	- 9 700
3409.470.00		- 9 700	- 9 700	- 9 700

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>					
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
	5.2	Umsetzung Spitalstrategie: Interkantonale Vereinbarung über die operative Zu- sammenarbeit der Kantonsspitäler OW und NW Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenar- beit in der Spitalregion LU, OW und NW	2008 2008			
3400. 318.63 562.05	5.1	Gesundheitsamt Totalrevision Gesundheitsgesetzgebung Baubeiträge für 9 Betten im Rahmen der bestehen- den Bettenplanung für die Alters- und Pflegeheime	2009	2008 2008	50 590	
3420. 506.00 6172	5.2	Kantonsspital: <i>Investitionspauschale</i> <i>Investitionsbedarf Kantonsspital (siehe 61 Hochbau)</i>	2007-2009 <i>noch offen</i>	p.a. <i>2008 bis 2010</i>	1 000 <i>11 500</i>	
3410	5	Überarbeitung Konzept Gesundheitsförderung und Prävention	2008			
9000	5	Revision der Tierseuchengesetzgebung unter Be- rücksichtigung der Tierseuchenkasse	2008			

35 Sozialamt

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Sozialamt fördert und koordiniert die private und öffentliche Sozialhilfe durch Beratung von Behörden und Sozialdiensten. Es führt besondere Beratungs- und Vermittlungsdienste (Suchtberatung, Jugendberatung, Ehe- und Familienberatung, Opferhilfeberatung, Behindertenberatung und Betagtenberatung) oder überträgt sie an private Institutionen. Das Sozialamt beaufsichtigt Heime und Einrichtungen der Sozialhilfe und organisiert die Zuweisung und Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen.

2 Gesetzliche Grundlagen

Sozialhilfegesetzgebung (GDB 870.1 und 870.11)
Verordnung über die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen (GDB 870.12)
Ausführungsbestimmungen zum Kindes- und Adoptionsrecht (GDB 211.211)
Ausführungsbestimmungen über die fürsorgerische Freiheitsentziehung (GDB 870.511)
Jugendhilfegesetzgebung (GDB 874.1 und 874.11)
Vollziehungsverordnung zum eidgenössischen Asylgesetz (GDB 113.51)
Einführungsgesetz zum ZGB (GDB 219.1)
Heimvereinbarung (GDB 874.3)
Vollziehungsverordnung zum Opferhilfegesetz (GDB 350.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	7'788	7'386	7'618			
Ertrag	5'122	4'205	4'479			
Nettoaufwand	2'666	3'181	3'139	11'267	11'272	11'278
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen				250		

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
3500. 318.60	Sozialamt Arbeiten durch Dritte	53		35	
364.00	Kantonsbeitrag an Betagten- und Behinderten- Beratungsstellen	31		56	
3500. 365.10	Objektfinanzierung Tagesstätten/Familienplätze	150		66	
460.00	Bundesbeiträge: Alkoholzehntel		120		115
3502. 365.20	Beratungen: Opferhilfe: Soforthilfe, weitere Hilfe und Umset- zung Projekt Jugendbeauftragter	30		55	
3504. 365.20	Asylsuchende, Flüchtlinge Anteil der Caritas am Bundesbeitrag gemäss Vereinbarung für die Betreuung der Asylsuchen- den/Flüchtlinge	500		500	
365.21	Gesundheits- und Unterstützungskosten	1 800		1 750	
460.00	Bundesbeitrag an Verwaltungskosten		620		620
460.01	Bundesbeiträge an Gesundheits- und Unterstüt- zungskosten		1 800		1 750
3506. 365.20	Heime Kosten aus Platzierungen Obwaldner/-innen in auswärtigen Sonderschulen und Heimen (Ende 2004 67 Jugendliche und Erwachsene)	1 500		1 500	
365.22	41 Kinder und Jugendliche aus Obwalden werden im Schulheim Rütimattli unterrichtet	770		831	
365.23	Wohnheim für Erwachsene, Rütimattli	226		250	
365.24	Kantonsbeitrag an die Behindertenwerkstatt Huetli mit insgesamt 95 Plätze für Personen mit einer geistigen Behinderung und 20 Plätze für Personen mit einer psychischen Behinderung	428		408	
365.25	Private Sonderschulen und Heime	85		50	
365.26	Kantonsbeiträge an geschützte Arbeitsplätze	48		55	
452.00	Arbeitsplätze Kostenanteil der Gemeinden an auswärtigen Sonderschulen und Heimen von 50%.		660		725

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
366.00	6.1	Die Gesetzesanpassungen zur Einführung der Kleinkinderbetreuungszulage sind abgeschlossen.		
	6	Die Gesetzgebung zur Umsetzung des NFA Projekts im Heim und Betreuungswesen ist in Erarbeitung.		
	6.1	Die Gesetzgebung zur Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung ist abgeschlossen.	5	
	6	Über die Einsetzung einer Fachkommission Soziales ist entschieden (SOHIO-Projekt).	20	

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/-. Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
3500.	Sozialamt			
301.00	Die Aufgabenerweiterung im Bereich Familienfragen ist umgesetzt.	47	47	47
365.10	Objektfinanzierung Tagesstätten/Familienplätze	100	100	100
3506. 365.	<i>Heime: NFA – Übernahme Bundesbeiträge für Bau- und Betriebsbeiträge an Wohnheime, Werkstätten und Tagesstätten</i>	5 028	5 028	5 028
3506. 365.	<i>NFA – Übernahme Bundesbeiträge für Sonderschulung</i>	2 947	2 947	2 947

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschiedung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnahmen
3500.	6	Sozialamt				
562.00		<i>Über den Kantonsbeitrag an das Projekt Artos (Aufbau eines neuen Kulturraumes für ältere Jugendliche und junge Erwachsene) ist entschieden.</i>	2007	2008	250	
365.10		<i>Die Objektfinanzierung an die Tagesstätten und Familienplätze ist geregelt.</i>	2007	ab 2008	100	

36 Strafverfolgung: Verhöramt, Staatsanwaltschaft und Jugendanwaltschaft

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Verhöramt führt die Strafuntersuchung gegen Erwachsene. Soweit es für den Untersuchungszweck notwendig ist, kann es beim Polizeikommando Polizeiorgane zur Mitwirkung aufordern. Das Verhöramt stellt Strafbefehle aus (Bussen und Freiheitsstrafen bis zur drei Monaten), verfügt die Einstellung des Verfahrens oder beantragt der Staatsanwaltschaft die Überweisung an das Gericht. Verfahrenseinstellungen bedürfen der Genehmigung durch den Staatsanwalt. Gegen Strafbefehle betreffend Vergehen und Verbrechen kann die Staatsanwaltschaft Einsprache erklären. Das Verhöramt ist zudem zuständig für die Verfügung der Administrativmassnahmen gemäss Strassenverkehrsgesetz (Verwarnung und Führerausweisentzug). Im Weiteren obliegt dem Verhöramt die Erledigung der Rechtshilfebegehren auswärtiger Strafbehörden.

2 Gesetzliche Grundlagen

Gesetz über die Gerichtsorganisation (GDB 134.1)

Gesetz über das kantonale Strafrecht (GDB 310.1)

Strafprozessordnung (GDB 320.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
<i>Laufende Rechnung:</i>						
Aufwand	1'576	1'426	1'569			
Ertrag	1'215	1'467	1'228			
Nettoaufwand	361	-41	341	336	351	327
<i>Investitionen:</i>						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
3600.	Verhöramt				
318.61	Arbeiten durch Dritte: Entsch. für Verfolgung von Wirtschaftsdelikten	50		60	
318.75	Kosten, die durch Strafuntersuchungen ausgelöst werden (Bsp. Untersuchungshaft, PC-Spiegelungen)	250		250	
363.00	Informatikaufwand ILZ	45		53	
366.00	Entschädigung oder Genugtuung für Opferhilfe			150	
431.00	Spruchgebühren, die in reinen Strafuntersuchungen verhängt werden		240		220
431.01	Spruchgebühren in Administrativmassnahmeverfahren		160		120
436.60	Untersuchungskosten, die den Verurteilten auferlegt und einbracht werden können		240		260
437.00	Ertrag der Bussen, die gestützt auf Strafbefehle der Verhörrichter eingehen		800		600

23.4 VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

Wichtigste departementale Jahresziele 2007

Nr.	Massnahmen der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010	Bemerkungen
	Jahresziele 2007 des Departements	<i>(mit Bezug zur Amtsdauerplanung)</i>
1.1	Die Standortpromotion in Obwalden setzt das Kantonsmarketing um.	
	Die Leistungsvereinbarung mit Indikatoren ist abgeschlossen. Die Abläufe mit der Standortpromotion in Obwalden sind eingespielt.	Standortpromotion in Obwalden nimmt die Auftritte gegen aussen wahr.
1.4	Vollzug Entsendegesetz und Bundesgesetz gegen Schwarzarbeit	
	Das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Schwarzarbeit ist mit einer interkantonalen Vereinbarung erlassen	Zusammenarbeit mit Uri und Nidwalden, gemeinsame Vollzugsstelle mit Schwyz
1.5	Aktionsprogramm Richtplan: Ein Baulandkataster ist aufgebaut.	
	Die freien Flächen für Wohnen sowie Industrie und Gewerbe und deren Verfügbarkeit sind erfasst.	Federführung Standortpromotion in Obwalden in Zusammenarbeit mit den Gemeinden
2.1	Finanzierung des MCCS ab 2008 ist sichergestellt.	
	Die Zusicherung des Kantonsbeitrags liegt vor. Das Geschäft ist für die ZVDK und die ZRK vorbereitet.	
2.3	Die AP 2011 und das Agrarleitbild sind umgesetzt.	
	Der Nachtrag zum kantonalen Landwirtschaftsgesetz ist vorbereitet.	
	Die Ausführungsbestimmungen für die Umsetzung der AP 2011 liegen vor.	
	Für die Weiterführung der Wohnbausanierung liegt ein Gesetzesentwurf vor.	

3.2	Das Tourismusgesetz ist revidiert.	
	Die Anpassung führt in den touristischen Schwerpunktgemeinden die Tourismusförderungsabgabe ein.	Abstimmung der Gesetzgebung mit Nidwalden und Uri
6.2	Regelung Ergänzungsleistungen mit NFA	
	Das mit der NFA abgestimmte Gesetz liegt vor.	Gemeinsame Projektorganisation Zentralschweiz
7.5	Die Grundbuchbereinigung ist fortgesetzt.	
	Für die Bereinigung liegt ein Langfristplan mit Meilensteinen vor.	
	Die offenen Fragen um das Grundbuch Engelberg sind gelöst.	
9.2	Aktionsprogramm zum Richtplan: Umwelt	
	Der Kataster der belasteten Standorte ist erstellt.	

Weitere Jahresziele 2007 des Departements		<i>(ohne unmittelbaren Bezug zur Amtsdauerplanung)</i>
	Der Auftritt der Urkantone an der OLMA 2007 wirkt nach innen und aussen.	
	Für das LIS ist die optimale Organisationsstruktur eingeführt.	

40 Departementssekretariat

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departementes, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrates und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departementes, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Es nimmt die Aufgaben der öffentlichen Wirtschaftsförderung als Koordinationsstelle für Wirtschaftsfragen innerhalb der Verwaltung wahr, ist Bindeglied für die Interkantonale Zusammenarbeit sowie Europafragen und führt das Sekretariat der kantonsrätlichen Kommission für strategische Planungen und Aussenbeziehungen. Es setzt die Massnahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung um.

2 Gesetzliche Grundlagen

Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)

Kantonsratsgesetz (GDB 132.1)

Organisationsverordnung (GDB 133.11)

Gesetz über die regionale Wirtschaftspolitik (GDB 910.1)

Gesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung (GDB 542.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	3'094	731	2'303			
Ertrag	2'444	1	1'001			
Nettoaufwand	650	730	1'302	1'304	1'357	1'309
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
4000. 318.60	Departementsdienste Beitrag an Standort Promotion in Obwalden KRB vom 1. Dezember 2005	100		200	
4002. 365.01	Wirtschaftsförderung Gemeinnützige Verbände und Organisationen 2007: davon Beitrag an Besucherbootssteg im Alpnachersee (Fr. 50 000)	67		61	
365.20	Beitrag an MCCS für CSEM Alpnach, Übernahme Anteil OKB	250		750	
4009. 366.00/ 480.00	Finanzhilfe Hochwasser 2005 Beiträge an Unwetterschäden von Privaten und öffentlich-rechtlichen Institutionen			1 000	1 000

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
4102.	8.3	Die für die Strategieumsetzung wichtigen Militärbauten werden erworben		
2490. 365.22		Gewinnanteil und Beiträge aus Landeslotterie: Der gemeinsame Urschweizer Auftritt an der OLMA 2007 fördert das Standortmarketing des Kantons	200	
	1.1	Leistungsvereinbarung mit der Standortpromotion in Obwalden		
	1.5 8.1	Aufbau Baulandkataster mit der Standortpromotion in Obwalden und den Gemeinden		
	2.1	Kreditbeschluss über Beiträge an das MCCS ab 2008		
	2.5	Festlegen eines Arbeitsplatzgebietes von kantonalem Interesse		
	8.1	Festlegen künftige Nutzung des Flugplatzes Kägiswil		

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
4002.365.20	Weiterführung Mitfinanzierung MCCS Alpnach	750	750	750

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
2490. 365.22	1	Gewinnanteil und Beiträge aus Landeslotterie Am Marché concours national des chevaux in Saignelégier tritt die Urschweiz gemeinsam auf und fördert die Bekanntheit der Region in der Westschweiz.	erfolgt	2008	48	
4002. 364.00		Wirtschaftsförderung Beteiligung an der Zuger Herbstmesse zusammen mit Nidwalden	erfolgt	2009	50	
	8.1	Die zivile Mitbenutzung von Helikoptern auf dem Flugplatz Alpnach ist geregelt.		2008		
	8.3	Die Weiterverwendung und Nutzung des militärischen Dispositionsbestandes ist geklärt.		2009		

41 Volkswirtschaftsamt

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Volkswirtschaftsamt ist Anlaufstelle für die Submission und den Binnenmarkt. Es behandelt die Gesuche der Investitionshilfe für Berggebiete und der Regionalpolitik des Bundes, unterstützt überkantonale Träger des Tourismus und ist Koordinationsstelle für Fragen der Welthandelsabkommen (GATT/GATS/TRIPS). Beim Volkswirtschaftsamt wird das Handelsregister geführt und die Stiftungsaufsicht mit Ausnahme der BVG-Vorsorgeeinrichtungen wahrgenommen. Das Volkswirtschaftsamt richtet Beiträge für die Wohnbau- und Eigentumsförderung aus. Es ist die statistische Anlaufstelle und Bewilligungsbehörde für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland. Die Abteilung Grundbuch und Vermessung führt im Sarneraatal das Grundbuch und ist für die Grundbuchbereinigung besorgt. In Engelberg besteht eine eigene Dienststelle. Die Abteilung ist darüber hinaus mit Aufgaben in der amtlichen Vermessung betraut. Zusätzlich betreut das Volkswirtschaftsamt die Betriebskommission und die Dienststelle GIS Obwalden.

2 Gesetzliche Grundlagen

Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (GDB 975.6)

Gesetz über die Wohnbau- und Eigentumsförderung (GDB 880.1)

Tourismusgesetz (GDB 971.1)

Gesetz über die regionale Wirtschaftspolitik (GDB 910.1)

Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über das Obligationenrecht (GDB 220.11)

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (GDB 213.81)

Beurkundungsgesetz (GDB 210.3)

Verordnung über das Grundbuch (GDB 213.41)

Verordnung über die Bereinigung der dinglichen Rechte und die Einführung des eidgenössischen Grundbuches (Bereinigungsverordnung) (GDB 213.51)

Verordnung über die Beurkundungs-, Grundbuch- und Schätzungsgebühren (GDB 213.61)

Vollziehungsverordnung über die amtliche Vermessung (GDB 213.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	3'785	3'913	4'176			
Ertrag	2'220	2'321	2'703			
Nettoaufwand	1'565	1'592	1'473	1'697	1'711	1'666
Investitionen:						
Ausgaben	869	510	222			
Einnahmen	1'138	658	668			
Nettoinvestitionen	-269	-148	-446			

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
4101.	Regionalpolitik				
362.00	Zinskostenbeiträge an Gemeinden für laufende Projekte sind rückläufig	105		85	
364.00	Zinskostenbeiträge an laufende Projekte von gemischtwirtschaftlichen Unternehmen	139		137	
365.01	Beiträge an Tourismusorganisationen und für Plattform öffentliches Beschaffungswesen	109		102	
375.00	Weiterleitung Bundes- und Gemeindebeiträge Investitionshilfe für Berggebiete	95		96	
395.30	Verrechnung von Zinskosten für Darlehen der Investitionshilfe für Berggebiete gehen zurück (weniger Projekte)	242		206	
4102.	Wohnbau- und Eigentumsförderung				
366.00	Mittel Wohnbau- und Eigentumsförderung laufen allmählich aus	220		180	
4110.	Handelsregister und Stiftungsaufsicht				
363.00	Informatikaufwand ILZ	26		51	
431.00	Handelsregistergebühren steigen als Folge des revidierten Steuergesetzes		210		370
4121.	Grundbuch				
363.00	Informatikaufwand ILZ	82		95	
431.00	zu hoch eingesetzte Gebühreneinnahmen		1 400		1 300
431.01	Grundbuchbereinigung		50		70
4122.	Amtliche Vermessung				
318.60	Kosten für Nachführung der Amtlichen Vermessung	110		95	
318.93	Gesamtaufwand Dritter (AV)	400		590	
350.00	Aufwendungen für Arbeiten der Vermessungsaufsicht (Verifikation) zugunsten	85		85	
4123.	LIS/GIS				
318.60	Arbeiten der Geschäftsstelle und Datenentwicklung	294		340	
439.00	Einnahmen aus Unterhalts- und Nutzungsgebühren, Datenanalysen Einmalige Abgeltung Swisscom		164		212 150
461.10	Beiträge LIS/GIS		66		84
462.00	Unterhaltsbeitrag Gemeinden		66		66

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
4102. 366.00		Wohnbau- und Eigentumsförderung Auslaufende Wohnbau- und Eigentumsförderung	180	
4121. 301.00		Grundbuch Engelberg Nachbereinigung und Überführung der Daten des Grundbuchs Engelberg in das EDV-Grundbuch TERRIS	122	
4122. 318.93 450.00		Realisierung AV93 Gesamtaufwand Dritter AV93 (davon Hochwasser 200) Rückerstattungen des Bundes AV93 (davon Hochwasser 120)	590 150	
	1.2	Nachtrag zum Gesetz und Verordnung über die regionale Wirt- schaftspolitik (neue Regionalpolitik und NFA)		
	3.2	Das Tourismusgesetz ist revidiert.		
	15	Nachtrag zur Vollziehungsverordnung über die amtliche Vermes- sung (Mantelerlass NFA)		

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/./. Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
4122. 318.93 450.00	Realisierung AV93 Gesamtaufwand Dritter AV93 (Unwetter) Rückerstattungen des Bundes AV93 (Unwetter)	150 90	150 90	

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
4101	1.2	Die neue Regionalpolitik ist eingeführt.	2008			
4101	3.1	Die bestehenden Destinationen werden entwickelt und mit den umliegenden koordiniert für einen ab- gesprochenen Marketingauftritt.	2008			
4101	3.4	Anstoss, dass zu den touristischen Schwerpunkt- gebieten und den ergänzenden Tourismusgebieten die Entwicklungsvorstellungen feststehen.	2008			

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>					
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
4101	1.2	Die neue Regionalpolitik ist eingeführt.	2008			
4121	7.5	Bis 2010 ist das Grundbuch in vier Gemeinden bereinigt.	2007			
4123	7	Umsetzung des Bundesgesetzes über die Geoin- formation.	2009			

42 Amt für Arbeit

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Amt für Arbeit ist die kantonale Stelle für Fragen und Belange des Arbeitsmarktes und des Arbeitsrechts. Zusammen mit dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum OW/NW und der Arbeitslosenkasse OW/NW in Hergiswil vollzieht es das Arbeitslosenversicherungsgesetz und fällt die Vorentscheide für Kurzarbeit und Schlechtwetter. Es ist Anlaufstelle für Personen ausländischer Nationalität im Zusammenhang mit ihren Bewilligungen für den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit. Es vollzieht die Ausländer- und Asylgesetzgebung und ist Koordinationsstelle bei Fragen der Integration von ausländischen Personen, der Rassismusbekämpfung und zu den Fahrenden. Die dem Arbeitsgesetz unterstellten Betriebe werden hinsichtlich der Vorsorge gegen Betriebsunfälle und Berufskrankheiten, dem Gesundheitsschutz, der Arbeitshygiene und dem Umgebungsschutz beraten und überwacht. Um- und Neubauten werden in feuerpolizeilicher Hinsicht beurteilt. Die Einhaltung der Vorschriften bezüglich des Messwesens, der Preisbekanntgabe, des Entsendegesetzes und des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit wird überwacht. Für das Markt-, Reisenden- und Unterhaltungsgewerbe, die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih, das Konsumkreditwesen und das Campieren werden die erforderlichen Bewilligungen erteilt.

2 Gesetzliche Grundlagen

Vollziehungsverordnung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (GDB 855.11)

Vollziehungsverordnung zum Arbeitsvermittlungsgesetz (GDB 843.11)

Kantonsratsbeschluss über die interkantonale Vereinbarung über den Vollzug des Entsendegesetzes (GDB 843.31)

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung von ausländischen Personen (GDB 113.21)

Vollziehungsverordnung zum eidgenössischen Asylgesetz (GDB 113.51)

Gesetz über das Markt- und Reisendengewerbe sowie die Geschicklichkeits- und Glücksspiele (Markt- und Reisendengewerbegesetz) (GDB 975.1)

Gastgewerbegesetz (GDB 971.1)

Verordnung über das Campieren (GDB 971.41)

Konsumkredit (GDB 133.111)

Verordnung betreffend Vollzug des Arbeitsgesetzes und das Verfahren bei Zivilstreitigkeiten aus dem Dienstverhältnis (Verordnung zum Arbeitsgesetz) (GDB 841.11)

Ausführungsbestimmungen zum Bundesgesetz über die Heimarbeit (GDB 841.311)

Ausführungsbestimmungen zum Bundesgesetz über den Verkehr mit Giften (GDB 814.411)

Ausführungsbestimmungen zum Sprengstoffgesetz (GDB 510.911)

Ausführungsbestimmungen zum Bundesgesetz über die Unfallversicherung (GDB 851.411)

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über den Umweltschutz (GDB 780.11)

Feuerpolizeiverordnung Art. 6 Abs. 3 und Art. 8 Abs. 2 (GDB 546.21)

Gesetz über die öffentlichen Ruhetage (Ruhetagsgesetz) (GDB 975.2)

Ausführungsbestimmung zum Bundesgesetz über Mass und Gewicht (GDB 952.111)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	15'732	17'728	18'468			
Ertrag	4'102	4'542	4'740			
Nettoaufwand	11'630	13'186	13'728	9'555	9'600	9'622
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
4200.	Amtsleitung				
318.60	Vollzug Entsendegesetz, Vollzug BG Schwarzarbeit, Integration	47		35	
365.20	Kantonsbeiträge für arbeitsmarktliche Massnahmen (AVIG) ½	65		65	
370.00	Weiterleiten Gemeindebeitrag arbeitsmarktliche Massnahmen (AVIG) 1/2	65		65	
434.10	Verrechnung Aufwendungen Amtsstelle für Arbeitslosenversicherung		95		95
4210.	Aufenthalt und Asyl				
431.00	Gebührenertrag Ausländerbewilligungen		250		250
460.00	Rückerstattung Verwaltungsaufwand Asyl Anschaffungskosten		80		80
4221.	Gewerbebewilligungen				
431.00	Neue Geschicklichkeitsautomaten Rückgang Geldspielautomaten		51		45
4222.	Messwesen				
318.60	Abgeltung Leistungsauftrag mit Luzern Die Zusammenarbeit mit Luzern bewährt sich.	34		15	
4290.	Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung				
360.00	AHV: Kantonsbeiträge	1 963		2 056	
360.01	IV: Kantonsbeiträge	2 513		2 574	

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
4292.	Ergänzungsleistungen zur AHV und IV				
318.60	Verwaltungskosten	467		498	
366.00	Beiträge an AHV-Ergänzungsleistungen	6 900		7 300	
366.01	Beiträge an IV-Ergänzungsleistungen	4 200		4 400	
460.00	Bundesbeiträge an Ergänzungsleistungen		3 885		4 095
4294.	Familienzulagen für Kleinbauern und landwirt- schaftliche Arbeitnehmer				
360.00	Beiträge für Kinderzulagen	522		491	

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
4200	1.4	Der gemeinsame Vollzug des Bundesgesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit ist eingeführt (Verordnung und Vereinbarung).		
	13	Verordnung zum Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts.		
	1	Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer		
	1	Nachtrag zur Vollziehungsverordnung zum Asylgesetz		
	6	Nachtrag zum Gesetz über Familienzulagen (Anpassung abhängig vom Bundesrecht)		
	6, 17	Gesetzgebung über Ergänzungsleistungen (NFA)		
	7	Revision Ruhetagsgesetz		
	11	Evaluationsbericht zu den Integrationsmassnahmen		

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen Kursivschrift = geplant	Auswirkungen im Finanzplan in +/./. Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
4200.318.60	Schwarzarbeit (gemeinsamer Vollzug OW; NW; UR, SZ; Bund zahlt 50 %)	-22		
4290.360.00	<i>NFA: Kantonsbeiträge AHV</i>	-2 056	-2 056	-2 056
4290.360.01	<i>NFA: Kantonsbeiträge IV</i>	-2 574	-2 574	-2 574
4292.318.60	Verwaltungskosten Ergänzungsleistungen	30	50	70
4292.366.00/ 01	<i>NFA: Ergänzungsleistungen zu AHV und IV</i>	421	421	421
4294.360.00	<i>NFA: Familienzulagen für Kleinbauern und landwirtschaftliche Arbeitnehmer</i>	26	26	26

43 Amt für Landwirtschaft und Umwelt

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Amt für Landwirtschaft und Umwelt ist Anlaufstelle für die Bereiche Landwirtschaft, Umweltschutz und Gewässerschutz sowie Fischerei. Es berät und unterstützt Bäuerinnen und Landwirte bei Fragen der Betriebswirtschaft, der Alpwirtschaft, der Tierhaltung, der Milchwirtschaft, des Marketings, des Pflanzenbaus, der Ökologie, des Tier- und Gewässerschutzes sowie der Strukturverbesserungen. Es ist zuständig für das Boden- und Pachtrecht, die Ausrichtung der Investitionshilfen (Beiträge und Investitionskredite), der Betriebshilfedarlehen, der Umschulungsbeihilfen sowie der Beiträge zur Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet (WS Beiträge). Es wirkt mit bei der Beurteilung der Gesuche bei nicht versicherbaren Elementarschäden auf land- und alpwirtschaftlichen Nutzflächen. Im Weiteren werden die Agrardatenerhebung als Grundlage für die Auszahlung der Direktzahlungen und Stellungnahmen zu Baugesuchen ausserhalb der Bauzonen und zur Zonenplanung erarbeitet. Die Abteilung für Umwelt koordiniert die kantonalen Umweltschutzaufgaben. Diese umfassen im Umweltschutz die Fachgebiete Umweltverträglichkeitsprüfung, Luftreinhaltung, Lärmschutz, Störfallvorsorge, nichtionisierende Strahlung, Abfallbewirtschaftung, Bodenschutz sowie die umweltgefährdenden Stoffe. Im Gewässerschutz sind es die Fachbereiche Abwassersammlung- und -reinigung, Abwasservorbehandlung, Grund- und Trinkwasserschutz sowie Tankanlagen. Im Weiteren ist sie für die Fischerei zuständig und stellt Fischerpatente aus.

2 Gesetzliche Grundlagen

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Landwirtschaft (GDB 921.1)

Gewässerschutzgesetzgebung (GDB 783.11 und 783.21)

Umweltschutzgesetzgebung (GDB 780.11)

Fischereigesetzgebung (GDB 651.2 und 651.21)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	31'023	30'754	31'695			
Ertrag	28'661	28'173	29'215			
Nettoaufwand	2'362	2'581	2'480	2'713	2'694	2'609
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben	2'315	5'840	3'090			
Einnahmen	1'249	3'795	2'040			
Nettoinvestitionen	1'066	2'045	1'050	1'186	996	996
davon Auswirkungen NFA						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
4300.	Amtsleitung				
318.60	Umsetzung Agrarleitbild	35		35	
365.01	Beiträge an verschiedene Organisationen	74		75	
4311.	Beratung				
434.10	Erträge aus Beratungsleistungen		45		45
460.00	Bundesbeitrag für Beratung		155		145
4312.	Strukturverbesserungen				
318.60	Arbeiten in Zusammenhang mit Unwetter	42		20	
4321.	Direktzahlungen				
363.00	Informatikaufwand ILZ für Spezialprogramme	57		49	
365.20	Kantonsbeitrag an Kontrolle durch Dritte	58		58	
366.01	Kantonsbeitrag an nachhaltige Bewirtschaftungs- formen	70		70	
4322.	Viehwirtschaft				
360.00	Eidg. Tierzuchtförderung	96		96	
364.00	Qualitätssicherung Milch (bisher MIBD)	50			
365.20	Kantonsbeitrag Tierzucht	80		80	
365.21	Kantonsbeitrag Schlachtvieh	50		50	
4331.	Gewässer und Umweltschutz				
318.61	Arbeiten durch Dritte: Gewässerschutz (v.a. Ober- flächen-/Grundwasseruntersuch)	100		85	
318.62	Arbeiten durch Dritte: Umweltschutz (v.a. Kataster belasteter Standorte)	66		99	
318.63	Arbeiten durch Dritte: Luftreinhaltung (v.a. Beitrag Luftmessung, Massnahmenplan Luft)	192		200	
431.00	Gebühreneinnahmen (v.a. Tankanlagen Wärme- gewinnung, Gewässerschutz)		100		90
450.00	Rückerstattung des Bundes (v.a. Luftmessung und belastete Standorte)		71		96
4332.	Fischerei				
411.00	Patentgebühren		215		215

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
4300.	Amtsleitung				
318.60	Umsetzung Agrarleitbild	35		35	
365.01	Beiträge an verschiedene Organisationen	74		75	
4333.	Chemiewehr- und Strahlenschutz				
311.00	Technische Einrichtungen: Ersatzbeschaffung Material	35		35	
366.00	Beiträge für Ausbildung Chemiewehr	50		50	
495.00	Bundesbeitrag Schadenwehr		77		77
4334.	Ölwehrstützpunkt				
311.00	Technische Einrichtungen: Wegfall Neu- und Ersatzbeschaffungen für 2007	49		4	
460.01	Bundesbeitrag Ölwehr		30		30

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
4300.		Amtsleitung		
318.60	2.3	Umsetzung Massnahmen Agrarleitbild	35	
4312.		Strukturverbesserungen		
318.60		Arbeiten Unwetter	20	10
566.00	2	Unterstützung Strukturverbesserungen nach AP 2007 und Behebung Unwetterschäden	930	
566.01	6/2	Wohnbausanierung im Berggebiet	120	
4331.		Gewässer- und Umweltschutz		
318.61	9	Aufträge an Dritte (v.a. Erstellung Wärmenutzungskarte, Oberflächen- und Grundwasseruntersuch)	50	
318.62	9	Altlasten-Abklärungen und Kataster der belasteten Standorte	70	
318.63	9.1	Luftmessung (In-LUFT) zusammen mit den ZCH-Kantonen	144	
318.63	9.1	Massnahmenplan Luftreinhaltung (Erstellung, Begleitung, Kontrolle)	18	
450.00	9.1	Rückerstattung Bundesbeitrag Luftmessung		56
4331.		Chemiewehr- und Strahlenschutz		
311.00	9	Anteil für Neu- und Ersatzbeschaffung Fahrzeuge	75	
	3.3	Beratung: Touristische Angebote aus der Landwirtschaft		
	2	Nachtrag zum Landwirtschaftsgesetz (Umsetzung AP 2011 und NFA)		
	9	Nachtrag zur Chemiewehr und Strahlenschutzverordnung		
	9	Nachtrag zur Ölwehrverordnung		
	6/2	Gesetz über die Wohnbausanierung		

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
4300.365.01 4322.360.00 bis 03	NFA: Förderung Tierzucht wird alleinige Bundesaufgabe	-181	-181	-181
4311. 460.00	Beratung NFA: Wegfall Subventionierung der Beratung durch Bund	151	151	151
4321.366.02	NFA: Wegfall Finanzkraftausgleich bei Ökoqualitätsbeiträgen (<i>Abgleich mit AWR notwendig, damit nicht zweimal erfasst</i>)	60	60	60
4312.566.00	Strukturverbesserungen NFA: Wegfall Finanzkraftausgleich bei Beiträgen	171	171	171

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010)

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
4312. 566.00	2	Strukturverbesserungen Beiträge inkl. Zusatzbeiträge für Unwetter und Berücksichtigung NFA (Finanzkraftausgleich)	2005/2006	2008 2009 2010	1 036 846 846	
4312. 566.01	6/2	Strukturverbesserungen <i>Weiterführung Kantonsbeiträge Wohnbausanierung</i>	2006	2008 bis 2010	je 150	
4331. 318.61	9	Gewässer- und Umweltschutz Hydrologie Grundwasser und verschiedene Erhebungen		2008	35	
318.62	9	Erstellung Risikokataster und Aktualisierung Abfallplanung		2009	40	
318.62	9	Kataster der belasteten Standorte und Altlasten-Abklärungen		2008	20	
318.63	9	Emissionskataster: Neuerstellung		2009	30	
4332. 318.61	9	Fischerei Aufwertung Fischereigewässer		2008	50	
4333. 311.00	9	Chemiewehr- und Strahlenschutz Ersatzbeschaffungen Fahrzeug Chemie- und Strahlenschutz		2009	85	
4334. 311.00	9	Ölwehrstützpunkt Ersatzbeschaffungen Fahrzeug Ölwehr		2008 2010	84 55	

23.5 BILDUNGS- UND KULTURDEPARTEMENT

Wichtigste departementale Jahresziele 2007

Nr.	Massnahmen der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010	Bemerkungen
	Jahresziele 2007 des Departements	<i>(mit Bezug zur Amtsdauerplanung)</i>
4.1	Kantonales Konzept Sonderschulen und Umsetzung im Kontext mit NFA ist erarbeitet.	
4.2	Rahmenbedingungen für den Aufbau und Betrieb von Tagesstrukturen im Volksschulbereich sind vorhanden.	
	Die departementalen Weisungen sind erarbeitet und die ersten Gesuche um Kantonsbeiträge sind bearbeitet.	
4.4	Die Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen aller Stufen sind vereinheitlicht.	
	Die Lehrpersonenverordnung ist im Parlament verabschiedet.	
11.1	Die Integrationsmassnahmen aus dem Bildungsgesetz sind umgesetzt.	
	Das Konzept Integrationsmassnahmen liegt im Entwurf vor.	
12.1	Folgende Massnahmen der Richtplanung sind umgesetzt:	
	– Erarbeitung Sportanlagenkonzept	RPT 67
12.2	Die NFA ist umgesetzt, namentlich im Bereich von:	
	– Beiträge an die Denkmalpflege – interkantonaler Lastenausgleich für Kulturangebote	
12. 3	Das Kulturfest OBWALD wird als national ausstrahlender Anlass unterstützt.	

50 Departementssekretariat

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Departementssekretariat nimmt folgende Aufgabenbereiche wahr: Höhere Schulen, Fachhochschulen, Hochschulen, Lehrerinnen- und Lehrerbildung, Ausbildungsbeiträge (Stipendien/Darlehen), kirchliche Angelegenheiten. Es unterstützt den Departementvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departementes, die Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrates und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departementes, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling).

2 Gesetzliche Grundlagen

Bildungsgesetzgebung (GDB 410.1, 410.2, 412.11)

Organisationsverordnung Art. 34 (GDB 433.11)

Stipendienverordnung (GDB 419.11)

Verschiedene Schulabkommen (GDB 414 und 415/410.1)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
<i>Laufende Rechnung:</i>						
Aufwand	12'163	13'772	13'232			
Ertrag	886	1'182	1'092			
Nettoaufwand	11'277	12'590	12'140	12'803	13'238	13'611
davon Auswirkungen NFA						
<i>Investitionen:</i>						
Ausgaben	101	150	135			
Einnahmen	132	150	135			
Nettoinvestitionen	-31					

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
5000. 365.00	Konferenzen: Bildungsplanung Zentralschweiz (neuer Verteil- schlüssel) Beitrag Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) Verschiedenes	125 66 54 5		144 80 59 5	
5002. 366.10 460.00	Stipendien Stipendien Bundesbeiträge an Stipendien	1290	526	1 130	456
5003	Lotteriefonds u.a. höhere Beiträge an Museen	550	550	550	550
5011. 351.10 364.00 433.00	Mittelschulen Ausserkantonale Mittelschulen Stiftsschule Engelberg und Sportmittelschule weniger SchülerInnen Schulgelder/Elternbeiträge weniger SchülerInnen	543 1 210	37	494 1 126	32
5012. 351.10 365.20 433.00	Seminarien Kantonale Lehrerinnenseminare private Lehrerinnenseminare Schuljahr 2006/07 zum letzten Mal Studierende an Seminaren (=> PHZ) Elternrückerstattungsbeitrag	217 61	14	41 21	3
5013. 351.10	Höhere Schulen FHV: Fachhochschulen IUV: Universitätsbeiträge FHZ: Fachhochschule Zentralschweiz RSA: Regionales Schulabkommen PHZ: Pädagogische Hochschule SHP: Zusatzausbildung Heilpädagogik Begründung der Abweichungen: weniger Studie- rende bei FHV, IUV, FSV, tieferes Globalbudget der FHZ, weniger Studierende bei RSA, Höheres Budget gem. PHZ (Studierende von 38 (2006) auf 55 (2007))	9 216 741 3 822 2 284 382 1 480 94		9 203 680 3 683 2 039 378 1 941 96	
351.11	FSV Fachschulen (ab 1. Januar 2006 separates Konto für die Abrechnung der Bundesbeiträge)	413		386	

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
5000	4	Lehrpersonenverordnung ist für die Beratung im KR vorbereitet	–	–
	12	Sportgesetzgebung (Sportverordnung, Ausführungsbestimmungen Sport-Toto, Vollzugsrichtlinien)	–	–

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/./. Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
5000.365.00	EDK: Erhöhung wegen HarmoS	+20	+50	+100
5002.460.00	Stipendien: Bundesbeiträge Tiefer wegen NFA	-342	-342	-342
5011.351.10	Ausserkantonale Mittelschulen mehr SchülerInnen und höhere Beiträge	+60	+100	+120
5012.351.10 und 5012.365.20	Kantonale Lehrerinnenseminare und private Lehrerinnenseminare im Schuljahr 2006/07 letztmals Seminausbildung	-41 -21	0 0	0 0
5013.351.10	Höhere Schulen mehr Studierende sowie allfällige Tarifierhöhungen, je 300 pro Jahr.	+300	+600	+900

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>			Jahr	Ausgaben	Einnah- men
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR			
5000	4.1	Die Bildungsgesetzgebung ist im Bereich Sonder- schulung im Sinne des kantonalen Sonderschul- konzeptes angepasst.	2008		–	–

53 Amt für Volks- und Mittelschulen

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Amt für Volks- und Mittelschulen nimmt Beratungs-, Entwicklungs-, Steuerungs- und Sachbearbeitungsaufgaben im Bereich des Kindergartens, der Volksschule und der Mittelschulen wahr. Die Abteilungen Schulaufsicht und Schulevaluation, Lehrpersonenweiterbildung und Schulentwicklung sowie die schulischen Dienste (Schulpsychologischer Dienst, Psychomotorik und Logopädischer Dienst) stehen vor allem Lehrpersonen und Schulbehörden zur Verfügung, die schulischen Dienste zusätzlich auch Kindern, Jugendlichen und deren Bezugspersonen. Die Abteilung Kantonsschule Obwalden bietet die gymnasiale Ausbildung an.

2 Gesetzliche Grundlagen

Bildungsgesetz (GDB 410.1)
 Bildungsverordnung (GDB 410.11)
 Volksschulverordnung (GDB 412.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	10'001	9'912	10'090			
Ertrag	867	850	850			
Nettoaufwand	9'134	9'062	9'240	9'679	9'736	9'943
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
5300.	Amtsleitung				
310.30	Lehrmittel (Erhöhung: PS-Englisch & Franz.)	411		430	
318.60	Arbeiten durch Dritte	40		65	
362.00	Erhöhung wg. Projekt 8 + / Stellwerk (9. Schuljahr)	45		135	
363.00	Informatikaufwand ILZ	58		41	
5302.	LWB und Schulentwicklung				
318.62	LWB Fachkurse ohne Diplomabschluss	96		96	
318.64	NQ-Englisch Verpflichtungskredit: (Weiterführung, da nicht alle per Ende 06 abgerechnet)	100		150	
452.00	Beiträge Gemeinden/NW/UR		140		140
5330.	Abteilung Schulpsychologischer Dienst				
362.00	Überführung IV-Gelder an Gemeinden für Legasthenietherapien	108		108	
460.00	Bundesbeiträge (IV) für Legasthenie- und Psychomotoriktherapien		124		125
5340.	Abteilung Logopädischer Dienst:				
460.00	Bundesbeitrag (IV) für Logopädie		291		295
5350.	Abteilung Kantonsschule				
310.30	Fachbücher, Lehrmittel, Schulmaterial	147		143	
318.61	Lehrerentschädigung an Kollegium	99		53	
318.62	Rückgang infolge Pensionierung	18		10	
362.00	Instrumentalunterricht	94		78	
433.00	Schulgelder		200		200

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
5300	4.2	Anschubfinanzierung Tagesstrukturen	80	
5300	4.2	Integrationsmassnahmen: Konzept	20	

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
5300.	Amtsleitung			
310.30	Lehrmittel	+ 20	+ 40	+ 60
362.00	Betriebsbeiträge an Gemeinden (9. Sj. Stellwerk +30/60/90; Tagesstrukturen +50/100/150)	+ 80	+ 160	+ 240
5302.	Weiterbildung und Schulentwicklung			
318.62	Neue Finanzierung LWB gemäss BiG/Überführung NORI an PHZ	+ 20	+ 30	+ 40
5302.	Weiterbildung und Schulentwicklung			
318.64	NQ-Primarfranzösisch (Didaktik und C1 Level) (30 LP*15 Tsd)	+ 50	+ 75	+ 100
5330.	Abteilung Schulpsychologischer Dienst			
460.00	Bundesbeitrag (IV)	- 108	- 108	- 108

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
5302. 318.64	4	Das Projekt Englisch an der Primarschule; Nach- qualifikation von Lehrpersonen, wird weitergeführt (voraussichtlicher Projektabschluss: Ende 2008)	KR vom 28.06.02	2008	100	
5300. 318.60	4	Integrationsmassnahmen: Umsetzung	2008	ab 2008	50	
5302. 318.64	4	NQ-Primarfranzösisch (Didaktik und C1 Level) (30 LP x Fr. 15 000.–)	2007	2008 bis 2012	450	

54 Amt für Berufsbildung

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Amt für Berufsbildung sorgt in Zusammenarbeit mit Betrieben, Organisationen der Arbeitswelt und Berufsschulen dafür, dass in den verschiedenen Wirtschaftszweigen genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen und das Bildungsangebot laufend den Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Nachfrage der Jugendlichen und Erwachsenen angepasst wird.

Es informiert und berät die Berufsbildner/innen in den Lehrbetrieben, die Lehrpersonen, die Lernenden sowie deren Eltern in allen Fragen rund um Grund- und Weiterbildung, Lehrverhältnis und Lehrverträge und überprüft die Qualität der beruflichen Grundbildung gemäss den gesetzlichen Vorschriften des Bundes und des Kantons.

Es plant und steuert die Weiterentwicklung der Berufsbildung im Kanton in Zusammenarbeit mit den Berufsbildungspartnern im Interesse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Kantons (Standortattraktivität)

Es arbeitet im Rahmen der Zentralschweizerischen Kooperation in der Berufsbildung mit den andern Kantonen zusammen und vollzieht die daraus resultierenden Verpflichtungen.

Das Amt für Berufsbildung sorgt für die Durchführung der Qualifikationsverfahren (z.B. Teil- und Abschlussprüfungen) und stellt die entsprechenden Prüfungsdokumente aus.

2 Gesetzliche Grundlagen

Bildungsgesetz (GDB 410.1)

Bildungsverordnung (GDB 410.11)

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (Berufsbildungsverordnung) (GDB 416.11)

Ausführungsbestimmungen über die Aufgaben und Gliederung der Departemente (GDB 133.111)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	11'365	12'386	12'879			
Ertrag	4'240	4'790	4'823			
Nettoaufwand	7'125	7'596	8'056	9'465	9'485	9'505
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
5400. 300.00/ 439.10 365.20 460.00	Amtsleitung Durchführung von Qualifikationsverfahren: Einnahmen für durchgeführte QV Entschädigung für delegierte Qualifikations- Verfahren (LAP): aufwändige Prüfung Bundesbeiträge für erbrachte Leistungen: LAP, Zusätzliche Bundesmittel für GSK-Berufe	85 300	 53 180	85 330 270	70
5402. 351.10 365.20/21/22 433.00 460.00	Auswärtige Berufsfachschulen u. Fachkurse Schulgelder: Entschädigung an Kantone, Erhö- hung der Beiträge Überbetriebliche Kurse ÜK, berufsorientierte Weiterbildung inkl. Beitrag an HF Medizintechnik Sarnen und Gesundheitsberufe Lehrbetriebsbeiträge an Schulkosten: Entfallen im neuen BiG Bundesbeiträge für erbrachte Leistungen: überbe- triebliche Kurse, Beitrag für HF Medizintechnik (ehemals TAE)	3 400 1 550	 210 110	3 550 1 688 110	
5430. 363.00 365.01	Berufs- und Weiterbildungsberatung Informatikaufwand ILZ Kantonsbeitrag an Studienberatung NW/OW gemäss Vertrag; Jahresbeitrag SVB/KBSB	61 76		41 72	
5440. 311.30 460.00	BWZ: Leitung und Dienste Anlagerneuerung Bundesbeitrag an Lohnkosten	159	100	104	100
5441. 433.00 433.01 461.00 neu 460.00	BWZ: Brückenangebote Verrechnung an Gemeinden SBA Schulgelder Lernende Schulgelder anderer Kantone Bundesbeiträge an KBA		265 63 70		260 30 81 60
5442. 310.30 313.30 318.60 432.00 433.00 435.10 460.00	BWZ: Grundbildung Subventionierte Unterrichtsmaterialien und Lehrbücher zum Weiterverrechnen (Gegenkonti 435.10 und 460.00) Lebensmittel, Materialien Arbeiten durch Dritte: ISP Wilen Kostgelder Schulgelder: mehr Studierende Lehrmittelverkäufe Bundesbeiträge	170 50 180	 90 1 800 105 650	180 60 180	95 2 015 120 650

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
5443.	BWZ: Berufsmaturität				
433.00	Schulgelder		97		40
460.00	Bundesbeiträge		100		90
5444.	BWZ: Weiterbildung				
318.60	Arbeiten durch Dritte (Freelancer)	65		55	
433.00	Schul-/Kursgelder		400		400
460.00	Bundesbeiträge		130		120
5446.	BWZ: Gutsbetrieb				
313.60	Material für landwirtschaftliche Produktion	60		60	
435.70	Verkauf aus Viehhaltung		125		130

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
5400.				
460.00/470.	Bundesbeitrag (Pauschale 2 500 x 1000 Lernende)	+ 1 200	+ 1 200	+ 1 200
5402		- 110	- 110	- 110
5440		- 100	- 100	- 100
5441		- 60	- 60	- 60
5442		- 650	- 650	- 650
5443		- 90	- 90	- 90
5444		- 120	- 120	- 120
5402.				
351.10	Schulgelder: Entschädigung an Kantone (6 000/L.)	+ 1 700	+ 1 700	+ 1 700
365.	Beiträge an auswärtige Schulen und Kurse	+ 300	+ 300	+ 300
5441.				
433.00	BWZ: Brückenangebote; Wegfall Gemeindebeiträge gemäss Übergangsbestimmungen Bildungsgesetz	- 260	- 260	- 260
5442.				
433.00	BWZ: Grundbildung (ausserkantonale Schüler/innen)	+ 800	+ 800	+ 800

55 Abteilung Kultur

1 Leistungsauftrag des Amtes

Die Abteilung Kultur nimmt gegenüber der Departementsleitung Planung- und Sachbearbeitungsaufgaben in den Bereichen Kulturförderung, Kultur- und Denkmalpflege, Kulturgüterschutz, Kantonsbibliothek und Medienfragen wahr.

2 Gesetzliche Grundlagen

Kulturverordnung (GDB 451.11)

Bundesverfassung Art. 78

Kantonsverfassung Art. 31 Abs. 2

Denkmalschutzverordnung (GDB 451.21)

VO über die Kantonsbibliothek und die Schulbibliotheken (GDB 451.51)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	2'360	2'648	2'471			
Ertrag	1'060	1'223	1'028			
Nettoaufwand	1'300	1'425	1'443	2'128	2'132	2'137
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
5510.	Kultur- und Denkmalpflege				
318.60	Arbeiten durch Dritte	47		147	
362.00	Beiträge an Einwohner- und Kirchgemeinden (ausserhalb Denkmalschutzverordnung)	50		50	
365.00	Restaurierungen Kulturgüter	100			
365.20	Teilweise Auffangen der ab 2007 infolge Kürzungen beim Bund erstmals auftretenden Ablehnungen von einzelnen Bundesbeiträgen	353		454	
365.30	Kantonsbeitrag an Klosterkirche Engelberg ge- mäss RRB vom 30. November 2004 (Nr. 260) Beitrag aus Lotteriefonds	200		200	
(2490. 365.28)		200		200	
5520.	Kantonsbibliothek				
363.00	Informatikaufwand ILZ	54		51	

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
2490. 365.21/ 5003. 365.21	12.3	Kulturprojekt „OBWALD“ (zu Lasten Lotteriefonds)	(90)	
5510. 318.60	12.6	Beginn Aufbau kantonaler Kulturgüterschutz (KGS) nach Hoch- wasserkatastrophe: Erstellen Feuerwehr-Einsatzplan und KGS-Einsatzdokumentation Rathaus (+70) Beginn Überarbeitung Inventare gemäss Art. 5 Abs. 5 Denkmal- schutzverordnung (DSV) (+30)	100	

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
5500.351.00	Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen – Abgeltung im Rahmen NFA	+400	+400	+400
5510.318.60	Aufbau Kulturgüterschutz OW (+100) und Überarbeitung Inventare (+30)	+130	+130	+130
5510.365.20	Zusätzliche Aufstockung infolge NFA	+100	+100	+100

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
2490. 365.21/ 5003. 365.21	12.3	Kulturprojekt „OBWALD“ (zu Lasten Lotteriefonds)	2005	2008	(90)	
2490/ 5510. 365.30		Restaurierung Klosterkirche Engelberg mit. Fr. 200 000.– zu Lasten Staatsrechnung, Fr. 200 000.– zu Lasten Lotteriefonds.	2004	2008 2009 2010	400 400 400	

56 Abteilung Sport

1 Leistungsauftrag des Amtes

Die Abteilung Sport nimmt gegenüber der Departementsleitung Planungs- und Sachbearbeitungsaufgaben in den Bereichen Jugend+Sport, Schulsport, Vereinssport, Sport Toto-Beiträge wahr. Sie berät und unterstützt Sportorganisationen, bildet in Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen J+S Leiterinnen und Leiter aus, entrichtet Sport-Totobeiträge und beaufsichtigt den Schulsport.

2 Gesetzliche Grundlagen

Sportverordnung (GDB 418.11)

Ausführungsbestimmungen über Beiträge aus dem kantonalen Sport-Toto-Fonds

(GDB 610.511)

Vollzugsrichtlinien über die Gewährung von Sport-Toto-Beiträgen

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	1'036	1'159	1'106			
Ertrag	657	779	721			
Nettoaufwand	379	380	385	337	339	341
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
5600.	Jugend+Sport:				
318.60	J+S Leiterkurse und Veranstaltungen/Events	267		257	
433.00	Kursgelder der Teilnehmenden		77		74
460.00	Bundesbeitrag: abhängig von Anzahl Kursen		72		62
5610.					
365.20/21/22	Sport-Toto Erhöhung wegen Mehrbedarf	275		290	
414.00/495	Gewinnanteil Sport-Toto-Gesellschaft		220		282
480.00	Entnahme aus kant. Sport-Toto-Fonds		55		
5620.	Turnhalle und Sportanlagen				
462.00	Beitrag Gemeinde Sarnen (wegen Hochwasser kein Beitrag mehr)		65		

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
5600	12	Umsetzung Kant. Sportkonzept Erstellung Kant. Sportanlagekonzept	10	0

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen Kursivschrift = geplant	Auswirkungen im Finanzplan in +/-. Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
5600.318.60	Das Projekt Sportvalley (Seco) ist Ende 2007 abgeschlossen und läuft auf privat rechtlicher Ebene weiter. Der Kantonsbeitrag entfällt ab 2008 dauerhaft.	- 30	- 30	- 30

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>					
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
5620		Realisation Um- oder Neubau der Kant. Sportanla- gen, Sarnen: Begleitung der Planung- und Umbau- arbeiten im Rahmen der Projektorganisation sowie Sicherstellung eines neuen Betriebskonzeptes.		2008 bis 2010	–	–

23.5 BAU- UND RAUMENTWICKLUNGSDEPARTEMENT

Wichtigste departementale Jahresziele 2007

Nr.	Massnahmen der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010	Bemerkungen
	Jahresziele 2007 des Departements	<i>(mit Bezug zur Amtsdauerplanung)</i>
7.6	Die Gefahrenkarten und Gewässerräume sind in der Nutzungsplanung festgelegt.	RPT 95, 97
	Projektierung und Ausführung von Schutzmassnahmen gegen Naturgefahren werden gemäss Masterplan ausgeführt.	Folgemassnahme Hochwasser 2005
	Die Gefahrenkarte ist im Interventionsbereich angepasst und umgesetzt.	Folgemassnahme Hochwasser 2005
7.6	Die Richtlinien für die Berücksichtigung der Naturgefahren in Planung und Bewilligung sind erarbeitet.	RPT 95
	Die Richtlinien Bauen in Gefahrengebieten, eingeschlossen Umsetzung seismische Mikrozonierung, sind erstellt.	
9.2	Die priorisierten Massnahmen der Richtplanung sind umgesetzt.	
	Die Umsetzung des Richtplans, eingeschlossen Teilrevision BauG, ist gemäss Aktionsprogramm gestartet.	
9.3	Die im Richtplan ausgeschiedenen Schutz- und Nutzungsplanungen werden rechtlich gesichert.	
	Die Naturschutzverordnung ist revidiert und in Kraft gesetzt.	RPT 47
	Die Schutz- und Nutzungsplanung in der Moorlandschaft Glauenberg ist vom Kantonsrat genehmigt.	RPT 47
	Die Schutzwaldkartierung nach den neuen Richtlinien des Bundes liegt vor.	RPT 62

10.1	Die öffentliche Verkehrserschliessung ist schrittweise verbessert.	
	Der integrale Tarifverbund ist auf den Fahrplanwechsel 2008 (Dezember 2007) eingeführt.	
10.3	Die Infrastruktur des Individualverkehrs ist programmgemäss ausgebaut.	
	Die Hauptarbeiten am Nationalstrassentunnel A8, Umfahrung Lungern, sind gestartet.	
	Die Kantonsstrassen-Zufahrt Engelberg ist über die definitiv erstellte Brücke wieder langfristig gesichert.	Folgemassnahme Hochwasser 2005
13.3	Funktionale und zweckmässige Bauten und Anlagen unterstützen die optimale Aufgabenerfüllung.	
	Der Rathaus-Umbau ist abgeschlossen.	Folgemassnahme Hochwasser 2005
	Neubau Kantonsschule und Mehrfachturnhalle: Der Wettbewerb mit Projektierung ist abgeschlossen.	Folgemassnahme Hochwasser 2005

Weitere Jahresziele 2007 des Departements		<i>(ohne unmittelbaren Bezug zur Amtsdauerplanung)</i>
	Die Organisation der Umsetzung des NFA ist mit Programmvereinbarungen sichergestellt.	

60 Departementssekretariat

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departementes, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrats, des Kantonsrats und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Ihm ist überdies der departementsinterne Rechtsdienst angegliedert.

2 Gesetzliche Grundlagen

Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)

Organisationsverordnung (GDB 133.11)

Ausführungsbestimmungen über die Aufgaben und Gliederung der Departemente (GDB 133.111)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	464	483	446			
Ertrag	1	13	4			
Nettoaufwand	463	470	442	446	449	453
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

61 Hoch- und Tiefbauamt

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Hoch- und Tiefbauamt bearbeitet sämtliche Fragen der Hoch- und Tiefbauten des Kantons. Dazu gehören die Bauten der öffentlichen Verwaltung, die Nationalstrasse und die Kantonsstrassen. Die Abteilung Strassenbau ist verantwortlich für die Planung und den Bau (Projektleitung und Oberbauleitung) der Nationalstrasse und der Kantonsstrassen. Dazu gehören alle Kunstbauten (Brücken, Tunnel usw.), die Radverkehrsanlagen, Verbesserungsmassnahmen aus Verkehrssicherheitsfragen und der Vollzug der Lärmschutzverordnung entlang dieser Strassen. Das Strasseninspektorat sorgt für den betrieblichen und baulichen Unterhalt der Nationalstrasse und der Kantonsstrassen. Weiter obliegt ihm die Prüfung und die Bewilligung von Baugesuchen im Strassenbereich und von Einmündungsprojekten. Die Abteilung Hochbau ist verantwortlich für die Projektierung und Realisierung der kantonalen Hochbauprojekte. Als Bauherrenvertreter obliegt ihr das Projektmanagement und die Gewährleistung von Qualität, Kosten und Terminen. Durch die Bewirtschaftung der Gebäude wird die langfristige Werterhaltung und Funktionstüchtigkeit der vom Staat genutzten Bauten gesichert. Sie ist auch zuständig für die Verwaltung der kantonalen Liegenschaften. Zur Abteilung Hochbau gehören weiter die Fachbereiche Energie, Wärmeverbund und Wasserrecht.

2 Gesetzliche Grundlagen

Baugesetzgebung (GDB 710.1 und 710.11)

Strassenverordnung (GDB 720.11)

Kantonsstrassengesetz (GDB 720.3)

Strassenbeitragsverordnung (GDB 720.31)

Vollzugsverordnung zum BG über die Nationalstrassen (GDB 720.51)

Vollzugsverordnung zum BG über Fuss- und Wanderwege (GDB 720.71)

Verkehrsabgabegesetz (GDB 771.1)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	26'917	33'231	28'323			
Ertrag	25'170	33'170	27'542			
Nettoaufwand	1'747	61	781	2'790	2'804	2'818
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben	41'274	43'081	54'947			
Einnahmen	31'772	24'414	48'883			
Nettoinvestitionen	9'502	18'667	6'064	9'648	11'336	14'905

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
6102. 438.00	Strassenbau Eigenleistungen zu Lasten der einzelnen Projekte (Investitionsrechnung)		850		920
6120. 311.40	Betrieblicher Strassenunterhalt Fahrzeuge und Geräte: Ersatzanschaffung Liefer- wagen und Aufsatzstreuer mit Nasssalzvorrich- tung	187		192	
312.00	Heizung, Strom, Wasser: Elektrische Energie für Strassen (Tunnel usw.)	400		400	
313.10	Einbau- und Ersatzmaterial Strasse	110		110	
313.25	Materialien Winterdienst	90		90	
313.40	Treibstoffzoll	110		120	
313.45	Betriebskosten für Fahrzeuge und Geräte	65		70	
314.20	Leistungen durch Dritte: Winterdienst	250		250	
314.23	Leistungen durch Dritte, Behebung von Unwetter- schäden	230		200	
314.24	Leistungen durch Dritte: Übrige Leistungen	275		275	
318.80	Gebühren durch Dritte. Entsorgung	83		83	
427.00	Miet- und Pachtzinseinnahmen, vorallem A8 Ein- nahmen (Kabeltrassevermietung, Mobilfunk usw.)		60		84
434.00	Rückvergütung Dritter für Dienstleistungen		66		80
434.05	Rückvergütung Dritter für Treibstoffe		68		73
434.17	Rückvergütung aus Unfallschäden		85		85
438.00	Eigenleistungen zu Lasten der Bauprojekte, vor allem A8 Lungern, A8 Giswil Nord – Ewil und A8/A2 Kirchenwaldtunnel		300		375
460.00	Bundesbeiträge: Betrieb A8		2 164		2 164
6122. 314.00	Baulicher Strassenunterhalt Baulicher Strassenunterhalt, u.a. Brünig- und Schwanderstrasse	1 500		1 000	
314.08	Baulicher Unterhalt: Nationalstrasse A8 gemäss sep. Liste Kostenplanung baul. Unterhalt UplaNS 2006 – 2016 (ASTRA 2005)	8 954		6 727	
460.08	Bundesbeiträge: Baulicher Unterhalt A8, siehe 314.08, Bundesbeitrag 97 %		8 685		6 525

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
6140.	Hochbauten				
312.00	Heizung, Strom, Wasser (Preiserhöhung Heizöl)	520		550	
313.00	Reinigungs- und Verbrauchsmaterialien	55		60	
314.10	Wartung durch Dritte	120		120	
314.30	Baulicher Unterhalt. Unterhaltsarbeiten an 26 kantonalen Gebäuden gemäss sep. Liste	800		800	
316.00	Büro- und Raummiete: Anteil Hochwasser 2005 bedingte Mieten (Provisorium Traglufthalle, Container, Staatskanzlei usw.) rund Fr. 600 000.–	250		845	
316.20	Baurechtszins	110		110	
427.00	Miet- und Pachtzinseinnahmen, gemäss sep. Liste		520		510
434.10	Benützungsgebühren: Seeflächen		200		120
462.00	Gemeindebeiträge (Turnhalle, Gymnasium)		130		135
6145	Energie, kostenneutral, keine besonderen Aufgabenschwerpunkte				
6146	Wasserzinsen, kostenneutral, keine besonderen Aufgabenschwerpunkte				
6148	Wärmeverbund, kostenneutral				

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
6122.	10.1	Baulicher Strassenunterhalt		
314.00		Baulicher Unterhalt: Kantonsstrassen	1 500	
314.08		Baulicher Unterhalt: Nationalstrasse	6 727	
460.08		Bundesbeiträge: Baulicher Unterhalt A8		6 525
614	13.3	Hochbau		
6141		Rathaus Sarnen, Fertigstellung Umbau	2 080	
6144		Polizeigebäude, Projektierung/Ausbau	0	
6145 / 6154		Kantonsschule/Mehrfachturnhalle, Projektwettbewerb usw.: Versicherungsleistungen Hochwasser 2005: - 8 000 Rücklage von Versicherungsleistungen für Ersatz-Bau	850 7 150	8 000
6146		BWZ Obwalden, Bau 2006 abgeschlossen, nachträglich Bundesbeitrag an Ausbau 2006	0	2 000
6147		BWZ Obwalden, Schule Giswil	200	
6149		Verwaltungsgebäude Hostett: Umbau Hauswartwohnung/Neumöbelierung/zweite Etappe MSRL-System	500	
6151		Historisches Museum, Projektierung	250	240

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
6152		Kantonsbibliothek	30	
6153		Altes Gymnasium	430	
6173		Kantonsspital, Machbarkeitsstudie	300	
6845.	10.1	Kantonsstrassen		
501.12		Nordstrasse Sarnen, Projektierungsstart Kreuzung Militärstrasse	40	
501.21		Melchtalerstrasse, Unwetter 05, Wiederinstandsetzarbeiten	150	
501.22		Kernmattstrasse, Unwetter 05 Wiederinstandsetzarbeiten	500	
501.50		Brünigstrasse Giswil, Fertigstellung Kreisel Rudenz	150	
501.70		Engelbergerstrasse, Unwetter 95 Brückenersatzbau	5 500	
501.80		Lärmschutz, Fortsetzung Sanierungsprogramm	300	
660.00		Bundesbeiträge: Lärmschutz 180; Engelbergerstrasse 3465		3 645
6846 – 6854	10.3	Nationalstrassenbau gemäss 7. langfristigem Bauprogramm des Bundes (Anteil Kanton 3 %) – Umfahrung Lungern: Start Hauptarbeiten – Giswil Nord – Ewil: Start Arbeiten – A2/A8 Kirchenwaldtunnel: Fortsetzung Bau Verbindungstunnel, Portal Z'Matt	1 070	
6758	10.3	Radrouten Abschnitt Giswil – Kaiserstuhl, Fertigstellung	550	

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
6120.460.00	Betrieblicher Strassenunterhalt NFA-Übergang des betrieblichen Strassenunterhalts der Nationalstrasse zu Bund (Wegfall des Kantonanteils von 5% der Gesamtkosten von 2 Mio. Fr.)	- 100	- 100	- 100
6122. 314.08	Baulicher Strassenunterhalt Baulicher Unterhalt Nationalstrasse A8 NFA-Übergang des betrieblichen Strassenunterhalts der Nationalstrasse zu Bund (Wegfall des Kantonsanteils von 3 % der Gesamtkosten von ca. 3.5 Mio. Fr., siehe 460.08)	- 3 500	- 3 500	- 3 500
460.08	Bundesbeitrag baulicher Unterhalt, siehe 314.08	3 395	3 395	3 395

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
6120 506.70	10.1	Betrieblicher Strassenunterhalt Ersatzanschaffung Fahrzeuge/Maschinen		2008 2009 2010	190 220 200	
614	13.1	Hochbau				
6144		Polizeigebäude: <i>Sanierung gemäss Machbarkeitsstudie Sommer 2005 (wird z.Z. überprüft) Projektierung</i>		2008 2010	1 000 500	
6145 / 6154		Kantonsschule/Mehrfachturnhalle: <i>Neubau/Behebung Hochwasserschäden/Auflösung Rücklage Versicherungsleistungen</i>		2008 2009	8 050 11 600	3 550 3 600
6147		BWZ Obwalden, Schule Giswil: Verschiedene Sanierungen		2008 2009 2010	200 200 200	
6149		Verwaltungsgebäude Hostett: Brandmeldeanlage		2008	50	
6150		Staatsarchiv: Ersatz Halonanlage <i>Projektierung, Baubeginn</i>		2008 2010	150 1 000	
6151		<i>Historisches Museum, Planung</i>		2010	500	
6172/ 6173		Kantonsspital: Behandlungstrakt, Bettentrakt und Psychiatrie <i>Planungskredit Planungskredit Objektkredit</i>		2008 2009 2010	1 000 500 10 000	
6745. 501.80/ 660.00	10.1	Kantonsstrassen Lärmschutz: Fortsetzung Sanierungsprogramm Bun- desbeitrag Lärmschutz		2008 2009 2010	300 300 300	180 180 180
501.90		Verschiedene Ersatzbauten (u.a. Sarnen Nordstras- se, Kreuzungssanierung Militärstrasse, Brücke Kägiswil)		2008 2009 2010	600 600 600	
6758. 501.01		Radrouten gemäss Konzept (Projekte sind noch nicht konkretisiert)		2008 2009 2010	300 300 300	
68	10.3	Nationalstrassen				
6846 – 6854		Nationalstrassenbau gemäss 7. langfristigem Bau- programm des Bundes (Fertigstellung Netz, fällt nicht unter NFA, Anteil Kanton 3 %) – Umfahrung Lungern (Bau 2005 – 2012) – Giswil Nord – Ewil (Bau 2007 – 2011) – A2/A8 Kirchenwaldtunnel Fortsetzung Bau Verbindungstunnel (Bau 2002 – 2009)		2008 2009 2010	1 538 1 396 1 487	

62 Amt für Wald und Raumentwicklung

1 Leistungsauftrag des Amtes

Das Amt für Wald und Raumentwicklung ist die kantonale Anlaufstelle für Fragen um Wald, Natur- und Landschaftsschutz, Jagd, Abwehr von Naturgefahren sowie Fragen der räumlichen Entwicklung und des Verkehrs. Die Abteilung Wald und Natur befasst sich mit der nachhaltigen Waldentwicklung, den forstlichen Förderungsmassnahmen, dem Forstschutz, der Erhaltung und Förderung wertvoller Landschaften und Naturobjekte, mit dem Schutz der Wildtiere und der Erhaltung ihrer Lebensräume sowie der Jagdplanung. Die Abteilung Naturgefahren befasst sich mit der Erkennung und Verminderung von Risiken bei Naturgefahren. Sie übt die Oberaufsicht über die Gewässer und die Aufsicht über Stauanlagen aus. Zentrale Aufgaben der Abteilung Raumentwicklung und Verkehr sind die Aktualisierung des kantonalen Richtplans, die Unterstützung kommunaler Behörden bei der Nutzungsplanung, die Koordination kantonalen Bewilligungsverfahren für Bauten ausserhalb der Bauzone, die integrale Verkehrsplanung, alle Belange des öffentlichen Verkehrs sowie die nachhaltige Sicherung des Waldareals.

2 Gesetzliche Grundlagen

Forstgesetzgebung (GDB 930.11)

Jagdgesetzgebung (GDB 651.1 und 651.11)

Verordnung über den Natur- und Landschaftsschutz (Naturschutzverordnung) (GDB 786.11)

Pilzschutzverordnung (GDB 786.21)

Baugesetz (GDB 710.1)

Verkehrsabgabegesetz (GDB 771.1)

Gesetz über die Förderung des öffentlichen Verkehrs (GDB 772.1)

Gesetz über den Neubau der Steilrampe der Luzern-Stans-Engelberg-Bahn (GDB 772.2)

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Fuss- und Wanderwege (GDB 720.71)

Wasserbaugesetzgebung (GDB 740.1 und 740.11)

3 Finanzen

in Fr. 1 000.–	R05	V06	V07	P08	P09	P10
Laufende Rechnung:						
Aufwand	10'430	9'137	12'356			
Ertrag	5'659	5'586	7'340			
Nettoaufwand	4'771	3'551	5'016	9'241	9'460	9'476
davon Auswirkungen NFA						
Investitionen:						
Ausgaben	14'214	28'355	36'552			
Einnahmen	10'383	19'193	27'475			
Nettoinvestitionen	3'831	9'162	9'077	19'078	18'457	15'859
davon Auswirkungen NFA						

4 Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

4.1 Jahresplanung 2007

4.1.1 Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2007

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V06 in Fr. 1 000.– brutto		V07 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
6200.	Verwaltung				
301.00	Besoldungen	1 662		1 757	
318.60	Arbeit durch Dritte	145		150	
363.00	Informatikaufwand ILZ	97		90	
431.00	Holzschlagbewilligungen		65		55
434.10	Arbeit für Dritte		245		400
6212.	Walderhaltung				
364.00	Kantonsbeiträge	215		86	
6214.	Waldentwicklung				
318.60	Arbeiten durch Dritte	65		60	
364.00	Kantonsbeiträge	81		81	
460.00	Bundesbeiträge		43		40
6218.	Natur und Landschaft				
318.60	Arbeiten durch Dritte	150		140	
319.00	Verschiedener Sachaufwand	30		30	
366.00	Ökologische Ausgleichszahlungen	160		150	
460.00	Bundesbeiträge		170		120
6219.	Jagd				
411.00	Anteil Patente und Gebühren		290		260
6226.	Naturgefahren				
318.60	Arbeiten durch Dritte	110		100	
410.00	Wasserrechte/Konzessionsgebühren		70		70
460.00	Bundesbeiträge		65		70
6231.	Raumentwicklung und Verkehr				
310.00	Planerstellung, Berichte	130		150	
318.60	Arbeiten durch Dritte	30		200	
6232.	Baukoordination				
431.00	Gebühreneinnahmen		90		90
6233.	Verkehrsplanung				
318.60	Arbeit durch Dritte	125		45	
364.00	Beiträge gemeinwirtschaftliche Leistungen	1 082		1 545	
6290.	Unwetter OW (Gefahrenabwehr)				
318.63	Arbeiten durch Dritte: Naturgefahren	160		3 180	
460.00	Bundesbeiträge		45		2 030

4.1.2 Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2007

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen		Auswirkungen V07 in Fr. 1 000.– brutto	
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Ausgaben	Einnahmen
6212. 564.00		Sanierung bestehender Basisstrassen für Alp- und Waldwirtschaft	493	
6216. 564.00	7.6	Investition zur Sicherstellung von Massnahmen zur Gefahrenabwehr nach Waldgesetz	231	
6214. 564.00	7.6	Schutzwaldprojekte	468	
6226. 564.00		Hochwasserschutz (IP) Westl. Sarnersee, Wildbäche (WSSW), Kleine Schliere usw.	2 692	
6290. 564.01 564.02	7.6	Kantonsbeiträge: Sicherstellung von Massnahmen zur Gefahrenabwehr: Priorisierung gemäss Risikoanalyse nach WaG	368	
		Hochwasserschutz nach Unwetter 2005	1 776	
6226. 318.60	7.6	Umsetzung Gefahrenkarten in der Schutz- und Nutzungsplanung	35	
		Umsetzung Gefahrenkarten in der Interventionsplanung	50	
6233. 564.02 564.11 564.12 564.15	10.1	Verkehrsplanung		
		Infrastrukturausbauten zb Zentralbahn 480 (Engelberg)	2 213	
		Infrastrukturausbauten zb Zentralbahn 470 (Brünig)	213	
		Sanierung Bahnübergänge zb Zentralbahn 470 + 480	280	
		Tieflegung und Doppelspurausbau zb Zentralbahn 470 + 480	270	

4.2 Rollender IAFP 2008 bis 2010

4.2.1 Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2008 bis 2010

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/-. Fr. 1 000.– gegenüber VA 2007 (Veränderungen netto)		
		P08	P09	P10
6233 364.00	Verkehrsplanung Beiträge an gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen	1 060	1 264	1 264

4.2.2 Nachführung geplante Massnahmen: Projekte, Gesetze, Investitionen 2008 bis 2010

Kosten- stelle/ Konto	Massnahmen			Auswirkungen Finanzplan 2008/2010 in Fr. 1 000.– brutto		
	Normalschrift = beschlossen <i>Kursivschrift = geplant</i>					
	Nr. APL	Projekte, Gesetze, Investitionen	Verabschie- dung im RR	Jahr	Ausgaben	Einnah- men
6212. 564.00	7.7	Strukturverbesserungen Wald		2008 2009 2010	148 102 136	
6214. 564.00	7.7	Schutzwaldpflege		2008 2009 2010	1 481 1 430 1 466	
		Davon Auswirkungen NFA		2008 2009 2010	1 122 1 079 1 098	
6216. 564.00	7.6	Gefahrenabwehr, insbesondere: Massnahmen in Einzugsgebieten Freiteil, Ramers- berg, Kägiswil, St. Niklausen/Melchtal, Grosse Schliere, Pilatusbäche, Lungenerbäche/kleines Melchtal, Rufibach, Grossteilerbäche, Giswiler Laui		2008 2009 2010	1 015 729 630	
		Davon Auswirkungen NFA		2008 2009 2010	664 479 409	
6226. 564.xx	7.6	Hochwasserschutz (IP): Westliche Sarnersee Wildbäche, Melchaa, Sarneraa, Bitzighoferbäche, Mel-/Rübibach, Sigetsbach, Edis- riederbach, Sigschwandbach/ Leimerengraben, Grosse und Kleine Schliere, Tschachenbach, Laui Giswil, Reusswehr		2008 2009 2010	6 358 3 915 1 281	
		Davon Auswirkungen NFA		2008 2009 2010	3 790 2 435 707	
6290. 564.02 ff.	7.6	Gefahrenabwehr, insbesondere: Sofortmassnahmen Hochwasserkatastrophe 05, Sarneraa (Sarnersee bis Alpnachersee), Grosse Melchaa, Kernmattbach, Acherlibach, Giessenbach, Dürnbach, Engelberger Aa (Talboden)		2008 2009 2010	6 087 6 348 7 624	
		Davon Auswirkungen NFA		2008 2009 2010	2 995 2 938 3 110	
6233. 564.02	10.1	Verkehrsplanung				
		Infrastrukturausbauten zb Zentralbahn 480 (Engel- berg)	2006 2007	2008 2009 2010	3 050 1 711 960	
564.12		Sanierung Bahnübergänge zb Zentralbahn 470 + 480	2007	2008 2009	617 510	
564.15		Tieflegung und Doppelspurausbau zb Zentralbahn 470 + 480	2007	2008 2009 2010	435 3 825 3 825	

24 Gesetzgebungsprogramm 2006 bis 2010

Die neue Amtsdauerplanung (APL) 2006 bis 2010 bzw. die notwendige Schwerpunktbildung wirken sich auch auf die Gesetzgebung aus. Die Verschiebungen und Ergänzungen gegenüber dem bisherigen rollenden Gesetzgebungsprogramm 2006 bis 2009 wurden im vorliegenden neuen Programm für die Jahre 2006 bis 2010 integriert:

Erlasse und interkantonale Vereinbarungen nach departementaler Zuständigkeit	Vorgesehenes Verabschiedungs- jahr im Regie- rungsrat zuhänden Kantonsrat	Bezug zu Strat. Leitidee bzw. Massnahme APL
<u>1. Landammannamt/Staatskanzlei</u>		
Gesetz über die Bereinigung der amtlichen Gesetzsammlung (Bereinigungsgesetz II)	2006	–
<u>2. Finanzdepartement</u>		
Nachtrag zur Gebührenordnung für die Rechtspflege	2006	17
Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Ausbau wirkungsorientierte Verwaltungsführung)	2007	13.2
Nachtrag zur Personalverordnung (Ausbau wirkungs- orientierte Verwaltungsführung)	2007	13.2
Gesetz über die Umsetzung der NFA (Mantelerlass)	2007	15.1/17.1
Nachtrag zum Steuergesetz (Anpassung an Änderun- gen des Bundesrechts, wie StHG, Partnerschaftsgesetz usw.)	2007	16/13.5
Nachtrag zum Steuergesetz (u.a. Anpassung an Änderungen des Bundesrechts, insbesondere Unter- nehmenssteuerreform II)	2008	16.2
Nachtrag zum Steuergesetz (Anpassung Tarif, Steuer- strategie 2. Schritt)	2008	16.2
<u>3. Sicherheits- und Gesundheitsdepartement</u>		
Mantelerlass zur Umsetzung des Partnerschaftsge- setzes	2006	13.5
Neue Feuerschutzgesetzgebung	2006	7.3
Nachtrag zum Sozialhilfegesetz (Erweiterung des Aufgabenbereichs, Familienfragen)	2007	6.1

Nachtrag zur Verordnung über Beiträge an Kinder- und Jugendheime sowie an Behinderteneinrichtungen (Umsetzung NFA) (in Verbindung mit ZRK-Projekt)	2007	4.1/15.2
Nachtrag zur Jugendhilfegesetzgebung (familien-ergänzende Kinderbetreuung)	2007	6.1
Anpassung der kantonalen Gesetzgebung zur Umsetzung des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuchs (AT StGB)/Vollzug der Nachbesserung des Bundes	2007	7.4
Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Anpassen der Datenschutzbestimmungen an Schengen/Dublin)	2007	7.4
Neue Gesetzgebung zur Umsetzung der DNA-Profil-Gesetzgebung des Bundes	2007	7.4
Neues Hundegesetz	2007	7
Kantonales Strassenverkehrsgesetz/Verordnung über die Schifffahrt/Gesetz über die Strassenverkehrssteuern/Interkantonale Vereinbarung zur Vereinheitlichung der Strassenverkehrssteuern in den Kantonen Obwalden und Nidwalden (Vereinbarung Strassenverkehrssteuern)	2007	15.3
Neues Polizeikonkordat Zentralschweiz	2007/2008	7.1/15.2
Interkantonale Vereinbarung über die operative Zusammenarbeit der Kantonsspitäler Obwalden und Nidwalden	2008	5.1
Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Kantonsspitäler Luzern, Obwalden und Nidwalden	2008	5.1
Nachtrag zur Tierseuchengesetzgebung	2008	5.4
Nachtrag zur Bürgerrechtsgesetzgebung (Anpassung an die Bürgerrechtsgesetzgebung des Bundes)	2008	7.4
Anpassung der Verwaltungs-, Zivil- und Strafrechtspflege an die Neuerungen des Bundes (Rechtsweggarantie, Bundesgerichtsgesetz, eidg. StPO und ZPO)	2008/2010	7.4
Neue Gesundheitsgesetzgebung, insbesondere: – Spitalverordnung – Verordnung über Berufe der Gesundheitspflege – Heilmittelgesetzgebung – Betäubungsmittelverordnung – Verordnung über die Patientenrechte – Verordnung über die Badeanstalten – Verordnung über Friedhöfe und Bestattungen	2009	5.4
Neue Gesetzgebung über die Kantonspolizei	2009	7.1

Neue Gesetzgebung über die Registerharmonisierung zur Durchführung einer registergestützten Volkszählung 2010	2009	7.4
<u>4. Volkswirtschaftsdepartement</u>		
Interkantonale Vereinbarung zur Umsetzung des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit	2006	1.4
Nachtrag zum Gesetz und zur Verordnung über die regionale Wirtschaftspolitik (neue Regionalpolitik)	2007	1.2
Verordnung zum Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts	2007	13
Verordnung über die Beurkundungs-, Grundbuch- und Schätzungsgebühren (Nachtrag Fusionsgesetz und Anpassung Gebührenansätze)	2007	17
Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer	2007	1
Nachtrag zur Vollziehungsverordnung zum Asylgesetz (Anpassung an das revidierte Asylgesetz)	2007	1
Nachtrag zum Landwirtschaftsgesetz (Umsetzung AP 2011 und NFA)	2007	2.2
Nachtrag zum Tourismusgesetz (Tourismusförderungsabgabe in touristischen Schwerpunktgebieten)	2007	3.2
Nachtrag zum Ruhetagsgesetz	2007	7
Nachtrag zur Chemiewehr und Strahlenschutzverordnung	2007	9
Nachtrag zur Ölwehrverordnung	2007	9
Nachtrag zur Vollziehungsverordnung über die amtliche Vermessung (in Mantelerlass zur NFA)	2007	15
Gesetzgebung über Ergänzungsleistungen (NFA-Umsetzung, ZRK-Projekt)	2007	6.2/17.1
Gesetz über die Wohnbausanierung	2007	6/2
Umsetzung des Bundesgesetzes über die Geoinformation	2009	13

5. Bildungs- und Kulturdepartement:

Lehrpersonenverordnung	2007	4.4
Interkantonale Vereinbarung über die Beiträge an die Ausbildungskosten in der beruflichen Grundbildung (Berufsfachschulvereinbarung, BFSV)	2007	4
Interkantonale Vereinbarung über Beiträge an die höhere Berufsbildung (HFSV)	2007	4
Nachtrag zur Denkmalschutzverordnung (Umsetzung NFA)	2007	12.2
Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule(HARMOS)	2007/2008	4/15.1
Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich	2007/2008	4.1
Nachtrag zum Bildungsgesetz (sonderpädagogischer Bereich, Auswirkung der interkantonalen Vereinbarung)	2008	4.1
Nachtrag zur Volksschulverordnung (sonderpädagogischer Bereich, Auswirkung der interkantonalen Vereinbarung)	2008	4.1
Sportverordnung (Überarbeitung)	2008	12
Nachtrag zur Kulturverordnung (Auswirkungen Kulturleitbild)	2008	12.2

6. Bau- und Raumentwicklungsdepartement

Gesetz über die Regelung der Abflussverhältnisse des Sarnersees zur Sicherheit des Sarneraataals	2006	7.6
Nachtrag zum Baugesetz (Bauen ausserhalb der Bauzone/nicht landwirtschaftlicher Nebenbetrieb)	2007	8
Nachtrag zur Naturschutzverordnung	2007	9.3
Strassengesetz und Strassenverordnung	2007	10
Verordnung über den Vollzug des Bundesgesetzes über die Nationalstrassen	2007	10
Nachtrag zum Baugesetz (Anpassungen im Zusammenhang mit der Richtplanung)	2008	8.1/8.2
Kantonales Waldgesetz (Ablösung Forstverordnung)	2009	2.4

3 Staatsvoranschlag 2007

31 Grundannahmen und -vorgaben

In den Staatsvoranschlag werden nach Massgabe von Art. 40 der Kantonsverfassung (GDB 101) die gebundenen und die im finanziellen Zuständigkeitsbereich von Kantonsrat und Regierungsrat frei bestimmbaren Aufwendungen aufgenommen. Es sind auf Grund von Art. 32 der Finanzhaushaltsverordnung (FHV; GDB 610.11) auch Ausgaben und Einnahmen berücksichtigt, die sich aus vorgesehenen Gesetzesvorlagen und Kreditbeschlüssen ergeben. Nach Art. 32 Abs. 2 FHV bleiben diese Voranschlagskredite aber bis zur Bewilligung durch die zuständige Instanz gesperrt. Bei der Budgetierung der Erträge wird auf die bisherigen Einnahmen und ihre voraussichtliche Entwicklung abgestellt.

Zu beachten ist auch die Sicherung des Haushaltsgleichgewichts nach Art. 26a des Staatsverwaltungsgesetzes (StVG; GDB 130.1). Eine Mehrausgabe oder Saldoverschlechterung gegenüber dem Voranschlagsentwurf des Regierungsrats bedarf der Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder (nicht nur der anwesenden) des Kantonsrats.

Als wichtige Beschlüsse und Annahmen liegen dem Voranschlag 2007 zu Grunde:

- Staatssteuerfuss laut Art. 2 Abs. 3 des Steuergesetzes (GDB 641.4) mit 2,95 Einheiten;
- Finanzkraft von 30 Punkten bei den zweckfreien Bundesbeiträgen und beim Finanzausgleich;
- Globalkredit an die Betriebsrechnung des Kantonsspitals Obwalden von 14,6 Millionen Franken sowie von 1,5 Millionen Franken an Investitionen;
- Lohnsummenentwicklung für die generelle sowie individuelle Lohnentwicklung von 2,2 Prozent;
- Leistungsprämien von 0,2 Prozent.

311 Personalpolitische Überlegungen

Das wirtschaftliche Umfeld hat sich wesentlich verbessert. Sowohl Kanton als auch Gemeinden konnten gute Rechnungsabschlüsse präsentieren. Die öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber aber haben an Attraktivität auf Stellensuchende in den vergangenen zwei bis drei Jahren eingebüsst. Die staatlichen Institutionen bauten in der Vergangenheit laufend personalrechtliche Vorzüge gegenüber der Privatwirtschaft ab und verlieren so ihre Wettbewerbsstärke auf dem Arbeitsmarkt. Es wird in Zukunft viel schwieriger werden, die «Besten» für eine Stelle beim Staat begeistern zu können.

Auf Grund dieser Tatsache und aller für die Lohnerhöhung per 1. Januar 2007 relevanten Indikatoren und auch der Feststellung, dass sich das Lohnwachstum in den letzten Jahren gegenüber der Privatwirtschaft unterdurchschnittlich entwickelt hat und die Löhne bezüglich Teuerung immer noch um 3,56 Prozent im Minus stehen, beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat eine generelle Lohnerhöhung von 1,0 Prozent und eine individuelle, leistungsorientierte von 1,2 Prozent.

Bewilligter Stellenplan

	Verwaltung	Schulen	insgesamt ohne Gerichte	Gerichte
Voranschlag 1993	264.29	36.56	300.85	
Voranschlag 1994	265.29	43.19	308.48	
Voranschlag 1995	268.32	43.39	311.71	
Voranschlag 1996	273.42	43.39	316.81	
Voranschlag 1997	255.30	51.24	306.54	9.60
Voranschlag 1998	254.24	52.72	306.96	9.60
Voranschlag 1999	253.00	52.02	305.02	10.10
Voranschlag 2000 1)	251.97	62.19	314.16	10.10
Voranschlag 2001 2)	279.32	60.86	340.18	10.10
Voranschlag 2002	287.55	61.15	348.70	10.10
Voranschlag 2003 3)	272.85	61.99	334.84	10.60
Voranschlag 2004	274.29	65.80	340.09	10.60
Voranschlag 2005	273.43	69.58	343.01	10.60
Voranschlag 2006	279.51	74.58	354.09	11.45
Veränderungen:	4.60	1.33	5.93	0.00
Voranschlag 2007	284.11	75.91	360.02	11.45

1) Neuzuteilung der Landwirtschaftlichen Schulen

2) Die Zentralisierung der Steuerverwaltung bedingt eine Aufstockung um 21 Stellen

3) Reorganisation von 7 auf 5 Departemente und Ausgliederung Afl und StVA

Zwischen dem Voranschlag 2006 und 2007 wurden vom Regierungsrat in folgenden Bereichen Stellen bewilligt:

- Tiefbau (wird vom Bund gefordert; Fr. 30 000.–),
- Wasserbau (wegen der Hochwasserkatastrophe 2005; Fr. 100 000.–) und
- Zivilschutz (Übernahme der Aufgaben der Gemeinden; Fr. 110 000.–).

Zum Teil handelt es sich um vorübergehende Aufstockungen im Zusammenhang mit Nachfolgeregelungen. Im Voranschlag 2007 sind zusätzlich Stellen vorgesehen für:

- das Sozialamt (Fr. 50 000.–),
- das Handelsregister (Fr. 50 000.–) und
- den Schulpsychologischen Dienst (Fr. 50 000.–).

32 Gesamtergebnis

in 1'000 Fr.:	Voranschlag		Rechnung
	2007	2006	2005
<i>Laufende Rechnung (LR):</i>			
Aufwand	268'816	262'403	256'677
Ertrag	269'146	262'256	266'840
Ordentliches Ergebnis	330	-147	10'163
ausserordentlicher Ertrag			137'366 (1)
ausserordentlicher Aufwand			27'000 (2)
Aufwandüberschuss		-147	
Ertragsüberschuss	330		120'529
<i>Investitionsrechnung (IR):</i>			
Ausgaben	97'263	79'371	61'035
Einnahmen	79'080	48'210	44'682
Nettoinvestitionen (samt Darlehen)	18'183	31'161	16'353
<i>Finanzierung:</i>			
Zunahme der Nettoinvestitionen	18'183	31'161	16'353
Abzüglich Abschreibungen	16'685	12'883	15'811
Ergebnis Laufende Rechnung	330	-147	120'529
Finanzierungsergebnis (samt Darlehen)	-1'168	-18'425	119'987
<i>Selbstfinanzierungsgrad:</i>	93.6%	40.9%	833.7%
1) Sonderausschüttung SNB aus Goldbewirtschaftung			2,5 Mio. Fr.
Einmalige Substanzauszahlung SNB der Goldreserven			134,7 Mio. Fr.
a.o. Substanz-Ausschüttung der Schweiz. Rheinsalinen			0,2 Mio. Fr.
2) Rücklage Steuerstrategie-Ausgleich Gemeinden (2006-2010)			23,5 Mio. Fr.
Ausserordentliche Abschreibung auf Buchwert Nationalstrassen			3,5 Mio. Fr.

Die Laufende Rechnung sieht bei einem Gesamtaufwand von 268,8 Millionen Franken einen Ertragsüberschuss von rund 0,3 Millionen Franken vor. Der Gesamtaufwand liegt um 6,4 Millionen Franken über dem vorgesehenen Aufwand des Jahres 2006. Die Gründe für diese Steigerung werden anhand der nachfolgenden Artengliederung erklärt.

In der Investitionsrechnung sind Gesamtausgaben von 97,3 Millionen Franken geplant. Durch die sachbezogenen Investitionseinnahmen von 79,1 Millionen Franken führt dies zu Nettoinvestitionen von 18,2 Millionen Franken. Diese Nettoinvestitionen können durch die in der Laufenden Rechnung vorgesehenen ordentlichen und ausserordentlichen Abschreibungen von zusammen 16,7 Millionen Franken und dem Ergebnis der Laufenden Rechnung fast vollumfänglich finanziert werden.

Das Finanzierungsergebnis weist für 2007 entsprechend ein Defizit von 1,2 Millionen Franken auf und der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 93,6 Prozent.

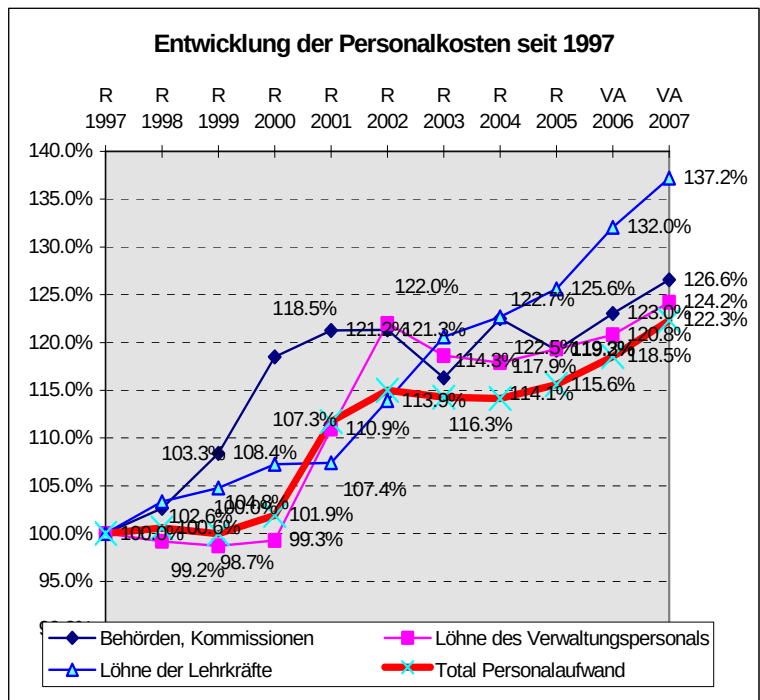
33 Laufende Rechnung

Artengliederung

in 1'000 Fr.	Voranschlag		Veränderung		Rechnung
	2007	2006	gegenüber VA 06		2005
<i>Aufwand</i>			%		
30 Personalaufwand	47'896 ⁽³⁾	46'414	1'482	3.2%	45'280
31 Sachaufwand	29'192 ⁽⁴⁾	31'459	-2'267	-7.2%	30'518
<i>Sachaufwand ohne baulicher Unterhalt/AV93</i>	21'875	22'105	-230	-1.0%	25'268
32 Passivzinsen	2'540 ⁽⁵⁾	3'189	-649	-20.4%	3'978
33 Abschreibungen	16'685 ⁽⁶⁾	12'883	3'802	29.5%	15'810
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	9'800 ⁽⁷⁾	11'000	-1'200	-10.9%	3'438
35 Entschädigung an Gemeinwesen	13'880 ⁽⁸⁾	14'098	-218	-1.5%	12'610
36 Eigene Beiträge	66'043 ⁽⁹⁾	62'831	3'212	5.1%	57'980
37 Durchlaufende Beiträge	50'881 ⁽¹⁰⁾	49'784	1'097	2.2%	49'491
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen und Stiftungen	1'510 ⁽¹¹⁾	1'558	-48	-3.1%	31'208
39 Interne Verrechnungen	30'389 ⁽¹²⁾	29'187	1'202	4.1%	33'363
	268'816	262'403	6'413	2.4%	283'676
Total ohne Int. Verrechnungen	238'427	233'216	5'211	2.2%	250'313
<i>Ertrag</i>					
	Voranschlag		Veränderung		Rechnung
	2007	2006	gegenüber VA 06		2005
40 Steuern	66'823 ⁽¹³⁾	64'556	2'267	3.5%	74'112
41 Regalien u. Konzessionen	20'585 ⁽¹⁴⁾	19'463	1'122	5.8%	156'711
42 Vermögenserträge	12'064 ⁽¹⁵⁾	9'201	2'863	31.1%	10'451
43 Entgelte	18'135 ⁽¹⁶⁾	20'773	-2'638	-12.7%	22'582
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	31'958 ⁽¹⁷⁾	30'510	1'448	4.7%	30'262
45 Rückerstattung von Gemeinwesen	1'300	1'166	134	11.5%	1'369
46 Beiträge für eigene Rechnung	28'023 ⁽¹⁸⁾	27'579	444	1.6%	25'779
47 Durchlaufende Beiträge	50'881 ⁽¹⁰⁾	49'784	1'097	2.2%	49'491
48 Entnahme aus Spezialfinanzierungen und Stiftungen	8'988 ⁽¹⁹⁾	10'037	-1'049	-10.5%	85
49 Interne Verrechnungen	30'389 ⁽¹²⁾	29'187	1'202	4.1%	33'363
	269'146	262'256	6'890	2.6%	404'205
Total ohne Interne Verrechnungen	238'757	233'069	5'688	2.4%	370'842
Ergebnis	330	-147	-477	-324.5%	120'529

3) Personalaufwand

Der Personalaufwand im Voranschlag 2007 beträgt 47,9 Millionen Franken. In diesem Betrag ist eine vorgesehene generelle und leistungsbezogene Lohnsummenerhöhung von zusammen 2,2 Prozent vorgesehen, was 0,9 Millionen Franken entspricht. Gegenüber dem Voranschlag 2006 wurden in den Bereichen, Tiefbau, Wasserbau, Zivilschutz, Handelsregister, Sozialamt und Psychomotorik die Stellen auf Grund des erweiterten bzw. grösseren Leistungsauftrages aufgestockt. Dies führt zu einer Zunahme der Lohnsumme von rund 0,5 Millionen Franken. Wie im Voranschlag 2006 sind wiederum Leistungsprämien von 0,2 Prozent (knapp 0,1 Millionen Franken) budgetiert.



4) Sachaufwand

Der Sachaufwand erfährt gegenüber dem Voranschlag 2006 einen Rückgang von 2,3 Millionen Franken (7,2 Prozent). Der Hauptgrund dieses Rückgangs ist auf den baulichen Unterhalt zurückzuführen. Der Unterhalt der Nationalstrasse A8 ist im Jahr 2007 mit 6,7 Millionen Franken um 2,2 Millionen Franken und der Unterhalt der Kantonsstrasse wird mit 1,0 Millionen Franken um 0,5 Millionen Franken tiefer budgetiert als 2006. Der bauliche Unterhalt der Nationalstrasse wird über die sachbezogenen Bundesanteile ⁽¹⁸⁾ Beiträge für eigene Rechnung) zu 97 Prozent finanziert. Ebenfalls ins Gewicht fallen die Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe 2005. Im Voranschlag 2006 wurden zur Behebung der Schäden der Kantonsliegenschaften 2,4 Millionen Franken beim baulichen Unterhalt aufgenommen. Diese entfallen im Voranschlag 2007. Dafür mussten im Bereich der Gefahrenabwehr zusätzliche 2,9 Millionen Franken für Arbeiten Dritter budgetiert werden.

5) Passivzinsen

Neben den sehr guten Finanzierungsergebnissen der letzten Jahre wirkt sich auch die 2005 erfolgte einmalige Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank aus. Die mittel- und langfristigen Schuldscheindarlehen können bei Fälligkeit jeweils zurückbezahlt werden (19 Millionen Franken im 2006 und 15 Millionen Franken im 2007) und führen zu tieferen Passivzinsen von 0,6 Millionen Franken.

6) Abschreibungen

Für 2007 wird mit folgenden Abschreibungen gerechnet:

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Abschreibungen auf Restbuchwert gemäss Abschreibungssätzen der Finanzhaushaltsverordnung	11,5	9,3	8,7
Lineare Abschreibung Wiederherstellung Kantonsstrassen (5 Jahre)	1,5		
Ausserordentliche Abschreibung Nationalstrasse	3,5	3,5	3,5
Abschreibung für Sonderrechnung (Kantonsspital/Wärmeverbund)	0,1	0,1	3,6

⁷⁾ *Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung*

Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung beinhalten vorwiegend den innerkantonalen Finanzausgleich an die Gemeinden sowie den Anteil der Gemeinden am Reingewinn des Elektrizitätswerks Obwalden. Der Rückgang um 1,2 Millionen Franken ist auf den gesetzlich vorgesehenen Rückgang des Steuerstrategieausgleichs (siehe auch ¹⁹⁾ Entnahme aus Spezialfinanzierungen) zurückzuführen.

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Ressourcenausgleich an Gemeinden (4,1% der Steuereinnahmen)	2,3	2,5	2,4
Lastenausgleich Schule an	1,5	1,5	
Steuerstrategieausgleich	5,3	6,3	
Anteile der Gemeinden an Reingewinn EWO	0,7	0,7	1,0

⁸⁾ *Entschädigungen an Gemeinwesen*

Die Entschädigungen an Gemeinwesen beinhaltet hauptsächlich die ausserkantonalen Bereiche Schulgelder, Strafvollzug und Zivilschutz Ausbildung.

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Schulgelder	13,3	13,4	11,8
Strafvollzug	0,2	0,2	0,2
Zivilschutz Ausbildung	0,2	0,3	0,3
Diverse	0,2	0,2	0,3

⁹⁾ *Eigene Beiträge*

Die Eigenen Beiträge sind mit Ausgaben von über 66 Millionen Franken der umfangreichste Bereich der Laufenden Rechnung. Die Beiträge beinhalten folgende Hauptbereiche:

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Globalbeitrag Kantonsspital Obwalden	14,6	14,6	13,3
Beiträge an Ergänzungsleistungen zur AHV/IV	11,7	11,1	9,7
Ausserkantonale Hospitalisationen	8,4	8,4	6,2
Beiträge an AHV/IV- sowie Kinderzulagen in der Landwirtschaft	5,1	5,0	4,5
Schulheime und Sonderschulen	3,1	3,1	3,1
Beiträge an ILZ für Informatikmittel	3,0	3,2	2,8
Gemeindeanteil an Mineralölsteuer	2,4	2,1	2,4
Beiträge für Asylsuchende	2,3	2,3	2,5
Kantonsanteil an Prämienverbilligung	1,3	1,3	1,0
Verwendung der Spendengelder Hochwasserkatastrophe 2005	1,0		
Diverse Beiträge	13,1	11,7	12,5

¹⁰⁾ *Durchlaufende Beiträge*

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Bundesanteil an Prämienverbilligung	16,3	15,5	15,0
Landwirtschaftliche Direktzahlungen und Beiträge	28,2	27,2	27,0
Gemeinde-Anteile an Wasserzinsen	2,0	2,0	2,0
Bundesbeiträge an Denkmalpflege	1,0	1,0	1,0
Diverse Durchlaufende Beiträge	3,4	4,1	4,5

¹¹⁾ *Einlagen in Spezialfinanzierungen*

Einlagen in Spezialfinanzierungen sind in folgenden Bereichen vorgesehen:

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Rücklage Vorfinanzierung Steuerstrategie Kanton aus Reingewinn-Ablieferungen EWO und OKB	1,5	1,5	2,4
Rücklage Vorfinanzierung Steuerstrategie Kanton aus freien Mitteln			2,5
Einlage Vorfinanzierung Steuerstrategieausgleich Gemeinden			23,5
Direktspenden Hochwasserkatastrophe 2005 an den Kanton			2,4
Diverse Einlagen in Spezialfinanzierungen			0,4

¹²⁾ *Interne Verrechnungen*

Die Zunahme der Internen Verrechnungen beruht hauptsächlich auf die höhere Weiterbelastung der Verzinsung und Abschreibung von Investitionen.

¹³⁾ *Steuern*

Bei den Steuererträgen wird die Zunahme der Erträge auf folgenden Positionen erwartet (Rechnung 2005 vor Steuerstrategie):

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Einkommens- und Vermögenssteuern Natürliche Personen	52,6	51,2	58,3
Gewinn- und Kapitalsteuern Juristische Personen	3,0	2,1	4,8
Motorfahrzeugsteuern	8,3	8,3	8,1
übrige Steuerarten	2,9	3,0	2,9

¹⁴⁾ *Regalien und Konzessionen*

Der Hauptanteil bei den Regalien betrifft die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) an Bund und Kantone. Gemäss der Vereinbarung des Eidgenössischen Finanzdepartements mit der Nationalbank beträgt die ordentliche Gewinnausschüttung bis 2012 2,5 Milliarden Franken. Nachdem 2005 die Substanzausschüttung erfolgte, entfällt die zusätzliche Gewinnausschüttung aus den Erträgen der nicht mehr benötigten Goldreserven.

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Ordentlicher Kantonsanteil am Reingewinn der SNB von 2,5 Mrd. Fr.	16,9	15,9	15,9
Anteil an der Bewirtschaftung der Goldreserven SNB			2,6
Anteil an der Substanzausschüttung der Goldreserven SNB			134,6
Wasserrechtskonzessionen	1,6	1,7	1,6
Beiträge an Sport-Toto und Lotteriefonds	1,6	1,3	1,4
übrige Regalien und Konzessionen	0,5	0,6	0,6

¹⁵⁾ *Vermögenserträge*

Die wichtigsten Einnahmen unter den Vermögenserträgen stammen aus den Reingewinnablieferungen und Verzinsungen der Dotationskapitalien der Obwaldner Kantonalbank (OKB) sowie des Elektrizitätswerkes Obwalden (EWO). Auf Grund des neuen OKB-Gesetz wird 2007 erstmals die Abgeltung der Staatsgarantie budgetiert, ebenso die Übernahme des Beitrags an das MCCS.

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Obwaldner Kantonalbank (Reingewinn/Verzinsung Dotationskapital)	5,5	4,8	5,5
Obwaldner Kantonalbank (Abgeltung Staatsgarantie)	1,5		
Elektrizitätswerk Obwalden (Reingewinn/Verzinsung Dotationskapital)	1,7	1,8	2,3
Anlagen des Finanzvermögens (Zinserträge sowie Vergütungs-/Verzugszinsen)	2,6	2,0	2,0
Übrige Vermögenserträge	0,8	0,6	0,7

¹⁶⁾ *Entgelte*

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Grundbuch-Gebühren	1,4	1,5	1,2
Gerichtsgebühren	0,4	0,4	0,4
Gebühren des Betreibungs- und Konkursamtes	0,7	0,8	0,9
übrige Gebühren für Amtshandlungen	1,8	1,6	1,7
Schulgelder	3,1	3,2	2,5
Übrige Benützungsgebühren und Dienstleistungen	2,1	2,2	1,9
Verkäufe	2,1	2,0	2,1
Rückerstattung (u.a. Versicherungsleistungen, Mahn-/Betreibungsk.)	1,4	4,2	6,6
Bussen	2,7	2,9	2,4
Eigenleistungen für Investitionen	1,4	1,2	1,6
Übrige Entgelte	1,0	0,7	1,4

¹⁷⁾ *Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung*

Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung setzen sich hauptsächlich zusammen aus dem Kantonsanteil von 17 Prozent an den im Kanton bezogenen direkten Bundessteuern, dem Finanzausgleich aus der direkten Bundessteuer sowie dem Kantonsanteil an der eidgenössischen Verrechnungssteuer.

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Kantonsanteil an vereinnahmten Bundessteuern	5,4	5,0	4,9
Eidg. Finanzausgleich	22,8	21,8	19,9
Kantonsanteil an Verrechnungssteuer	3,4	3,4	5,1
übrige Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	0,4	0,3	0,4

¹⁸⁾ *Beiträge für eigene Rechnung*

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Kantonsanteil an Mineralölsteuer	5,1	4,6	5,1
Kantonsanteil an LSVA	1,8	1,8	1,8
Bundesbeitrag an Asylsuchende/Flüchtlinge	2,4	2,5	3,0
Bundesbeitrag an Ergänzungsleistungen AHV/IV	4,1	3,9	3,4
Bundesbeitrag an Betrieb und Unterhalt A8	8,7	10,8	6,3
Spenden Hochwasserkatastrophe 2005			2,4
Bundesbeiträge für Behebung Hochwasserkatastrophe 2005	2,0		
übrige Beiträge für eigene Rechnung	3,9	4,0	3,8

¹⁹⁾ *Entnahme aus Spezialfinanzierungen und Stiftungen*

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Entnahme Vorfinanzierung Steuerstrategie Kanton aus Reingewinn-Ablieferungen EWO und OKB	2,5	3,5	
Entnahme Vorfinanzierung Steuerstrategieausgleich Gemeinden	5,3	6,3	
Entnahme Spenden Hochwasserkatastrophe 2005	1,0		
Entnahmen aus Lotterie-/Sport-Toto-Fonds zum Ausgleich der Fondsrechnung	0,2	0,2	0,1

Institutionale Gliederung

in 1'000 Fr.

Laufende Rechnung

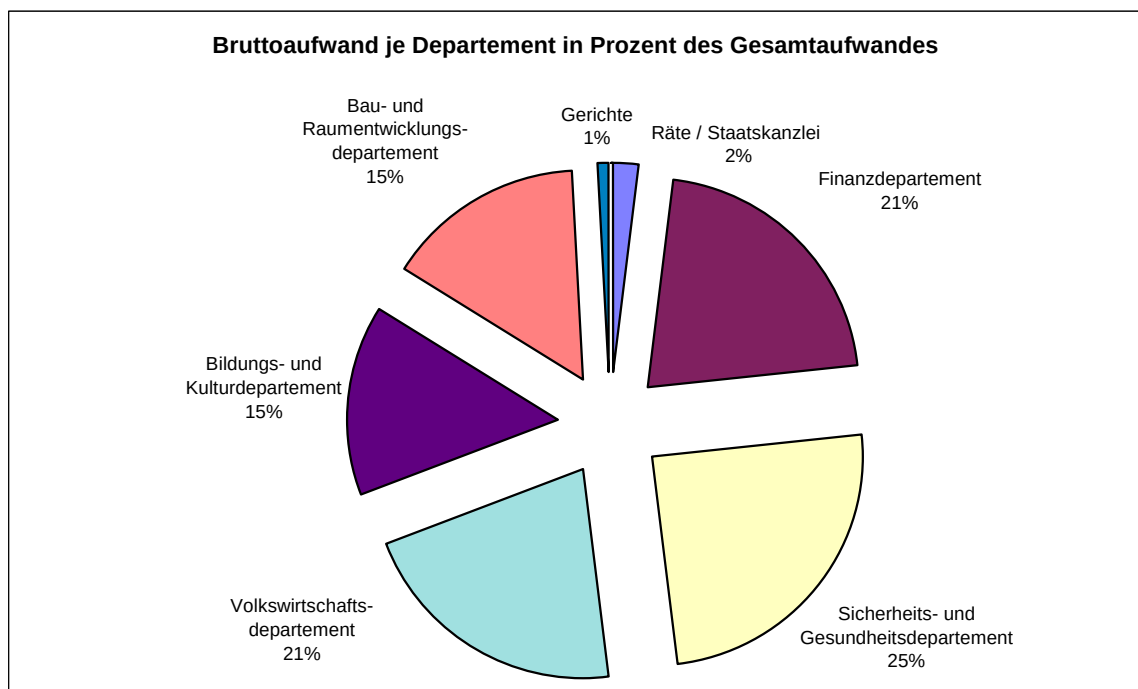
	Bruttoaufwand		Nettoaufwand		Abweichung Nettoaufwand		Nettoaufw. Rechnung 2005
	VA 2007	VA 2006	VA 2007	VA 2006	Fr.	%	
<u>Laufende Rechnung</u>	<u>268'816</u>	<u>262'404</u>	<u>-330</u>	<u>147</u>	<u>-477</u>	<u>-324.5%</u>	<u>-120'529</u>
1 Räte / Staatskanzlei	5'473	5'373	4'195	4'125	70	1.7%	3'815
2 Finanzdepartement	56'937	54'127	-98'189	-94'386	-3'803	4.0%	-205'626
3 Sicherheits- und Gesundheitsdepartement	66'599	64'943	35'326	35'475	-149	-0.4%	27'203
4 Volkswirtschaftsdepartement	56'692	53'126	19'032	18'090	942	5.2%	15'562
5 Bildungs- und Kulturdepartement	39'778	39'877	31'264	31'054	210	-0.7%	29'214
6 Bau- und Raumentwicklungsdep.	41'124	42'851	6'239	4'082	2'157	52.8%	7'575
9 Gerichte	2'213	2'107	1'803	1'707	96	5.6%	1'728

Bei den Abweichungen des Nettoaufwandes fallen mit den grössten Abweichungen vor allem das Finanzdepartement und das Bau- und Raumentwicklungsdepartement sowie das Volkswirtschaftsdepartement auf.

Zum gestiegenen Nettoertrag des Finanzdepartements von 3,8 Millionen Franken tragen unter anderem die tieferen Passivzinsen ⁽⁵⁾, die höheren Steuer- ⁽¹³⁾ und Vermögenserträge ⁽¹⁵⁾ aber auch die höheren Finanzausgleichszahlungen ⁽¹⁸⁾ bei. Negative Auswirkungen sind beim Finanzdepartement vor allem durch die höheren Abschreibungen zu verzeichnen ⁽⁶⁾.

Beim Bau- und Raumentwicklungsdepartement sind die höhere Interne Verrechnungen für Abschreibung und Verzinsung der Hochbauinvestitionen auf der einen Seite sowie die höheren Aufwendungen Dritter bei der Gefahrenabwehr auf Grund der Hochwasserkatastrophe 2005 für den gestiegenen Nettoaufwand massgebend.

Die höheren Nettoaufwände des Volkswirtschaftsdepartements sind eine Folge der gestiegenen Ausgaben für die Sozialversicherungen sowie dem nun vollumfänglich finanzierten Beitrag an das MCCS in Alpnach.



34 Investitionsrechnung

in 1'000 Fr.	Voranschlag		Veränderung		Rechnung
	2007	2006	gegenüber VA 06		2005
			Fr.	%	
Ausgaben					
50 Sachgüter	49'967 ⁽²⁰⁾	44'509	5'458	12.3%	42'895
52 Darlehen und Beteiligungen	357 ⁽²¹⁾	660	-303	-45.9%	222
56 Eigene Beiträge	10'507 ⁽²²⁾	11'327	-820	-7.2%	6'025
57 Durchlaufende Beiträge	29'282 ⁽²³⁾	22'875	6'407	28.0%	11'894
58 Vorfinanzierungen	7'150 ⁽²⁴⁾				
Bruttoaufwand	97'263	79'371	17'892	22.5%	61'036
Einnahmen					
62 Rückzahlung Darlehen	866	871	-5	-0.6%	958
Beteiligungen					
63 Rückerstattungen für Sachgüter	7	7			550
64 Rückzahlung von eigenen Beiträgen					30
66 Beiträge für eigene Rechnung	48'925 ⁽²⁵⁾	24'457	24'468	100.0%	31'251
67 Durchlaufende Beiträge	29'282 ⁽²³⁾	22'875	6'407	28.0%	11'894
Ertrag	79'080	48'210	30'870	64.0%	44'683
Nettoinvestitionen	18'183	31'161	-12'978	-41.6%	16'353
52/62 Rückzahlbare Darlehen	509	211	298	141.2%	736
Nettoinvestitionen ohne Darlehen	18'692	31'372	-12'680	-40.4%	17'089

²⁰⁾ Sachgüter

Investitionen in Sachgüter	VA 2007	VA 2006	R 2005
Tiefbauten - Nationalstrasse	35,7	21,1	28,8
Tiefbauten - Kantonsstrassen (ordentlich)	1,1	1,2	0,7
Tiefbauten - Kantonsstrassen (Hochwasserbedingt)	6,2	1,9	9,4
Hochbauten	4,6	18,9	1,5
Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	2,4	1,4	2,5

²¹⁾ Darlehen und Beteiligungen

	VA 2007	VA 2006	R 2005
IHG-Darlehen	0,2	0,5	0,1
Stipendien-Darlehen	0,1	0,2	0,1

²²⁾ Eigene Beiträge

Investitionen Eigene Beiträge	VA 2007	VA 2006	R 2005
Strukturverbesserungen Land- und Forstwirtschaft (inkl. Wohnbausanierung), Schutzwaldpflege und Gefahrenabwehr	1,9	2,6	2,3
Gefahrenabwehr Hochwasserbedingt	1,9	3,2	0,9
Kantonsbeiträge an Wasserverbauungen	3,5	1,4	0,5
Kantonsbeiträge öffentlicher Verkehr	3,0	3,8	1,9
übrige	0,2	0,3	0,4

²³⁾ *Durchlaufende Beiträge*

Investitionen Durchlaufende Beiträge

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Beiträge an Strukturverbesserungen Land- und Forstwirtschaft (inkl. Wohnbausanierung), Schutzwaldpflege und Gefahrenabwehr	7,9	9,2	6,5
Beiträge an Gefahrenabwehr Hochwasserbedingt	7,5	7,1	1,3
Beiträge an Wasserverbauungen	13,5	5,9	1,7
Beiträge an öffentlichen Verkehr	0,4	0,6	0,3
Beiträge an Darlehens Fonds Investitionskredite Forst			2,1

²⁴⁾ *Vorfinanzierungen*

Für die Wiederinstandstellung der kantonseigenen Liegenschaften (Kantonsschule/Mehrfachturnhalle) nach der Hochwasserkatastrophe wird für 2007 mit Versicherungsleistungen von 8 Millionen Franken gerechnet. Die effektiven Arbeiten werden jedoch erst in späteren Jahren anfallen. Die 2007 nicht für die Planung der Wiederinstandstellung benötigten Versicherungsleistungen werden als Vorfinanzierung zurückgestellt.

²⁵⁾ *Beiträge für eigene Rechnung*

Investitionen Beiträge für eigene Rechnung

	VA 2007	VA 2006	R 2005
Bundesbeiträge an Bau der Nationalstrasse	34,6	20,5	27,9
Bundesbeiträge an Wiederinstandstellung Hauptstrassen	3,6	0,4	2,3
Versicherungsleistungen für kantonseigene Hochbauten	8,0	2,5	
übrige Beiträge	2,7	1,1	1,1

35 Kennzahlen

Haushaltsgleichgewicht

Bei den Kennzahlen wird erstmals auch die per 1. Januar 2006 gesetzlich verankerte Ausgabenbremse erhoben. Die Ausgabenbremse ist in Art. 26a des Staatsverwaltungsgesetzes (GDB 130.1) bzw. Art. 4 der Finanzhaushaltsverordnung (GDB 610.11) wie folgt definiert:

1. Der vom Kantonsrat genehmigte Voranschlag darf höchstens ein Defizit der Laufenden Rechnung von drei Prozent der veranschlagten Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen sowie Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen aufweisen.
2. Die Investitionsrechnung ist über eine Zeitperiode von fünf Jahren zu 100 Prozent selbstfinanziert; vorbehalten bleiben Investitionen bei grösseren ausserordentlichen Ereignissen.
3. Zur Sicherung des Haushaltsgleichgewichts bedarf eine Mehrausgabe oder Saldoverschlechterung gegenüber dem Voranschlagsentwurf des Regierungsrats der Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Kantonsrats.

Als Definition für ein grösseres, ausserordentliches Ereignis wurde in der Botschaft zur Ausgabenbremse der Bezug zum Volkseinkommen des Kantons Obwalden gemacht. Sollte ein Ereignis eine finanzielle Auswirkung für den Kanton von mehr als einem Prozent des Volkseinkommens aufweisen, unterliegen diese Ausgaben nicht direkt der Schuldenbremse. Das Volkseinkommen des Kantons Obwalden betrug nun gemäss letzten vorliegenden Information des Bundesamtes für Statistik 1,274 Milliarden Franken (provisorische Zahl für 2004). Die finanziellen Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe 2005 übertreffen bei weitem ein Prozent des Volkseinkommens. Für den zum Haushaltsgleichgewicht massgebenden Zeitraum sind die Auswirkungen wie folgt.

Bereich	Netto- Aufwand IAFP 2008 in Mio. Fr.	Netto- Aufwand VA 2007 in Mio. Fr.	Netto- Aufwand VA 2006 in Mio. Fr.	Netto- Aufwand Re 2005 in Mio. Fr.
Führungsstab				0.741
Betrieblicher Strassenunterhalt				2.784
Schäden an kantons-eigenen Hochbauten			0.700	0.000
Bereich Gefahrenabwehr		1.220	0.215	1.724
Ausbezahlte Überstunden				0.190
Auswirkung Laufende Rechnung		1.220	0.915	5.439

Bereich	Netto- Aufwand IAFP 2008 in Mio. Fr.	Netto- Aufwand VA 2007 in Mio. Fr.	Netto- Aufwand VA 2006 in Mio. Fr.	Netto- Aufwand Re 2005 in Mio. Fr.
Folgekosten Gefahrenabwehr	6.300	1.899	3.200	0.888
<i>Kantonsstrassen :</i>				
Engelbergerstrasse		5.500	0.600	7.707
Melchtalerstrasse		0.150	0.800	1.637
Kernmattstrasse		0.500	0.500	0.000
Beiträge Bund/zb		-3.895	-0.440	-3.287
Landw. Erschliessungen				0.080
Auswirkungen Investitionsrechnung	6.300	4.154	4.660	7.025

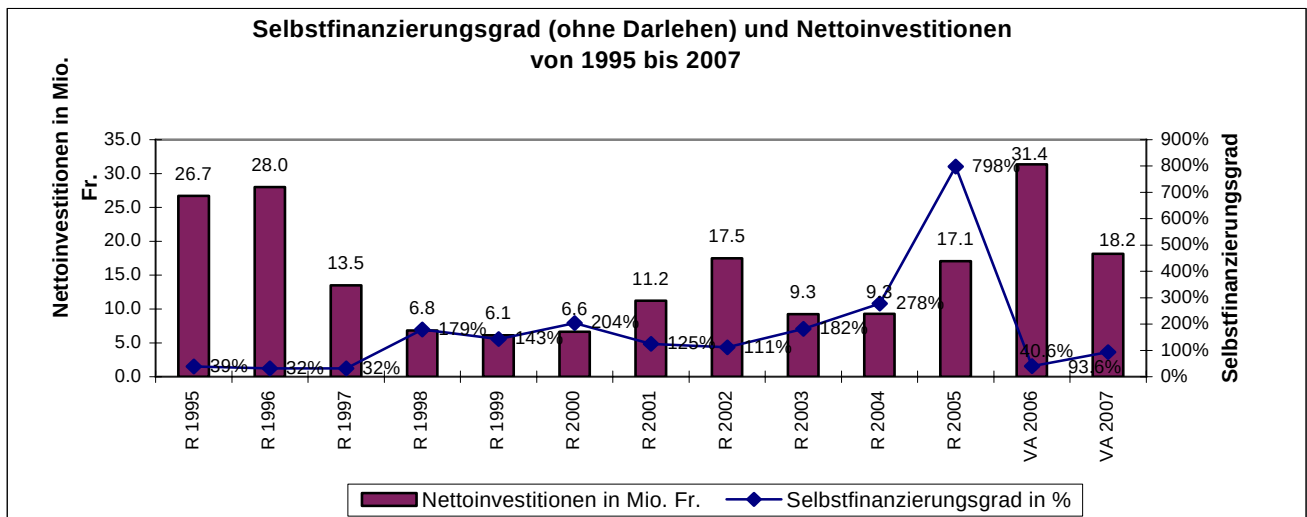
Auswirkungen insgesamt	6.300	5.374	5.575	12.464
-------------------------------	--------------	--------------	--------------	---------------

Diese Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe 2005 wirken sich auf die Vorgabe gemäss Ausgabenbremse wie folgt aus:

		Investitionen in 1'000 Fr.	Abschr. in 1'000 Fr.	Ergebnis LR in 1'000 Fr.	Selbst- finanzierung in 1'000 Fr.	Selbst- finanzierung in %
Ausgabenbremse (Gesamtrechnung / ordentliches Ergebnis)	Re 2004	10'098	17'535	11'363	28'898	286.2%
	Re 2005	16'354	15'811	10'163	25'974	158.8%
	VA 2006	31'161	12'883	-147	12'736	40.9%
	VA 2007	18'183	16'685	330	17'015	93.6%
	IAFP 2008	34'718	16'381	396	16'777	48.3%
		110'514	79'295	22'105	101'400	91.8%
Auswirkungen Unwetter- katastrophe 2005 auf Ausgabenbremse	Re 2004					
	Re 2005	7'025		5'439		
	VA 2006	4'660		915		
	VA 2007	4'154		1'220		
	IAFP 2008	6'300				
Ausgabenbremse unter Berücksichtigung Art. 4 Abs. 4 FHV (Unwetterkata- strophe 2005)	Re 2004	10'098	17'535	11'363	28'898	286.2%
	Re 2005	9'329	15'811	15'602	31'413	336.7%
	VA 2006	26'501	12'883	768	13'651	51.5%
	VA 2007	14'029	16'685	1'550	18'235	130.0%
	IAFP 2008	28'418	16'381	396	16'777	59.0%
		88'375	79'295	29'679	108'974	123.3%

Nachdem die Effekte der Hochwasserkatastrophe 2005 berücksichtigt sind, resultiert ein Selbstfinanzierungsgrad von 123 Prozent. Auch die Laufende Rechnung kann für den Voranschlag 2007 Ausgabenbremsen-Konform gehalten werden.

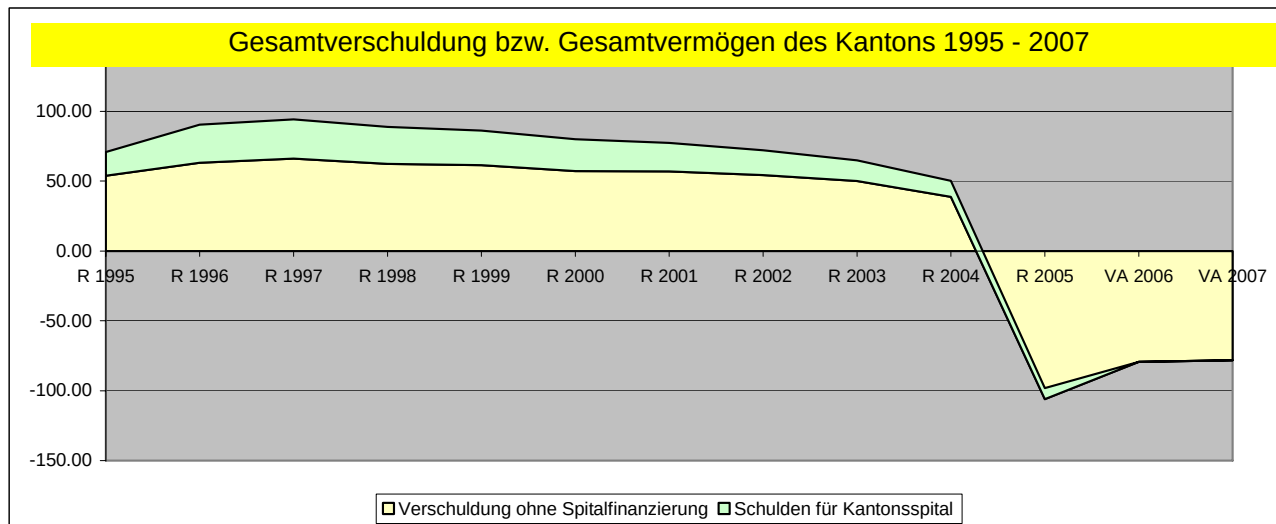
Selbstfinanzierungsgrad



Nachdem das letzte grössere Hochbauprojekt (Neubau Kantonsspital) vor rund zehn Jahren vollendet wurde, wird auch der 2006 begonnene Neubau des BWZ 2007 abgeschlossen werden. Da sowohl etliche anstehende Investitionen in die Gefahrenabwehr erst nach 2008 begonnen als auch die Neu- bzw. Umbauten von Kantonsgebäuden erst in Angriff genommen werden können, kann für 2007 noch ein Selbstfinanzierungsgrad von über 90 Prozent ausgewiesen werden.

Gesamtverschuldung/Gesamtvermögen

Das Gesamtvermögen sinkt infolge eines Selbstfinanzierungsgrades von unter 100 Prozent bzw. des Finanzierungsergebnisses zwischen 2006 und 2007 um 1,2 Millionen Franken.



4. Bericht des Obergerichts zum Gerichtsvoranschlag 2007 sowie zur Finanzplanung 2007 – 2010

Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

In Ausführung von Art. 39 und 40 Abs. 1 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968 sowie Art. 32, Art. 35, Art. 36 und Art. 43 Bst. a und b der Verordnung über den Finanzhaushalt vom 25. März 1988 unterbreiten wir Ihnen den Entwurf zum Voranschlag 2007 sowie den Finanzplan für die Jahre 2007 bis 2010 der Gerichte.

4.1 Gerichtsvoranschlag 2007

Die dem Voranschlag 2007 zugrunde liegenden Rahmenbedingungen, insbesondere die Gewährung einer generellen und individuellen Lohnerhöhung von zusammen 2,2 Prozent sowie die Leistungsprämien von 0,2 Prozent sind mit dem Voranschlag des Regierungsrates abgestimmt.

Der Aufwand der Laufenden Rechnung sowie die Nettoinvestitionen der Gerichte haben sich wie folgt entwickelt:

Artengliederung Laufende Rechnung

	VA 2007	VA 2006	R 2005
<i>Aufwand</i>	Fr.	Fr.	Fr.
Personalaufwand	1'614'700.00	1'592'100.00	1'539'211.10
Sachaufwand	428'900.00	342'000.00	433'093.85
Eigene Beiträge	62'000.00	65'000.00	82'245.85
Interne Verrechnungen	107'600.00	107'600.00	107'600.00
<i>Total Aufwand</i>	<u>2'213'200.00</u>	<u>2'106'700.00</u>	<u>2'162'150.80</u>
<i>Ertrag</i>			
Entgelte	409'800.00	399'800.00	429'399.40
Interne Verrechnungen			5'068.60
<i>Total Ertrag</i>	<u>409'800.00</u>	<u>399'800.00</u>	<u>434'468.00</u>
Aufwandüberschuss	<u>1'803'400.00</u>	<u>1'706'900.00</u>	<u>1'727'682.80</u>
Nettoinvestitionen	<u>0.00</u>	<u>0.00</u>	<u>0.00</u>

Aus Sicht der Gerichte erscheint bei folgenden Konti eine spezielle Begründung angebracht:

Konto-Nr.	Kontobezeichnung Begründung	VA 2007 Fr.	VA 2006 Fr.
9300.	Kantonsgericht		
318.70	Unentgeltliche Rechtspflege Die Auslagen für die unentgeltliche Rechtspflege sind abhängig von Art und Umfang der Prozesse und der Anzahl prozessbedürftiger Personen. Bei der Budgetierung ist das Gericht auf Schätzungen angewiesen.	80'000.--	50'000.--
318.71	Expertisen, Zeugengelder, Parteientschädigungen Bei der Budgetierung dieser Auslagen ist das Gericht auf Schätzungen angewiesen. Einsetzung eines höheren Betrages aufgrund des Rechnungsabschlusses 2005.	100'000.--	50'000.--

4.2 Finanzplan 2007 bis 2010

Der vorliegende Finanzplan vermittelt einen Überblick über die bevorstehenden Rechnungsjahre bis 2010. Er ist rechtlich unverbindlich und lässt den Gerichten die Möglichkeit, auf veränderte Gegebenheiten oder Beurteilungen mit den entsprechenden Anpassungen im Rahmen der zu konkretisierenden Voranschläge zu reagieren.

Der Finanzplan als Führungs- und Informationsinstrument erlaubt den Gerichten und dem Kantonsrat, die Finanzpolitik rechtzeitig zu erkennen respektive zu steuern. Der Finanzplan basiert auf Annahmen, die nicht alle durch die Gerichte selbst beeinflusst werden können. Der Finanzplan stellt insbesondere kein eigentliches Mehrjahresbudget dar, sondern er soll die wesentlichen Tendenzen ausweisen, um zeitgerecht entscheiden und handeln zu können. Dies ist für eine verlässliche Finanzpolitik bedeutend.

Die Basis des Finanzplanes der Gerichte bildet der Voranschlag 2007. Aufgrund der Tatsache, dass die Ausgaben mehrheitlich durch den Personalaufwand bestimmt werden, werden die Prognosen vor allem durch die Entwicklung des Stellenplanes beeinflusst. Die generellen Steuerungsparameter des beiliegenden Finanzplanes wurden sodann auf den Finanzplan des Regierungsrates des Kantons Obwalden abgestimmt. Für die für den Finanzplan der Gerichte massgebenden Konten sind dies sodann:

Artengliederung	2007	2008	2009	2010
30 Personalaufwand	gemäss Stellenplan Voranschlag	1,0 %	1,0 %	1,0 %
31/36 Sachaufwand/Eigene Beiträge	keine teuerungsbedingte Erhöhung			
43 Entgelte	gemäss Voranschlag	0,8 %	0,8 %	0,8 %

Daraus ergeben sich folgende Beträge:

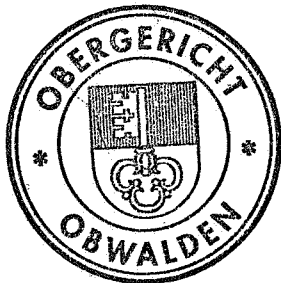
Artengliederung Laufende Rechnung

	VA 2007	Fipla 2008	Fipla 2009	Fipla 2010
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
<i>Aufwand</i>				
Personalaufwand	1'614'700.00	1'625'000.00	1'635'300.00	1'645'700.00
Sachaufwand	428'900.00	428'900.00	428'900.00	428'900.00
Eigene Beiträge	62'000.00	62'000.00	62'000.00	62'000.00
Interne Verechnungen	107'600.00	107'600.00	107'600.00	107'600.00
Total Aufwand	2'213'200.00	2'223'500.00	2'233'800.00	2'244'200.00
<i>Ertrag</i>				
Entgelte	409'800.00	413'900.00	418'000.00	422'200.00
Total Ertrag	409'800.00	413'900.00	418'000.00	422'200.00
Aufwandüberschuss	1'803'400.00	1'809'600.00	1'815'800.00	1'822'000.00
Nettoinvestitionen	0.00	0.00	0.00	0.00

Auf den 1. Januar 2007 wird der revidierte Allgemeine Teil des Strafgesetzbuches des Bundes zusammen mit dem kantonalen Einführungsgesetz in Kraft treten. Die neue Gesetzgebung ist ziemlich kompliziert und dürfte für die Gerichte eine gewisse Mehrbelastung zur Folge haben. Voraussichtlich um das Jahr 2010 werden auch die zurzeit im eidg. Parlament behandelte schweizerische Strafprozessordnung sowie eine schweizerische Zivilprozessordnung in Kraft treten. Wie sich diese grundlegenden Änderungen auf die Gerichte auswirken werden, ist heute noch nicht absehbar. Insbesondere können eventuell dadurch bedingte Mehraufwendungen im Personalbereich noch nicht abgeschätzt werden. Das Gleiche gilt hinsichtlich allfälliger Auswirkungen der neuen Steuerstrategie. Es wird deshalb an dieser Stelle auf den Versuch verzichtet, diese Entwicklungen zu quantifizieren.

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte, auf den Entwurf des Gerichtsvoranschlags sowie auf den vorliegenden Finanzplan der Gerichte einzutreten und diese zu genehmigen.

Sarnen, 5. September 2006



Für die Gerichte:

Im Namen des Obergerichts:

Der Obergerichtspräsident:
Dr. Andreas Jenny

Der Gerichtsschreiber:
lic. iur. Lorenz Burch

6. Sep. 2006

Kantonsratsbeschluss über die Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung 2007 bis 2010 sowie den Staatsvoranschlag 2007

vom 30. November 2006

Der Kantonsrat des Kantons Obwalden,

gestützt auf Artikel 40 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968¹ und Artikel 62 des Kantonsratsgesetzes vom 21. April 2005²,

beschliesst:

1. Von der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung 2007 bis 2010 wird mit den Anmerkungen im Anhang zu diesem Beschluss Kenntnis genommen.

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Kantonsrat mit dem nächsten Geschäftsbericht über die Behandlung der Anmerkungen zu informieren.

2. Der Staatsvoranschlag 2007 wird mit folgendem Schlussergebnis verabschiedet:

<i>Laufende Rechnung:</i>	<i>in Fr. 1 000</i>
Aufwand	269 041
Ertrag	269 146
Ertragsüberschuss	105
Investitionsrechnung:	
Ausgaben	97 765
Einnahmen	79 352
Nettoinvestitionen (samt Darlehen)	18 413
Finanzierung:	
Zunahme Nettoinvestitionen	18 413
Abzüglich Abschreibungen	16 685
Ertragsüberschuss Laufende Rechnung	105
Finanzierungsfehlbetrag	– 1 623

Sarnen, 30. November 2006

Im Namen des Kantonsrats
Der Ratspräsident: Dominik Brun
Der Ratssekretär: Urs Wallimann

¹ GDB 101

² GDB 132.1

Anhang über die Anmerkungen zur Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung 2007 bis 2010

Der Kantonsrat hat bei der Beratung folgende Anmerkungen zum IAFP 2007 bis 2010 des Regierungsrats erheblich erklärt:

<i>Departement/Amt</i>	<i>Ziffer</i>	<i>Massnahme Regierungsrat</i>	<i>Anmerkung Kantonsrat</i>
FD 24 Finanzverwaltung	4.2.1	Konto 2480.400.00 Staatssteuer, Natürliche Personen, Umsetzung Steuerstrategie zweiter Schritt	Bei der Umsetzung des zweiten Schritts der Steuerstrategie ist auch die Verkraftbarkeit der Steuerausfälle für die Gemeinden zu überprüfen.
SGD 32 Kantonspolizei	4.1.2	Die Überarbeitung des Gesetzes über die Kantonspolizei und der Verordnung zum Gesetz über die Kantonspolizei ist an die Hand genommen.	Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Polizeipräsenz in den Gemeinden zu verstärken. Er hat aufzuzeigen, wie er die festgestellten Leistungsdefizite beheben will.
SGD 32 Kantonspolizei	4.2.2	Konto 3200.506 Sicherheitsfunknetz Obwalden	Der Regierungsrat hat vor der Projektierung und Umsetzung des – erst in fünf Kantonen umgesetzten – Funknetzes „Polycom“, welches ab dem Jahr 2008 Investitionen von drei bis zehn Millionen Franken vorsieht, dem Kantonsrat die Vor- und Nachteile sowie die Betriebskosten von „Polycom“ aufzuzeigen. Ebenso sind die Investitions- und Betriebskosten für die Erweiterung und den Ausbau der bestehenden Funkanlage mit dessen Vor- und Nachteile als Alternative auszuweisen.
SGD 35 Sozialamt	4.1.2	Die Gesetzesanpassungen zur Einführung der Kleinkinderbetreuungszulage sind abgeschlossen. Die Gesetzgebung zur Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung ist abgeschlossen.	Die Umsetzung der familienpolitischen Massnahmen soll zügig und ohne weitere Verzögerung erfolgen.
SGD 35 Sozialamt	4.2.2	Konto 3500.365.10 Die Objektfinanzierung an die Tagesstätten und Familienplätze ist geregelt.	Der im Finanzplan vorgesehene Aufwand von Fr. 100 000.– ist zu verdoppeln.